

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenschaltung, Berlin (03 00 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Faksimile an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 20,00 fr.
Niederlande 2,00 fl, Norwegen 1,50 kr, Österreich 13,50 Sch, Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 sfr, Schweden 1,00 skr, Spanien 125 Ptas, Tschechoslowakei 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Dollar erreicht 2,70 DM: Die amerikanische Währung hat an der Frankfurter Devisenbörse ihren Höhenflug fortgesetzt. Die Mark blieb aufgrund abfließender Devisenreserven fremder Notenbanken aus der Mark in den Dollar auch gegen Yen, Schweizer Franken und Pfund schwach. Nach Überschreiten der 2,70-DM-Grenze am Vormittag stellte sich der Dollar auf 2,694 Mark.

Shultz zu Siedlungen: Der US-Außenminister hat dem israelischen Grundsatz zugestimmt, das Jüden im Westjordanland leben können, sich aber nach Abschluss der Verhandlungen der künftigen Hoheitsgewalt unterwerfen müssen. In Israel wurde diese Haltung gestern begrüßt. Außenminister Shamir: „Anerkennung unseres Anspruchs.“

Trauer in Baalbek: Nach dem Bombenanschlag - 35 Tote, 133 Verletzte - blieben Geschäfte, Schulen und Behörden einen Tag geschlossen. - US-Sonderbotschafter McFarlane nach fruchtlosem Vermittlungsversuch in Syrien nach Saudi-Arabien.

US-Prinzipien für Mittelamerika: Förderung der Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, regionale Verhandlungslösungen und Schaffung eines „Schutzschildes“ sind die vier Anliegen der Mittelamerikapolitik Washingtons, erklärte Außenminister Shultz.

Chaysson dementiert: Frankreichs Außenminister hat Aus-

gen seines US-Kollegen Shultz dementiert, daß Washington „enge Konsultationen“ mit Paris über den Tschad-Konflikt führe. Frankreich schließt nach wie vor direkte Truppenhilfe im Tschad aus.

Neues Cruise-Missile: In den USA wird nach einem Bericht der „Los Angeles Times“ an einer zweiten Generation von Marschflugkörpern gearbeitet, mit vierfacher Reichweite und Radar-Abwehrsystemen.

USA gegen C-Waffen: Washington soll der Sowjetunion einen neuen Vorschlag zur Verhinderung der Nervengas-Kampfmittel auf beiden Seiten gemacht haben.

Lockierung in Sri Lanka: Der wegen Rassen-Unruhen verhängte Ausnahmezustand ist in 15 von 24 Regierungsbezirken aufgehoben worden.

Blockade beendet: Rund 1000 ausländische und italienische „Pazifisten“ haben die Blockade des NATO-Stützpunktes Comiso auf Sizilien beendet. Dort sollen Cruise-Missiles stationiert werden, falls es zur Nachrüstung kommt. - Vor dem Strategischen Luftwaffen-Kommando der USA in Omaha sind 189 Demonstrationen festgenommen worden.

Heute: Bundesaußenminister Genscher in Rumänien. - Japans Außenminister besucht Bagdad. - Endergebnis der nigerianischen Wahl erwartet.

ZITAT DES TAGES



„Überall nur Ansprüche, und dann wundern sich die Leute, daß diese nicht alle finanziert werden können.“

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt beim 73. Geburtstag in Garmisch-Partenkirchen.
Foto: WOLFGANG MOHR

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Sparkassenverband erwartet Fast-Verdoppelung des Leistungsbilanz-Überschusses auf 16 Milliarden DM und Verbraucherpreisanstieg für 1983 unter drei Prozent.

Benzinpreis: BP erhöht noch einmal um drei Pfennig für Diesel und Benzin wegen Dollar-Anstiegs.

Spielwaren: Rückgang von 1982 überwinden, Umsatzanstieg um vier Prozent im ersten Halbjahr; elektronische Spiele plus 25 Prozent, konventionelle minus 20.

Großbanken: Rekordgewinne melden Deutsche Bank (Teilbe-

triebsgewinn von 1,04 Milliarden DM, plus 15,5 Prozent), Dresdner Bank (570 Millionen, plus 45,5 Prozent), Commerzbank (488 Millionen, plus 130 Prozent).

Eligaten: Verkaufszuwachs im zweiten Quartal um 15,5 Prozent auf 6,3 Milliarden DM gegen Vorjahresniveau trotz Preis- und Steuererhöhungen; Tabaksteuer 12,21 Milliarden DM 1982.

Börse: Zu teilweise zweistelligen Verlusten kam es an der deutschen Aktienbörse. WELT-Aktienindex 140,3 (142,5). Auch der Rentenmarkt war schwach. Dollar-Mittelkurs 2,694 (2,6875) Mark. Goldpreis je Feinunze 408,50 (409,75) Dollar.

KULTUR

Festspiele: Triumph für Riccardo Muti mit den Wiener Philharmonikern in Salzburg mit Stücken von Schubert und Rossini.

Bildungsausgaben: Bund und Länder haben 1982 zusammen 81,8 Milliarden DM für die Bil-

dung ausgegeben, 1,5 Prozent mehr als 1981. 63,9 Milliarden sollen es 1983 werden.

Forschung: Koalitionsabgeordnete fordern, die Forschung über die Anwendung neuer Technologien in der Privatindustrie zu fördern.

SPORT

Leichtathletik: Bei der Weltmeisterschaft in Helsinki erreichten alle drei 400-m-Läufer aus der Bundesrepublik das Halbfinale. Hartmut Weber, einer der Favoriten, lief mit 45,90 Sekunden die zweitbeste Zeit.

Motorport: Niki Lauda, Fünfter beim Großen Preis von Deutschland der Formel-1-Fahrer, ist nachträglich disqualifiziert worden. Er hatte beim Auftanken seines McLaren eine Boxenmarkierung überfahren.

AUS ALLER WELT

Anschläge: Durch drei Bombenanschläge auf einen Zulieferbetrieb des Atomkraftwerks Golbach (Schweiz/Frankreich) wurden 230 Menschen arbeitslos.

Geisterfahrer: Pläne des Bundesjustizministeriums bestätigt.

Falschfahrer: bis zu zwei Jahre, bei Vorsatz bis zu fünf Jahre Freiheitsstrafe androhen.

Wetter: Das Azorenhoch reicht bis Skandinavien; es bringt Warmluft und heiteres Wetter mit Temperaturen von 25 bis 30 Grad.

Außerdem heute in der WELT:

Meinungen: Ende der Selbstbedienung - Kommentar von Professor Horst Albert Glaser S. 2

Schweiz: Die Russen aus Afghanistan auf dem Zugerberg und die hohe Politik S. 3

Hamburg: Mit der Mannschaft von Dohnanyi ist nicht alles in Ordnung S. 4

Zypern: Die Insel-Griechen setzen auf die Initiative der Vereinten Nationen S. 4

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT, Wort des Tages S. 5

Fernsehen: Mehr Profil für Sender des Freies Berlin; Gespräch mit Intendant Loewe S. 7

Taiwan: Geflohenen MiG-21-Pilot wird zum Kronzeugen gegen Peking S. 8

Steuerzahler-Bund: Zahlreiche Mängel legen Abben der Gewerbesteuer nahe S. 9

Kultur: Kunstsammlung des Kaufmanns und Mäzens Wornald erstmals ausgestellt S. 15

Europa: hat jetzt seinen Wissenschafts-Skandal - aber mit Fragezeichen S. 16

Der Dollarkurs steigt weiter. Aktienbörse: Starke Verluste

Prime Rate in USA jetzt bei elf Prozent / Zinsanstieg auch bei uns

CLAUS DERTINGER, Frankfurt
Der Dollar hat gestern seinen Höhenflug fortgesetzt. Bei anfangs sehr hektischem Geschäft stieg der Kurs zeitweilig bis auf 2,7025-DM. Später ging es etwas ruhiger zu. Der Devisenmarkt, und der amtliche Kurs wurde in Frankfurt mit 2,694 nach 2,6875 DM am Freitag notiert. An der Börse verkaufte die Bundesbank 76 Millionen Dollar.

Trotz des weiteren Kursanstiegs - so hoch wie gestern lag die Dollar-Notierung seit neunzehn Jahren nicht mehr - hat die Bundesbank außerordentlich bis zum Mittag nach Beobachtungen von Devisenhändlern nicht in den Markt eingegriffen. Man führt dies auf eine gewisse Verärgerung der Bundesbank über die amerikanischen Währungsbehörden zurück, die am Donnerstag just in dem Moment nicht mit Interventionen flüchtigen hatten, in dem der Devisenmarkt offensichtlich die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Interventionen testeten wollte.

Hinter dem Kursanstieg des Dollars stand weiterhin die Erwartung anziehender Zinsen in den USA. Man

rechnet jetzt damit, daß die Banken die Prime Rate, den Basiszins für Kredite an erste Adressen, von 10,5 auf elf Prozent heraufsetzen. Als erste Großbank vollzog gestern bereits die Citibank diesen Schritt.

Inzwischen hat sich auch der Zinsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland beschleunigt, vor allem am Euromarkt. Die Sitzung des Zentralbankrates am Donnerstag wirft ihre Schatten voraus. Man erwartet, daß die Bundesbank die Liquidität, die durch Dollarverkäufe und das zurückgezogene Wertpapierpensionsgeschäft absorbiert worden ist, nur zu höheren Zinssätzen als bisher zur Verfügung stellt. Daraufhin kam es gestern an der Aktienbörse zu starken Kursverlusten bis zu fünf Mark und nicht selten sogar bis zu zehn Mark. Auch der Rentenmarkt war schwach: Das Angebot überwog eindeutig die Nachfrage.

DW, Washington/Bonn

In den USA wird das Zinsniveau nach Ansicht des amerikanischen Handelsministers Malcolm Baldrige

weiter hoch bleiben. Damit werde sich trotz des hohen amerikanischen Außenhandelsdefizits der Höhenflug des Dollars fortsetzen. In einem Interview mit der Zeitschrift „U.S. News and World Report“ sagte der Minister, für 1984 müsse mit einem Anstieg des Defizits auf 100 Milliarden Dollar gerechnet werden, wenn der Dollarwert nicht zurückgehe. 1982 hatte das Minus in der US-Leistungsbilanz 11,2 Milliarden Dollar betragen. Für 1983 hält Baldrige einen Fehlbetrag von 30 Milliarden Dollar für möglich. Baldrige sagte, der normale Korrekturprozeß funktioniere nicht, weil die hohen Zinsen verhinderten, daß der Dollar an Wert verliere und damit eine Verringerung des Außenhandelsdefizits erreicht werde.

Nach Ansicht des US-Ministers gibt es zur Zeit kein anderes Land, in dem die realen Zinssätze so hoch sind wie in den USA. Baldrige widersprach mit dieser Äußerung einer Erklärung von US-Präsident Ronald Reagan. Dieser hatte am Wochenende in einer Radiosprache gesagt, andere Länder hätten teilweise höhere Zinsen als die USA.

USA sehen Erfolge in Mittelamerika

Warnende Worte aus Kuba / Kürzt Bonn Entwicklungshilfe für Nicaragua?

DW, Washington
In der Mittelamerika-Politik Washingtons stellen sich nach Ansicht von US-Außenminister Shultz erste Erfolge ein. In einem Fernseh-Interview nannte Shultz die vier Stützrichtungen amerikanischer Politik in der Region: die Förderung von Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien sowie die Schaffung eines „Schutzschildes“. „Es gibt Hinweise, daß diese Politik einige Resultate zu zeigen beginnt“, sagte der Außenminister.

Er sei „froh“ über die jüngsten Erklärungen von Verhandlungsbereitschaft in El Salvador und Nicaragua, sagte Shultz hinzu. Auf die Frage, ob die USA die regierungsfremde Guerilla in Nicaragua unterstützen, erwiderte er: „In Anbetracht der Meinung, die wir von der nicaraguanischen Regierung haben, können wir uns kaum von den Zielen der Rebellen abwenden.“ Obwohl die USA die Sandinisten-Regierung nicht stützen wollten, sei die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß die Rebellen ihre Ziel erreichen, falls die Unru-

hen in dem Land derart anwachsen, daß sich die Menschen gegen die Regierung erheben, sei das Sache des Regimes in Managua.

Der Regierungschef Nicaraguas, Daniel Ortega, hat die USA beschuldigt, sie wollten „am Rande des Krieges verhandeln“. In einer Rede in Managua sagte er, seine Regierung hoffe noch immer auf eine Verhandlungslösung für die Region. Die Option der „militärischen Aggression“ mache jedoch schnellere Fortschritte.

Ortega forderte die Reagan-Regierung auf, die Erfahrungen der Vergangenheit zu bedenken, als die amerikanische Armee sich „bewaffneten Völkern“ gegenübergestellt habe. An diesem Beispiel müsse sie begreifen, daß sie auf diese Art nichts erreichen könne.

Ähnliche Töne schlug auch Kubas Staatschef Fidel Castro an, der erklärte, sein Land und Nicaragua würden sich „niemals einer Politik der Stärke“ beugen, wie sie derzeit von den USA mit Großmanövern in Mittelamerika praktiziert werde. Vor Journalisten in Havanna lehnte Castro

Verhandlungen mit den USA über den Abzug kubanischer Militärberater oder Truppen aus Drittländern ab.

In Honduras trafen gestern die ersten von insgesamt 5600 amerikanischen Soldaten ein, die zusammen mit 6000 honduranischen Soldaten an den größten militärischen Übungen teilnehmen, die je in Mittelamerika stattgefunden haben. An den Manövern sind 19 US-Kriegsschiffe mit insgesamt 16 000 Mann Besatzung beteiligt.

AP, Bonn

Die Bundesregierung erwägt offenbar, die Hilfe für Nicaragua einzuschränken. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke (CSU), erklärte in einem Interview der Zeitschrift „Europa“, die Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua setze ein Mindestmaß an politischem Pluralismus, an Handlungsspielraum für die Privatwirtschaft und an echter Blockfreiheit voraus. Die politische Entwicklung in dem Land stelle diese Voraussetzungen allerdings zunehmend in Frage.

Paris: Keine Flugzeuge für Tschad

Enge Konsultationen USA-Frankreich / Libyscher Pilot bestätigt Intervention

rt/AP, Paris/Washington
Frankreich will nach den Worten seines Verteidigungsministers Charles Hernu an seiner Weigerung festhalten, den Regierungstruppen Präsident Habyarimana in der umkämpften zentralafrikanischen Republik Tschad direkte Luftunterstützung durch Entsendung von Flugzeugen zu gewähren. Zu dieser Entscheidung der französischen Regierung erklärte US-Außenminister George Shultz in einem Interview mit der US-Fernsehgeseilschaft NBC, es sei Sache Frankreichs, über seine Handlungen zu entscheiden. Die Regierung in Washington stehe in „engen Konsultationen“ mit Paris. Die USA seien wegen des Eides Libyens für die Truppen des Rebellenführers Gaddafi weisungsbefugt. Washington verfolge nach „Beweisen für die Anwesenheit libyscher Truppen“ in Tschad, sagte Shultz.

In einem in der „Washington Post“ veröffentlichten Interview wies aber ein hoher Beamter des Pentagon darauf hin, die Entsendung von Awacs-Flugzeugen sei beschlossen worden, um Paris von der Entschlossenheit der USA zu überzeugen, sich der Aggression Libyens zu widersetzen. Der Vorsitzende des Streitkräfte-Ausschusses des Senats, John Tower, betonte, daß Tschad „für die Interessen des Vereinigten Staaten von Lebenswichtigkeit Bedeutung“ sei. Die USA seien, laut Tower, in Tschad „nicht in einem weiteren Bürgerkrieg Partei, sondern widerstehen sich Oberkühnheit“.

Die Regierung Tschads hat gestern in der Hauptstadt NDjamena einen libyschen Piloten vorgeführt, dessen Flugzeug die Regierungstruppen am Samstag über der heftig umkämpften Oasesstadt Faya Largeau abgeschossen hatten. Vor 50 meist ausländischen Journalisten gab sich der Pilot einer Maschine vom sowjetischen Typ SU-22 als libyscher Major Abdel Salam Mohammed Tscharadin zu erkennen. Er bestätigte, daß Libyen den Truppen des gegen Habyarimana kämpfenden ehemaligen Präsidenten Gaddafi militärische Hilfestellung leistet.

Der Pilot gab an, seine Maschine habe zu einer Gruppe von 16 unter libyschem Befehl stehenden Flugzeugen im Aus-Streifen an der

tschadisch-libyschen Grenze gehört. Libyen plane nach seinem Wissen auch weitere Luftangriffe auf Faya Largeau, erklärte der Pilot.

Libyen hat bisher jede militärische Verwicklung in die Kämpfe in Tschad kategorisch abgelehnt. In einem Bericht der amtlichen Nachrichtenagentur Jana hieß es, daß Libyen eine Sitzung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen gefordert habe, um die Verantwortlichkeiten für die Ereignisse in Tschad klarstellen zu können.

Der inzwischen vom Schauplatz der Kämpfe wieder in die Hauptstadt NDjamena zurückgekehrte Staatspräsident Habyar hatte in den vergangenen Tagen mehrfach vergeblich an Frankreich appelliert, mit seiner Luftwaffe direkt zugunsten der Regierungstruppen in Tschad zu intervenieren. Westliche Kreise berichteten gestern, daß vier in Libreville in Gabun stationierte französische Kampfflugzeuge vom Typ „Jaguar“ nicht zu ihrem Stützpunkt zurückgekehrt seien, nachdem sie diesen am Samstag verlassen hätten.

Ansturm auf Paßbehörde in Warschau

Reisevorschriften gelockert, aber bürokratische Hürden bestehen weiter

AP, Warschau
Vor dem Gebäude der Warschauer Paßbehörde stehen die Menschen wieder Schlange. Seit der Lockerung der Reisevorschriften im Zuge der Aufhebung des Kriegsrechts am 22. Juli haben sich erneut Tausende von Polen aus allen Landesteilen an die Vorbereitung zum Besuch von Verwandten oder Freunden in West und Ost gemacht. Doch bis zum Erhalt des erforderlichen Passes ist es ein mühsamer Weg, der durch den plötzlichen Ansturm so vieler Menschen noch erschwert wird. Ohne stundenlanges Anstehen ist das begehrte Dokument nicht zu haben.

Schon früher - unter Edward Gierks Parteiliche - hatte Polen die mit Abstand großzügigsten und liberalsten Reisevorschriften aller Ostblockländer. 1978, ein Jahr vor Grün-

dung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität“, reisten 634 000 Menschen in den Westen, 1980 waren es 708 000 und bis zur Verhängung des Kriegsrechts 1981 sogar 1,3 Millionen. Diese Zahl sank rapide auf 339 000 1982 und 120 000 in den ersten Hälfte dieses Jahres. Nach den jetzt in Kraft getretenen Erleichterungen wird bis zum Jahresende wiederum mit einem Anstieg auf eine Million gerechnet.

Um in den Westen zu fahren, brauchen Polen die Einladung von Verwandten, Bekannten oder Institutionen, die von der polnischen Botschaft im Reiseland beglaubigt sein muß. Darin müssen die Gastgeber zusichern, daß sie für Unterhalt und eventuelle erforderliche medizinische Versorgung des Eingeladenen aufkommen.

Wegen des großen Andrangs hat das polnische Innenministerium nicht nur einige Dutzend Beamte mehr in die Paßbehörde versetzt, sondern auch die Öffnungszeiten bis in die Abendstunden ausgedehnt. Aber eine Reihe bürokratischer Hürden bleibt bestehen. Die Bemühungen um einen Paß werden zum Beispiel durch die Anordnung erschwert, daß für das Abheben vor dem 14. Oktober 1982 eingezahlter Devisen auf polnische Konten eine Sondergenehmigung vorgelegt werden muß. An diesem Tag war die mit Ausrichtung des Kriegsrechts verfügte Einfrierung der Devisenkonto aufgehoben worden. Eine weitere Einschränkung ergibt sich dadurch, daß die Banken entgegen früherer Praxis Reisewilligen keine Dollar mehr gegen Zloty verkaufen.

DER KOMMENTAR

Mark unter Druck

CLAUS DERTINGER

Die Deutsche Mark präsentiert sich derzeit in ungeohnter Rolle als ausgesprochener Schwächling an den internationalen Devisenmärkten. Sie verliert nicht nur gegenüber dem weltweit steigenden Dollar kontinuierlich an Terrain, sondern auch, wenngleich nicht so ausgeprägt, gegenüber dem Schweizer Franken, dem japanischen Yen und dem Pfund. Und im Europäischen Währungssystem (EWS) trägt die Mark die „rote Laterne“.

Verständlich ist es noch, warum der Dollar immer teurer wird. Die hohen Zinsen in den USA machen ihn zur weltweit begehrtesten Anlage. Aber warum steigt er bei uns stärker als in anderen Ländern? Dafür gibt es einen simplen Grund, der überhaupt nichts mit internationalem Mißtrauen in die Bundesrepublik Deutschland oder in die Mark zu tun hat.

Die Deutsche Mark spielt nämlich nach dem Dollar die wichtigste Rolle als Währung, in der Notenbanken ihre Währungsreserven halten. Daher wandert jetzt aus Deutschland mehr Geld in die amerikanischen Hochzinsgebiete als aus anderen Ländern, und zwar vor allem aus Schweden. Darum polarisieren sich die zinsbedingten Spannungen

an den Finanzmärkten vor allem auf den Kurs des Dollars zur Deutschen Mark, die damit stärker unter Druck gerät als andere Währungen. Das ist die zusätzliche Last, welche die Mark als Reservewährung tragen muß. Bei freiem Kapitalverkehr, dem die Bundesrepublik Deutschland ihren Wohlstand zu verdankt, ist das nicht zu ändern.

Noch etwas anderes kommt hinzu. In keiner anderen großen Währung sind Kredite so billig und ohne administrativ Beschränkungen zu haben wie in unserer. Das reizt Ausländer, sich in Mark zu verschulden und sie anschließend in hochverzinsliche Dollars umzutauschen. Auch das drückt auf den Wechselkurs der Mark.

Das erklärt allerdings nur zum Teil, warum die Mark auch im EWS das Schlußlicht ist. Dies wiederum liegt mit daran, daß der Aufwertungssatz, der Paris bei der Bereinigung der Wechselkurse im März aus politischen Gründen zugestanden worden war, eher zu hoch als zu niedrig war. Solange die Mark in diesen Kurs nicht voll „hineingewachsen“ ist, fehlt ihr die Aufwertungsphantasie, die sie im EWS stärken könnte.

Gemeinsames Manöver Ägypten - USA

dpa, Kairo
Aus politischen Gründen hält die Kairoer Regierung noch immer eine Nachschickung von Truppen für die größte amerikanische Militärmanöver im Nahen Osten (Codename: Bright Star) aufrecht, das morgen gemeinsam mit ägyptischen Truppen beginnen soll.

Vor wenigen Tagen hatten bereits drei große amerikanische Frachter mit Panzern an Bord im Hafen von Alexandria angelegt. Der Transport der Panzer ins Manövergebiet spielte sich weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit ab. Die ägyptische Regierung hatte die stark befahrene Wüstenstraße von Alexandria nach Kairo aus „technischen Gründen“ für jeglichen Verkehr sperren lassen. Ob die internationale Presse und die in Kairo vertretenen Militärschiffe wie bei den Bright-Star-Übungen von 1980 und 1981 auch diesmal zur Beobachtung einiger Manöver-Höhepunkte eingeladen werden, erscheint zunehmend fraglich.

Die ägyptische Regierung möchte offenbar möglichst wenig Publizität über die Präsenz von 5500 amerikanischen Soldaten am Nil, um nicht die Kritik von arabischen Nachbarn oder Oppositionskreisen im eigenen Land auf sich zu ziehen. Dabei betonte Außenminister Kamel Hassan Ali, mit dem Manöver sei keineswegs beabsichtigt, etwa das Nachbarland Libyen einzuschüchtern. Die Übungen seien schon seit langem geplant und schon Wochen vor der Eskalation der Kämpfe in Tschad formell angekündigt worden.

Sri Lanka: Ausgangssperre bleibt teilweise bestehen

Eigentum der Tamilen soll verstaatlicht werden

AFF/DW, Colombo
Die Ausgangssperre in Sri Lanka, die gestern aufgehoben werden sollte, bleibt nach Angaben offizieller Kreise in neun der 24 Regierungsbezirke bestehen, darunter in der Hauptstadt Colombo. Sie soll von 22 Uhr bis 4 Uhr morgens gelten und den Sicherheitskräften die Suche nach Drogen erleichtern.

Die Regierung von Staatschef Junius Jayawardene plant nach offiziellen Angaben außerdem die Einbringung eines Gesetzes, das dem Staat eine Kontrolle über den Besitz der Tamilen einräumt. Bei den Unruhen zerstörtes Tamilen-Eigentum soll in die Kontrolle eines neugeschaffenen „Ministeriums für die Erneuerung von Besitz und Industrie“ gebracht werden. Staatsminister Anandadasa de Alwis erklärte über Rundfunk und Fernsehen, die Regierung werde sich möglicherweise „an Unternehmen beteiligen“, die bei den Unruhen zerstört und mit Regierungsgeldern wieder aufgebaut werden sollen.

Mit dem neuen Gesetz will die Regierung verhindern, daß sich Unbe-

Fatah will Kritik an Syrien beenden

DW, Kuwait/Manama/Washington
Die palästinensische Gruppe „Fatah“ will nach Angaben eines ihrer Führungsmitglieder die über Rundfunk und Presse verbreitete Kritik an Syrien und an den Rebellen innerhalb der PLO einstellen. In einem Interview der Tageszeitung „Al Watan“ sagte der Funktionär Salah Khalaf gestern, man wolle versuchen, die Verhandlungen über eine friedliche Beilegung der Konflikte zwischen Teilen der PLO und Syrien zu erleichtern. Die zur Schlichtung in den innerpalästinensischen und den palästinensisch-syrischen Konflikten gebildete Sonderkommission des Zentralrats der Palästinensischen Befreiungsorganisation wird am Wochenende nach Damaskus reisen.

US-Außenminister George Shultz betonte in einem Interview mit einer amerikanischen Fernsehgesellschaft, daß er dem für Israel wichtigen Grundsatz zustimme, daß Juden das Recht haben, in dem besetzten Gebiet westlich des Jordans zu leben. Sie müßten sich allerdings nach Abschluß der Verhandlungen über das Schicksal dieses Gebiets der dann dafür zuständigen Hoheitsgewalt unterwerfen.

Eine libysche Militärdelegation ist nach Angaben der libyschen Nachrichtenagentur Jana in die Sowjetunion gereist. Der Delegation gehörten unter anderem die Chefs der Luftwaffe, der Luftabwehr, der Seestreitkräfte und der Direktor für Militärindustrie an.

Seite 5: Khomelni führt Regie

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bitte um Partnerschaft

Von Hans Baumann

Nach all den Jahren der Konfliktstrategie, der Agitation gegen jede „Partnerschafts-Ideologie“ sehen, ob man es glaubt oder nicht, mindestens die Hälfte aller Bürger den Weg der Vernunft in einer Art Pakt zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Das ergibt sich aus einer Umfrage der Arbeitsgemeinschaft junger Unternehmer der Handelskammern im Ruhrgebiet. Jeder zweite Befragte ist überzeugt davon, daß die hohe Arbeitslosigkeit am besten durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam abgebaut werden kann. Nur rund jeder vierte meint, daß von der Politik entscheidende Anstöße zur Behebung des Arbeitsmarktes kommen könnten.

Und nur ganze 6,5 Prozent der Bürger meinen, daß die Gewerkschaften allein den Schlüssel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in der Hand hätten. 13,9 Prozent der Befragten sind dagegen der Meinung, daß die Unternehmer den wichtigsten Beitrag zu mehr Beschäftigung leisten könnten.

Mit Abstand führt die Ansicht (44,7 Prozent), daß maßvolle Tarifabschlüsse den Arbeitsmarkt beleben könnten. 35,6 Prozent meinen, dieses Ziel durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erreichen zu können. Hier sieht die Mehrheit der Befragten den wichtigsten Beitrag der Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Hohe Lohnabschlüsse hält lediglich jeder zwanzigste (4,7 Prozent) für einen geeigneten Weg, die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Die Bürger sind sogar zu Opfern bereit, um den Arbeitsmarkt zu beleben. Drei von vier von den Kammer-Junioren Befragten sind zu finanziellen Einbußen bereit, um ihren Arbeitsplatz zu sichern und nicht arbeitslos zu werden. Nur jeder sechste wollte sich dies nicht zumuten.

Zur Sicherung der Arbeitsplätze empfiehlt die Mehrheit (52 Prozent) eine Lohnpause, also einen befristeten Verzicht auf Lohnerhöhungen. Jeweils ein Viertel sprach sich für Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate oder für einen teilweisen oder völligen Verzicht auf Zusatzleistungen aus. Interessant auch: Jeder zweite ist bereit, sich eher selbstständig zu machen, womit auch immer, falls er arbeitslos werden sollte, als einfach sein Schicksal hinzunehmen. In alledem steckt gewiß eine Lehre. Nur: Ob sie auch Funktionären zugänglich ist, das bleibt die Frage.

Partei im Museum

Von Dankwart Guratzsch

Was ist das für eine SPD, die dem Parteistrategen Willy Brandt neuerdings vorschwebt? Darüber rätseln viele Genossen nach den dubiosen Andeutungen, mit denen ihr Vorsitzender am Wochenende im hessischen Wahlkampf einer SPD, „wie sie früher war“, eine Absage erteilt hat. Von der „neuen Mehrheit links von der CDU“ war nicht mehr die Rede, auch nicht vom Zusammengehen mit Grünen, mit Friedens- und Frauenbewegung. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, der Schutz des Friedens und der natürlichen Grundlagen unseres Lebens seien bei der SPD gut aufgehoben, dafür brauche man keine neue Partei, meinte Brandt. Die SPD soll es also wieder allein schaffen.

Der Appell an das Selbstbewusstsein freilich fand bei dem ältlichen Parteivolk, das sich im Freilichtmuseum „Hessentpark“ zu dem als „Familienfeier“ deklarierten Wahlkampfauftritt zusammengefunden hatte, offene Ohren. Ein anderer Hinweis des Vorsitzenden löste dagegen nur einen einzigen müden Klatscher aus: „Wir wissen, daß der Mensch auch mit Herz und Gefühl ausgestattet ist“, die SPD solle „den Sehnsüchten der Menschen nachspüren, die reichen weiter als materielle Tagesinteressen“, hatte Brandt der Partei abverlangt, deren Selbstverständnis einmal im historischen Materialismus wurzelte.

Der Hintersinn dieser Worte hätte manchem aufgehen können, der den Vergleich zum Wahlkampfauftritt vor einem Jahr in Wiesbaden gezogen hätte. Damals hatte die Partei noch internationale Parteiprominenz und fünfzigtausend Besucher auf die Beine gebracht – diesmal feierte sie „en famille“ in der Provinz. Nach dem bislang erfolglosen Sturm auf die schwarzen Rathäuser wird nun zum Jagen auf dem platten Land geblasen: Vom Internationalismus zurück zur Heimat, zur Region, zum Schulterschluss und dorthin, wo die „Sehnsüchte der Menschen“, wenigstens der Städter, „Herz und Gefühl“ suchen: zum Dorf.

Wie ernst es den hessischen Sozialdemokraten, deren Herausforderer Walter Wallmann in Frankfurt mittelalterliche Fachwerkhäuser originalgetreu wiederherstellen läßt, mit dieser Rückwendung ist, sagten sie auf eilig geklebten Plakaten: „Darauf sind wir stolz!“ Den Bürgern im Lande muß die Wende freilich erst erklärt werden. Die Verkündung fand in einem Museumsdorf statt, das keine wirklichen Bewohner hat.

Treffpunkt Kabul?

Von Enno v. Loewenstern

Es war ein Wochenende der Demonstrationen. Manches, was dabei demonstriert wurde, war durchaus beherzigenswert. Nehmen wir den Flugtag von Ramstein als durchaus beabsichtigte Probe für den heißen Herbst: Die Sicherheitskräfte griffen auf der Stelle durch, wo immer die Bewegung sich in verbotener Weise bewegte. Und siehe da, die Ordnung konnte voll gewahrt werden. Wo die Staatsmacht sich nicht duckt, setzt sie sich auch gegen Gesetzesbrecher durch. Quod erat demonstrandum.

Zum zweiten: Es sollte ein „machtvoller“ Aufmarsch des Protestes werden. Statt dessen wurde es ein machtvoller Aufmarsch der Zustimmung. Mindestens dreihunderttausend Menschen drängten sich um den Fliegerhorst. Nur einige hundert Protestierer versuchten, sie zu behelligen. Die Hunderttausende klatschten begeistert Beifall – wo immer die Protestler festgenommen wurden; je energischer die Festnahmen, desto freudiger der Applaus.

Schließlich mußte auch noch Willy Brandt zum Hiroshima-Tag etwas demonstrieren – sein Feingefühl. Er machte den Vorschlag, Reagan und Andropow sollten sich doch zu Gesprächen in Hiroshima treffen. „Es würde den Ernst der Lage unterstreichen, in der wir uns befinden“, meinte der immer so ernste Sozialistenchef, den Tritt aus amerikanische Schienbein gedankenvoll kaschierend. Dennoch, der Gedanke ist interessanter, als Brandt es selbst begriffen hat. Man könnte an jenem Ort schon fragen, warum auf das atomwaffenfreie Japan unbedingt SS 20 gerichtet werden müssen. Und man könnte fragen, welche weiteren Konferenzorte den Ernst unserer Lage unterstreichen würden: Wokuta vielleicht, Tschernobyl, Kabul... Brandt wird sie gewiß gern ins Gespräch bringen. Und sich vorher selbst an Ort und Stelle informieren, wie ernst es dort aussieht.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖCKE

Ende der Selbstbedienung

Von Horst Albert Glaser

Unsere Universitäten sind zu groß, zu teuer und zu schlecht geworden. Für die Milliarden, die der deutsche Steuerzahler jährlich dem akademischen Moloch zu opfern hat, erhält er bitter wenig zurück. Jedermann an den Universitäten weiß, daß die Studenten zu lange studieren und trotzdem zu wenig wissen, wenn sie die Universität verlassen. Dem wachsenden akademischen Proletariat bleibt nur der Fall in die Arbeitslosigkeit übrigg.

Was der Steuerzahler heute bestaunen darf, das sind die Folgen einer schlecht durchdachten Bildungspolitik, mit der die weiland sozial-liberale Koalition Stimmen bei Jungwählern und Mütter zu gewinnen hoffte. Die „soziale Öffnung“ der Hochschulen, wie die Devise lautete, hat zu viele Menschen in die Hängegefühle, die nicht wissen, um was es geht, die nicht können, was von ihnen erwartet wird, und die nicht gebraucht werden, wenn sie ausstrudeln.

Was ist zu tun? Einen mutigen, wenn auch schmerzhaften Eingriff hat die liberal-konservative Bundesregierung vorgenommen: Sie streich die Stipendien, auf die nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz viele Studenten einen Anspruch hatten, auch wenn sie nicht studierten. Das sogenannte BAföG-Stipendium führte unübersehbar zu einer Frührentenmentalität bei den jugendlichen Empfängern, da nach Leistungen im Ernst nicht gefragt wurde. Wer fürderhin studieren will, muß dies auf eigene Kosten tun; wenn er oder seine Eltern das Geld nicht haben, wird er zinslos Darlehen erhalten können, die er – sofern er über ein entsprechendes Einkommen verfügt – im Verlauf von zwanzig bis fünfundsiebzig Jahren zurückzahlen muß.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schließt daraus, daß akademische Bildung in Zukunft nur den Kindern wohlhabender Schichten zugute kommen solle, die Kinder der Armen aber leer ausgehen werden. Das ist falsch. Es wird in Zukunft so sein, daß sich Lehrer oder Zahnärzte die Kosten ihres Studiums nicht länger vom Steuerzahler bezahlen lassen können.

Es könnte sein, daß dies langfristig zu einer Entlastung der Hochschulen von Studenten führt, die nicht studieren. Gewiß ist das freilich nicht. Allerorten steigen die Zulassungszahlen über jedes sinnvolle Maß hinaus. Es scheint, als suchten immer mehr junge Leute – Stipendium hin, Stipendium her –

an den Universitäten Zuflucht vor dem rauen Klima des Stellenmarktes. Das nötigt wohl oder übel zu energischeren Maßnahmen, wenn die Universitäten nicht als Jugendheime verwahrlosten wollen.

Es müssen die Universitäten wieder in den Stand versetzt werden, sich von Studenten zu trennen oder Studenten gar nicht erst aufzunehmen, die weder studierfähig noch studierwillig sind. Von der Problematik des Abiturzeugnisses, das die sogenannte Hochschulreife bescheinigt, sei hier nur am Rande gesprochen. In den Hochschulen müssen Entscheidungsstrukturen wiederhergestellt werden, die es erlauben, sich von unfähigen Studenten zu trennen – aber auch von unfähigen Dozenten und anderem Personal. Es ist einfach nicht länger zu ertragen, daß Studenten über Anforderungen in Studium und Prüfungen mitentscheiden und an vielen Fachbereichen niemand durch die Prüfung fällt.

Wer selber Prüfungen ablegen will, sollte auf deren Anforderungen keinen (auch indirekten) Einfluß haben. Und wer an der Hochschule eine Lebenszeitstelle sucht (wie der akademische Nachwuchs), sollte von Entscheidungen über Stellen, Lehraufträge und Gelder ausgeschlossen werden. Es anders zu machen – und es wurde und wird anders gemacht – heißt, die Universitäten tendenziell in einen

Selbstbedienungsladen der dort Studierenden und Beschäftigten zu verwandeln: Jeder verschafft sich selber die Stelle, die er braucht, und jeder stellt sich selbst die Bescheinigung aus, die er für nützlich hält.

Nicht minder fragwürdig ist die Ausgabenpolitik mancher mitbestimmter Universitätsorgane. Ein Amtmann der Verwaltung kann für die falsche Verbuchung von zehn Mark zur Verantwortung gezogen werden. Wenn hingegen politische Funktionsgruppen Hunderttausende oder Millionen für Seifenblasen-Projekte zum Fenster hinauswerfen oder unfähiges Personal einstellen, das nicht mehr entlassen werden kann, dann ist das hauswirtschaftlich nicht zu beanstanden. Um dem öffentlichen rechtlichen Unfug die Krone aufzusetzen, sehen von Sozial-Liberalen ausgeklügelte Hochschulgesetze sogar vor, daß der Rektor einer Universität – wenn es hart auf hart geht – vom Funktionsposten, aber nicht mehr von den Professoren gewählt wird. In Nordrhein-Westfalen verfügen die Professoren über zwei Fünftel der Stimmen in dem Gremium, das den Rektor zu wählen hat.

Das Hochschulrahmengesetz erlaubt all dies, wengigstens es nicht überall – dank einiger konservativer Landeshochschulgesetze – praktiziert wird. Wenn die Expertenkommission, die von Bundesbildungsministerin Dr. Wilms eingesetzt wurde, noch in diesem Jahr mit Änderungsvorschlägen niederkommen sollte, dann wären sie rasch in Gesetzesentwürfe zu gießen. Sie werden, falls sie das Übel an der Wurzel packen und nicht an Symptomen herumdozieren wollen, der sogenannten Gruppenuniversität den Kampf ansagen müssen.

Das meint nicht – wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstellt – daß die „abgewirtschaftete“ Ordinariatsuniversität restauriert werden solle, wohl aber, daß eine Professorenuniversität etabliert wird, wie sie überall besteht, wo an Universitäten ernsthaft Wissenschaft betrieben wird. Denn allein die Professoren (und keine namenlosen Gremienfunktionäre) haben nachgewiesen, daß sie imstande sind, über das zu entscheiden, worum es an den Universitäten geht: um Wissenschaft. Die soziale Beglückung Benachteiligter und Behinderter, in der man lange Zeit die Hauptaufgabe der Universitäten gesehen hatte, sollte anderen, besser hierfür gerüsteten Institutionen überlassen werden: den Wohlfahrtsverbänden.

GAST-KOMMENTAR



Professor Dr. Horst Albert Glaser lehrt Allgemeine und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Gesamthochschule Essen. 1982 veröffentlichte er im Ulstein-Taschenbuch-Verlag: „Hochschulreform – und was nun?“

Die Berufung Svidercoschis war als Signal gemeint

Wie ein Papst allen Beschwichtigungs-Gerüchten entgegentritt / Von Alfons Dalma

Es gab einige Reaktionen der Überraschung, als die weißhaarige und doch jugendlich wirkende Endvierziger Federico Svidercoschi zum geschäftsführenden Chefredakteur des „Osservatore Romano“ ernannt wurde. Denn damit wurde an die Spitze des päpstlichen Hausorgans zum ersten Mal in seiner hundertdreißigjährigen Geschichte ein Mann gestellt, der weder Geistlicher noch ein immer dem Vatikan zugeordneter „rein katholischer“ Journalist ist: Svidercoschi war zuletzt bei der römischen Tageszeitung „Il Tempo“.

Doch viel wichtiger ist das Signal, das mit der Berufung des Außenseiters gegeben wurde. Der Mann, den er Hals über Kopf ablöste, Don Virgilio Levi, hatte im „Osservatore“ kaum verhüllt behauptet, daß der polnische Papst bei jener mysteriösen Privataudienz in einer Tatra-Berghütte den Arbeiterführer Lech Walesa ange-

wiesen habe, in die Versenkung zu verschwinden. Dies war als Spekulation durch manche Kreise geäußert. Daß der Chef des „Osservatore“ dies nun aussprach, gab der Geschichte einen quasi-amtlichen Charakter: Papst läßt Walesa fallen; Papst läßt Polens Freiheitshoffnungen fallen.

Den auf Akkommodation bedachten Kreisen, auch und gerade in der Bundesrepublik Deutschland, war der polnische Papst seit langem unendlich unbequem. Seine Haltung paßte denen nicht, die Jaruzelskis Kriegrechtsschlag ausdrücklich begrüßten oder Reagan kritisierten, weil seine Aussagen den Gedanken nahelegten, daß es ihm, o. Schreck, im Grunde nicht nur um mehr Freiheit geht, sondern um Befreiung vom kommunistischen System. Die daraus angeblich folgende „Destabilisierung“ aber kann in niemandes Interesse liegen, auch nicht im In-

teresse Washingtons und auch nicht im Interesse der Polen, la mentierte etwa ein Hamburger Wochenblatt. Aber natürlich konnte auch niemand daran zweifeln, daß auch der Papst nicht nur „mehr Freiheit“ für die Polen will, sondern die Freiheit schlechthin.

So wurden Gerüchte lanciert, daß das vatikanische Staatssekretariat schon dafür Sorge, daß vom Papst zerschlagene Porzellan wieder zu kitten. Oder auch: Der Kardinal-Primas von Polen, Glemp, befristet im Gegensatz zum Papst einen Modus vivendi mit dem Militäregime und lasse sich vom „kalten Krieger im Vatikan“ nicht ins Handwerk puschen. Und dann wieder wurde geflüstert, der Papst suche ja doch hinter allem schlimmen Gerede von Freiheit selber den Kompromiß mit Jaruzelski.

So wurde denn auch der Abgang von Don Virgilio Levi gedeutet: er

IM GESPRÄCH Richter Kaufman

Ein Mann gegen die Mafia

Von Wolfgang Will

Nach der Öl-Industrie, die einnahmestärklich an der Spitze steht, folgt in der Wirtschafts-Rangliste der USA das organisierte Verbrechen, das gemeinhin als Mafia bekannt ist. Die Einnahmen der Mafia werden auf 150 bis 175 Milliarden Dollar veranschlagt, und nach einer Schätzung des Bundesrichters Irving Robert Kaufman entfallen allein 79 Milliarden Dollar „nicht versteuerten“ Mafia-Umsätze auf den illegalen Rauschgiftmarkt. Gegen diese „Industrie“ hat Präsident Ronald Reagan jetzt die Mobilisierung befohlen, und Richter Kaufman ist der Chef einer zwanzigköpfigen präsidentiellen Kommission, die das organisierte Verbrechen unter die Lupe nehmen und analysieren wird.

Kaufman, 73 Jahre alt und nach 34 Jahren in den Roben verschiedener Bundesrichterstellen nicht zum Ruhestand bereit, will „Strategien entwickeln und Gesetze vorschlagen, die die Geschäfte des organisierten Verbrechens unprofitabel machen“. So lautet seine Antwort auf den Auftrag des Präsidenten, „die Verbrechens-Syndikate, die in Amerika zu lange toleriert wurden, auseinanderzubrechen und zu lähmen“. Seine Erfahrung reicht weit.

Er war der Vorsitzende des Gerichts, das zwanzig Männer und Frauen zu hohen Freiheitsstrafen verurteilte, die 1957 an einer Unterwelt-Konferenz in Apalachin (New York) teilgenommen hatten – erstmals war damals das Augenmerk Amerikas auf Ausmaß, Umfang und Einfluß der Mafia gerichtet worden.

Er verurteilte 1961 das Physiker-Ehepaar Julius und Ethel Rosenberg zum Tode, weil sie Atomwaffengeheimnisse der USA an die Sowjetunion weitergegeben hatten – das war die einzige Spionage-Todesstrafe, die jemals in Friedenszeiten verhängt und (am 19. Juli 1953) auch vollstreckt wurde.

Die Größe der Mafia schätzt man auf 25 „Familien“, mit etwa 2000 „Soldaten“ (Berufsmörder) und 20 000 Gehilfen und 100 000 bis 250 000 „entworfene“, aber nützlichen „Familienmitglieder“. Die „Geschäfte“ werden im kleinen und großen getätigt. Da beteiligen



Mit 73 noch kampfbereit: Irving Robert Kaufman

sich – für 50 Cents – Hunderttausende Amerikaner an illegalen Spielen oder Lottos, da müssen New Yorker Geschäftsleute zehn Dollar pro Monat „Abgabe“ zahlen, damit ihr Müll pünktlich abgeholt wird, da „verschert“ die Mafia Geschäfte gegen Einbruch und Brandstiftung – wer nicht zahlt, sieht sein Etablissement schnell in Flammen aufgehen. Wer in New York und Chicago für sein Restaurant eine Alkohollizenz haben will, muß der Mafia einen „Einkauf“ von wenigstens 10 000 Dollar zahlen und sie am Gewinn beteiligen. Die Mafia betreibt Pfandanstalten und Kreditunternehmen; sie kontrolliert Waffenschmuggel und Prostitution sowie den Rauschgiftmarkt. Sie hat viele Polizisten und Richter bestochen.

All dem soll die Kaufman-Kommission, die ein Jahresbudget von wenigstens 500 000 Dollar haben wird, ein Ende bereiten. Ihr gehören Staatsanwälte, Jura-Professoren, Richter, Rechtsanwälte, Krimo-Beamtene und Polizeipräsidenten an, und ihren Abschlußbericht soll sie am 1. März 1986 vorlegen. Die Kommission wird Vorladungsvollmacht haben, was heißt Gefängnis schon droht jenem, der Vorladung und Aussage verweigert. Ob ihr Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist es Ronald Reagan zu verdanken, daß dem organisierten Verbrechen eine Aufmerksamkeit geschenkt wird wie nie in den Jahrzehnten davor.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Das Heidelberger Blatt kommentiert die Projekt-Studien

In der Sowjetunion mangelt es nicht an glänzenden Analysen der „sozialen und ökonomischen Probleme“ und auch nicht an konkreten Vorschlägen zu ihrer Lösung. Ihre Verfasser allerdings sind im für sie günstigsten Fall von ihrem Regime postwendend ausgebürgert und im Westen. Andere überragen ihre klarsichtige Hilfestellung für die sowjetische Malaise im GULAG.

Northwest-Zeitung

Zu Kapitalismus, Wagnissen – meint das Blatt:

Zwar verbietet niemand einem Richter, seine eigenen politischen Meinungen und Anschauungen zu haben und auch zu vertreten – nur der Rahmen in dem er das tut, ist nur einmal gesetzlich eng gespannt. Und er wird mit Sicherheit gesprengt, wenn der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises sozialdemokratischer Juristen, Horst Isola, im Zusammenhang mit Demonstrationen zu „kalkulierten Rechtsbrüchen“ auffordert oder Richter im selben Zusammenhang die Verletzung geltenden Rechts zur „Wahrung höherer Werte“ empfehlen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung schreibt über Antikommunisten und die USA:

In Afrika hatte man andere Dinge vor Mitterrand erwartet, vor allem nicht, daß er sich von Reagan täuschen ließe. Die Jaguar-Flugzeuge gingen erst auf, nachdem zwei zusätzliche Awacs und zwölf F-15 zwischen Ägypten und Sudan angekündigt

REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER

Über die Demonstrationen schreibt das Blatt:

Vor allem sind es die Anhänger der sogenannten Friedensbewegung selbst, die sich zunehmend unter einem Erwartungsdruck zu befinden scheinen, das auch wirklich zu realisieren, was man ihnen, sei es befruchtend oder erhoffend, antrug. Das Blut-Attentat eines ehemaligen grünen Mitterrand-erwartet, vor allem nicht, daß er sich von Reagan täuschen ließe. Die Jaguar-Flugzeuge gingen erst auf, nachdem zwei zusätzliche Awacs und zwölf F-15 zwischen Ägypten und Sudan angekündigt

Rund 300 000 friedliche Bürger kamen zum Flugtag der Amerikaner nach Ramstein. Das darf man getrost eine Abstimmung mit den Füßen nennen, eine Großkundgebung des Vertrauens und der Sympathie. Für ein Land, das uns die Freiheit sichert. Und die „Friedens“-Demonstranten? Sie waren ein Häuflein in der Masse.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß Svidercoschi – Nachkomme eines polnischen Rebellen Swiderkowski, der vor hundertzwanzig Jahren nach einem Warschauer Aufstand nach Italien ging – als erster die Bedeutung des Kardinals Wojtyla erkannte und beschrieb, als erster Wojtylas Wahl zum Papst voraussah. Er versteht den Papst. Er sagt wirklich, was der Papst denkt, anders als Levi, der sagte, was gewisse Kreise als Gedanken des Papstes zu hören wünschten.

Jüngst erschien im „Osservatore“ ein Artikel von Professor Mondin, in dem es hieß, der Marxismus sei „eine tödliche Gefahr für die Menschheit“, er verdiene keinen anderen Titel als „Gewalt“ und „Diktatur“. Damit hat Svidercoschi sein Programm offengelegt – und das Papstes. Es ist nicht die Sprache der Beschwichtigung, der Angst vor der Freiheit. Es ist die Sprache der Freiheit.

تلاوة القرآن

WIE WAR DAS?

Als Johnson in Vietnam freie Hand erhielt

Von THOMAS KIELINGER

Wie stark soll die amerikanische Macht an den Brennpunkten der Weltpolitik eingesetzt werden? Diese Frage hat nicht erst jetzt im Zusammenhang mit Mittelamerika zu einer quälenden Auseinandersetzung zwischen Weisem Haus und Kongress geführt. Ein markantes Datum setzte im August 1964 die sogenannte „Tonkin Resolution“, die im Senat und Repräsentantenhaus mit überwältigender Mehrheit angenommen wurde und dem damaligen Präsidenten Lyndon B. Johnson eine beinahe schrankenlose Exekutiv-Gewalt einräumte.

Am 2. August 1964 war der US-Zerstörer „Maddox“ im Golf von Tonkin von nordvietnamesischen Torpedo-Booten angegriffen worden; zwei Tage später richtete sich ein Angriff gegen den Begleitzerstörer „Turner Joy“. Das Ansehen der USA als Ordnungsmacht im südostasiatischen Raum war herausgefordert. Präsident Johnson, mitten im Wahlkampf gegen Barry Goldwater, der für äußerste militärische Entschlossenheit eintrat, mußte handeln. Obwohl Johnson der dem Kongress nicht gerade dem Mitspracherecht einräumen wollte, wenn der „Commander-in-Chief“ aufgerufen war, zog er das Parlament zu Rate, nachdem er zuvor freilich bereits amerikanische Bombenangriffe gegen nordvietnamesische Luftbasen befohlen hatte.

Was aber, wenn die USA weitere Übergriffe mit größerem militärischen Einsatz beantworten mußten? Johnson legte den ins Weiße Haus beorderten Führern des Kongresses den Text einer Resolution vor, die ihm weitgehende Vollmachten für jeden denkbaren Einsatz in Vietnam zusicherte. Anders als heute, da über außerpolitische Schritte der USA monatelang im Kongress gestritten wird, dauerte die Debatte über die „Südost-Asien-Resolution“ (so ihr genauer Titel) damals genau zwei Tage, ehe sie am 7. August verabschiedet wurde und zwar einstimmig im Repräsentantenhaus und mit nur zwei Gegenstimmen im Senat. Sie ermächtigte den Präsidenten, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um jede Art bewaffneten Angriffs gegen militärische Einrichtungen der USA zurückzuschlagen und weitere Aggression zu verhindern“. Ohne daß dies vom Kongress beabsichtigt war, bereitzte die Resolution die massive Steigerung des US-Engagements in Südostasien vor.

Die Lauterkeit Präsident Johnsons wurde Jahre später, als er längst über Vietnam sein Amt verloren hatte, in Zweifel gezogen. Mit der Veröffentlichung der „Pentagon-Papiere“ von 1971 erfuhr ein noch nachträglich importierter Kongreß, daß schon vor dem nordvietnamesischen Torpedo-Angriff südostasiatische Einheiten Seestreitkräfte im Norden überfallen hatten. War dies Provokation, auf die Hanoi reagiert hatte? Auch wurde bekannt, daß der Text der Tonkin-Resolution schon am 25. Mai als Entwurf parat lag. Hatte Johnson den Kongress zielstrebig zum Komplizen amerikanischen Engagements in Vietnam machen wollen?

Für den Kongreß war dies ein Schock. Schon ein Jahr zuvor, im Juni 1970, hatte er in aller Form die Tonkin-Resolution widerrufen, denn der Krieg in Vietnam zehrte an den Nerven Amerikas. Während zum Zeitpunkt der Ermordung Präsident Kennedys erst 16 000 Militärs in Südostasien waren, hatte Johnson bis zum Juli 1965 schon 75 000 Mann reguläre US-Truppen entsandt.

Die Erfahrung mit der Tonkin-Resolution ist einer der wesentlichen Gründe, warum in Amerika Kongreß und Exekutive in einem unablässigen Streit über Ziel und Einsatz amerikanischer Macht in Übersee liegen.

Die Russen auf dem Zugerberg und die hohe Politik

Die Schweiz beherbergt seltene Gefangene: acht Rotarmisten, in Afghanistan von Freikampfkämpfern gefangen, sind auf dem Zugerberg interniert. Ergebnis der Bemühungen des Roten Kreuzes um Gefangenenaustausch in Afghanistan.

Von WALTER H. RUEB

Die jungen Männer im dunklen Drillich richten sich auf, rücken näher zusammen. Sie schauen militärisch. Zwei fassen Schaufel und Pickel fest an, drei blicken abwechselnd auf den sich nähernden Fremden und die sie bewachenden vier Soldaten. Sprechfunkgeräte kommen zum Vorschein. Einen Augenblick lang sind aufgeregte Worte zu vernehmen. Zwei der Soldaten werfen halbgerauchte Zigaretten weg. Von ihren Schultern baumeln Sturmgewehre. Plötzlich die Stimme eines Soldaten: „Stehenbleiben.“

Die Schilder entlang der Straßen und Wege waren nicht zu übersehen. Neben der Abbildung eines Soldaten, wie sie einem hier oben auf Schritt und Tritt begegnen, steht in Englisch und allen vier Landessprachen die Warnung: „Sie betreten militärisch bewachtes Gebiet. Auf den Anruf HALT! sofort stillstehen und den Weisungen der Truppe nachkommen. Bei Mißachtung der Warnung macht die Truppe von der Schusswaffe Gebrauch.“

Ich bleibe nicht stehen – doch von Schusswaffen wird nicht Gebrauch gemacht. Einer der überraschten Soldaten kommt mir zwei Schritte entgegen. „Sind Sie der neue Dolmetscher?“ ruft er. „Ja“, antworte ich schnell und unbedacht. „Die Spannung löst sich für einen kurzen Augenblick. Ein Wortschwall aus dem Munde eines Mannes in regendurchnässtem Drillich und mit kurzgeschorenem Haar: „Entlarvt meinen Bluff! Ich spreche nämlich nicht Russisch.“

Auf dem Zugerberg, hoch über See und Stadt gleichen Namens im Herzen der Schweiz, werden acht Soldaten der Roten Armee von eidgenössischen Soldaten bewacht und beschützt. Sie waren in Afghanistan in die Hände der Freikampfkämpfer gefallen und von diesen nach schwierigen Verhandlungen mit Sowjets und pakistanißchen Regierung an internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zur Internierung in der neutralen Schweiz übergeben worden.

Jeder Schweizer weiß: Dort oben ist das Straßendeckelung der heiligen Armee zu Hause, in dem schweren Ständen wider militärische Disziplin und Ordnung bei harter landwirtschaftlicher Arbeit auf dem Gut Friedhof gestützt werden.

Es wimmelt dort heute von Uniformen und Tarnanzügen, von Jeeps und Militär-Lastwagen, von Stachel- und Waffend. Wo früher ein paar in Uniform grau gewordene Veteranen bestrafte Soldaten bei der Arbeit in Stall und Feld beaufsichtigten, tummeln sich jetzt ganze Kompanien junger Schweizer: Stachel, Abwehr, Sperrungen und ein lauscher-Turn mit Ausguck und Scheinwerfern verzeichnen die friedliche Vorab-Landschaft.

In einer geräumigen Baracke abseits der Straße haben die Sowjet-Soldaten: Powarnitsch, Deditsch, Sitschuk, Zepodnikow und Malikowitsch im Spätherbst 1982 Bekanntheit gemacht mit Komfort und Luxus. Geräumige Zimmer und Anstell-haltsräume, Bäder und Duschen, Radio und Fernseher, Taschengeld und Ausguck sind an die Stelle, tristen Kasernen-Dorms in der Heimat und in Afghanistan, dem blutigen Krieg am Hindukusch, sowie die dunklen Verliese während der Gefangenschaft bei den Mujaheddin getreten. Vor der Haustür reicht der Blick bis Rigi und Pilatus, für Ausguck steht eine Fläche von der Größe zweier Fußballfelder zur Verfügung.

Ende Januar 1983 kamen drei weitere Sowjetsoldaten in das wohl bestbewachte Haus in Mitteleuropa. Ihre Namen und Eigenschaften haben sich rund um den Zugerberg noch nicht herumgesprochen. Von den anderen aber weiß man auf Höfen und in Berggasthäusern rund um Stachel- und nächtlichen Scheinwerfer-Zauber: daß die Männer zwischen 18 und 21 Jahre alt sind, zwei sich zu Allah bekennen und aus Zentralasien stammen, drei in der Ukraine geboren und aufgewachsen sind und drei sich waschechte Russen nennen.

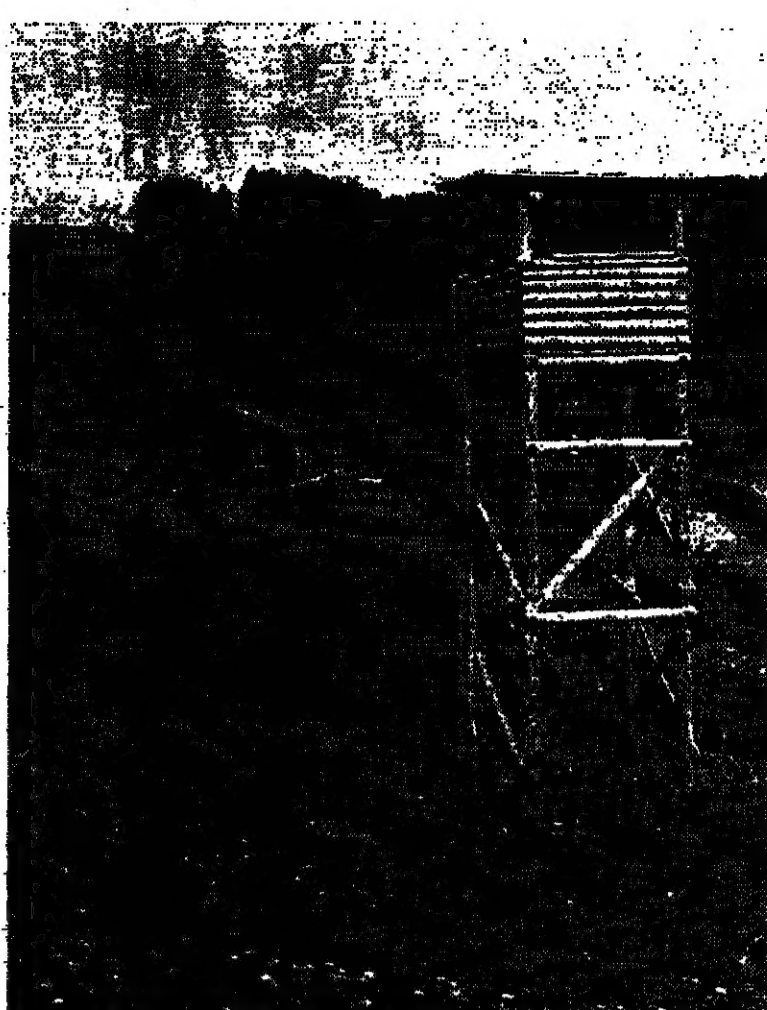
Major Alfred Klossner, der ehemalige Bauer und Viehhändler, ist hier oben der Chef. Der Kommandant des Straßens ist oft unterwegs. „Dann übernehme, so heißt es unter Klingen, seine Frau die Befehlsgewalt.“ Auf ihr Wort hören sogar die Soldaten Wachsoldaten. Und im Notfall sind Sohn und Tochter Klossners noch da. „Die haben netlich einen Reporter die Kamera weggenommen“, sagt Frau Klossner. Ihre Worte haben einen drohenden Unterton. „Hier wird nicht fotografiert und Auskünfte gibt es nur in Bern.“

In Wirklichkeit gibt es Auskünfte rund um Frühlühl. „Alles primitive Geistes“, beschreibt ein Bauer die freudigen Gäste. „Sie müssen arbeiten, bekommen Taschengeld und am Wochenende manchmal Ausguck. Auf zu machen sie unten in der Stadt Einkäufe.“

Ähnlich sind weniger zurückhaltend. Sie berichten von Fluchversuchen, Arbeitsverweigerung, Randalieren, Demolierung ihrer Zimmer-einrichtung und von einer ganzen Latte krimineller Delikte auf dem Zugerberg, die zwei der Sowjets schließlich wochenlang im Gefängnis büßen mußten. „In letzter Zeit hat es sich etwas gebessert“, meint ein Jungbauer. „Aber nur, weil die Soldaten es aufgegeben haben, den beiden Schlimmsten Vorschriften zu machen. Zwei Russen arbeiten auch nicht und stehen nur herum.“

Der Schlimmste ist Powarnitsch, verweist ein Schweizer Soldat. „Der war lange im Kasten und machte ja auch schon in seiner Einheit in Afghanistan Schwierigkeiten. Als er einmal ohne Kabinen von seiner Geiselnach in Kabul fahren wollte, fiel er in der Dunkelheit abgelenkt. Die brachten ihn in eines ihrer Lager am Ostende des Landes. Von dort kam er vor einem Jahr in die Schweiz.“

Einige der jungen Eidgenossen, die seit der Unterbringung der Sowjetsoldaten auf dem Zugerberg ihren jährlichen Militärdienst bei der Bewachung der Internierten ableisten, sind in den Berggasthäusern am Vorderen Geißboden und am Buschen-



Mehr Schutz als Gefangene: die Baracke der Sowjet-Soldaten

chappell nach dem dritten Bier bei weitem nicht so zugeknöpft wie im Dienst. Die bekommen umgerechnet um die 15 Mark Taschengeld pro Tag, gibt einer Auskunft. „Sie geben alles aus und kaufen das, was gleichaltrige Schweizer auch kaufen: Jeans- und T-Shirts für die Freizeit, Radios und Kassetten... Einer kauft immer Kaviar... Wer sich gut aufhält, darf sogar Alkohol kaufen. Und Lektüre ist natürlich erlaubt, nur schwer zu finden... Frauen gibt es nicht in Zug, auch keine Kaffeehölzer.“

Woll die Sowjets zu Beginn ihres Aufenthaltes in der Schweiz den vom Eidgenössischen Außenministerium gestellten Dolmetscherinnen wiederholt buchstäblich zu nahe treten, haben die Gastgeber, die sich ihre Unkosten auf dem Umweg über das IKRK von den Sowjets bis auf den letzten Rappen ersparen lassen, eine andere Lösung des Dolmetscher-Problems gefunden: Der russischen Sprache mächtige Schweizer können jetzt ihren obligatorischen dreiwöchigen militärischen Wiederholungskurs in Gesellschaft der Sowjets auf dem Zugerberg ableisten. Allerdings ist es nicht leicht, geeignete Männer zu finden: Menschen Sprachgewandtheit ist die Aufgabe etwas zu heikel.

Tatsächlich sind die Russen im Umgang mit ihren Bewachern nicht zimperlich. Wiederholt wurden Soldaten bedrängt, in zwei Fällen gar tätlich angegriffen. Am gefährlichsten sind die Tage des Ausgucks. Alkohol macht die Sowjets aggressiv, und problematisch ist das ständige Versteckspiel mit Neugierigen und Verfolgern.



Schilder wie dieses weisen auf den militärischen Sperrbezirk am Zugerberg hin. Auf dem Gut Frühlühl befindet sich das militärische Straßengatter der Schweizerischen Armee. Doch mehr Aufmerksamkeit als die „Sünder“ der eigenen Streitkräfte finden internierten Rotarmisten.

FOTOS: WALTER H. RUEB

Peking setzt neue Prioritäten und plant bescheidener

Zukunftsentwürfe waren nie eine Stärke der Chinesen. Um so erstaunlicher, daß sie sich neuerdings intensiv mit den Perspektiven für das Jahr 2000 auseinandersetzen.

Von OSKAR WEGGEL

Alles, sich über die Zukunft Gedanken zu machen, gibt es für Peking genug. So hat sich zum Beispiel seit 1949 die Bevölkerung verdoppelt, während – verursacht durch das Stadt- und Industriewachstum – die landwirtschaftliche Nutzfläche im gleichen Zeitraum um netto 12 Millionen Hektar zurückging – was ziemlich genau der gesamten Ackerfläche der Bundesrepublik Deutschland entspricht. Die Schere geht auch beim Arbeitskraft/Arbeitsplatz-Verhältnis immer weiter auseinander; außerdem nimmt die innere Verschuldung zu, die 1982 bereits bei 32 Milliarden Yuan (ungefähr 30 Milliarden Mark) angelangt war.

Nicht zu vergessen auch die hohe Analphabetenzahl (235 Millionen) und die geringe Zahl der Funktionäre mit Hochschulabschluß (4,4 Millionen, das sind ungefähr 0,4 Prozent der Bevölkerung) – statistische Werte, die durch die Volkszählung 1982 ans Tageslicht gekommen sind.

Antwort auf die in den nächsten 17 Jahren anstehenden Fragen soll nun der 6. Fünf-Jahres-Plan geben (1981–1985), der formell zwar zur Hälfte bereits abgelaufen ist, dessen konkretes Zahlenwerk aber jetzt erst bekanntgegeben worden ist.

Von den 6 seit 1953 erlassenen Fünf-Jahres-Plänen wurden vier, nämlich die Pläne zwei bis fünf, wie Staatsgeheimnisse behandelt – ein Vorgehen, das deshalb so grotesk anmutet, weil ja gerade Fünf-Jahres-Pläne die alles entscheidenden Grunddaten vorgeben – und daher eigentlich gar nicht oft und gar nicht umfassend genug propagiert werden können. Nur Plan eins (1953/57) und der neueste Plan sind in allen Einzelheiten bekanntgegeben worden.

Die wichtigsten Zielsetzungen: ● Gesamtwachstum des Brutto-Produktionswerts um 21,7 Prozent, also pro Jahr etwas über 4 Prozent ● Priorität für Landwirtschaft, Energie und Verkehrswesen („drei strategische Schwerpunkte“) – gleich gefolgt von Erziehung und Wissenschaft.

● Bevölkerungsbegrenzung bei 1,08 Milliarden ● Einordnung in die Perspektivplanung bis zum Jahre 2000: Bis dahin soll sich der Brutto-Produktionswert von Industrie und Landwirtschaft gegenüber 1981 vervierfachen und die Bevölkerung nicht über 1,2 Milliarden ansteigen. Zwei Schritte sind zu vollziehen:

In den achtziger Jahren sind die „Kräfte zu sammeln und die Grundlagen zu legen“, in den neunziger Jahren soll dann der eigentliche Aufschwung erfolgen.

Gerechnet wird nach Quantität, nicht Qualität

Der Plan zeigt die bekannten chinesischen Denkschemata (vier – drei – zwei: Vervielfachung, drei Schwerpunkte, zwei Schritte) und erinnert in seiner manchmal enthusiastischen Wortwahl an frühere Pläne, die zu meist nicht eingehalten worden sind. Er geht auch nach wie vor vom „Brutto-Produktionswert“ aus, einem volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungs-Parameter, bei dem nicht auf die Qualität der Produkte oder die Rationalität der Produktion, sondern – echt „tonnenideologisch“ – auf bloße Quantitäten abgestellt wird.

In drei Punkten unterscheidet sich der 6. Plan trotzdem von seinen Vorgängern: Er peilt ein relativ bescheidenes Wachstum an, er setzt neue Prioritäten (Stahl und Getreide haben als „Hauptkategorien“ offensichtlich nun engültig ausgedient),

und er räumt der (relativ billigen) Verbesserung bestehender Anlagen Vorrang vor (teuren) Neubauten ein. Sind die Pläneziele erreichbar?

Folgende Fragezeichen lassen sich anbringen:

1. Wenn sich der BPW bis zum Jahre 2000 vervierfachen soll, so müßte doch eigentlich ein durchschnittlicher Wachstumsfuß von jährlich 7,2 Prozent eingeschlagen werden. Der Plan sieht aber nur knapp über 4 Prozent vor.

2. Wird Chinas verknöchertes Management über seinen eigenen Schatten springen und für die nötigen Wachstumsimpulse sorgen können?

Mehr Eigenständigkeit für die Betriebe

An dieser Stelle verweisen die Reformer auf ihre neue wachstumsfreundliche Politik: Zum einen werde die Ausbildung des Nachwuchses vorangetrieben (auch Hongkong spielt hier eine nicht zu unterschätzende Rolle), zum anderen entständen gegenwärtig neue, managementfreundliche und bürokratiefeindliche Strukturen, von denen hier nur einige erwähnt werden können:

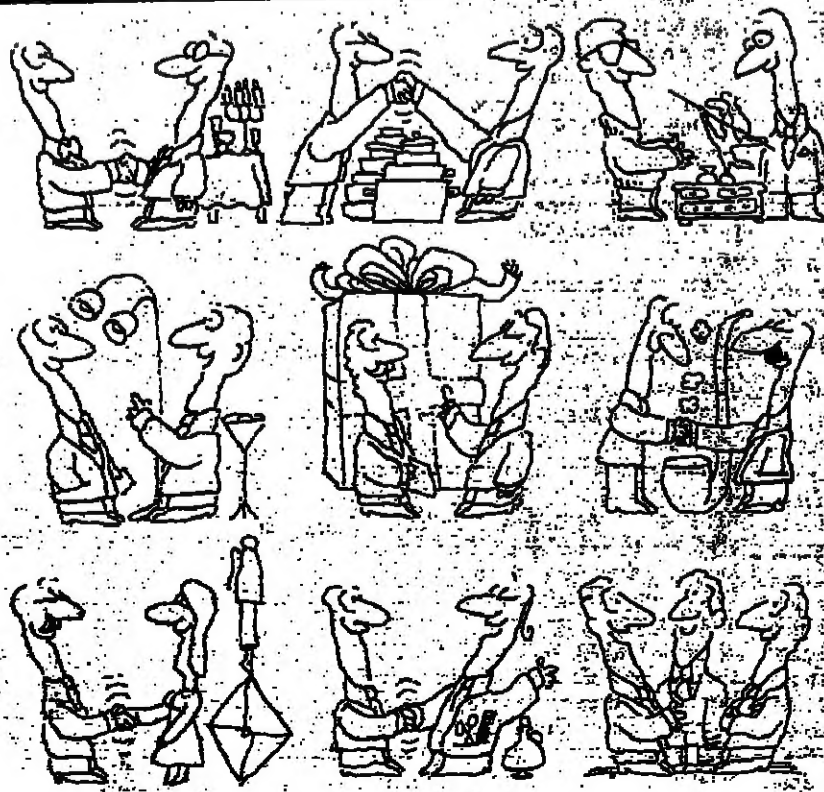
● Vor allem sollen die Einzelbetriebe künftig mehr Eigenständigkeit erhalten, sind also z. B. selbst für Gewinn und Verlust verantwortlich und brauchen nur noch Steuern zu zahlen. Früher hatten gewinnbringende Betriebe ihre gesamten Profite abzuliefern und erhielten nachträglich davon wieder Mittel zugestuft – genauso übrigens wie andere Unternehmen, die nur rote Zahlen schrieben.

● Des weiteren entstehen zur Zeit Kombinatstrukturen, die dem „rein bürokratischen Arbeitstil“ den Nährboden entziehen sollen. Waren zum Beispiel für Baumwolle bisher vier Behörden zuständig, nämlich die Ministerien für Landwirtschaft, Textilien, Innenhandel und Außenhandel, so soll es künftig nur noch eine einheitliche Baumwoll-Firma geben, die sämtliche Vorgänge, vom Anbau über die Verarbeitung bis hin zum Verkauf, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in die Hand nimmt.

● Des weiteren werden neuerdings ganze Subregionen zu Wirtschaftseinheiten zusammengefaßt, so etwa die „Wirtschaftszone Changjiang (Yangtse-Fluss)“ mit Shanghai als Mittelpunkt. Hier, in dieser fortgeschrittenen und wasserreichsten Region Chinas, leben 4 Prozent der chinesischen Bevölkerung, werden 15 Prozent des gesamten BPW der Volksrepublik China erwirtschaftet, liegt das Pro-Kopf-Einkommen (mit rund 1000 US-Dollar im Jahr) weitaus am höchsten im ganzen Land.

● Weitere Maßnahmen sind Vergabe von Krediten (statt staatlicher Subventionen), verstärkte Effektivitätskontrolle durch die Banken, Erlass eines modernen Wirtschaftsrechts und dergleichen. Außerdem soll das Kadernetzwerk verjüngt werden.

3. Läßt sich das Bevölkerungswachstum im Sinne der Prämissen des 6. Fünf-Jahres-Plans drosseln? – Hier sind Zweifel angebracht. Die vorletzte Bevölkerungsdoppelung Chinas hatte 180 Jahre (1770–1950), die letzte jedoch nur 30 Jahre (1950–1980) gedauert. Die „Ein-Kind-Familien“-Politik hat sich bisher nur in den Städten durchsetzen lassen. Auf dem Land hat die Partei die Dinge noch lange nicht im Griff.



Internationale Herbst Frankfurter Messe autumn autumnne

Der Order-Termin vor der Geschenksaison. Und der Herbst Innovations-Termin für 1984.

Das große Angebot in den internationalen Fachmessen des Frankfurter Messe-Verbundes:
Gedekelter Tisch. Küche und Hausrat. Kunsthandwerk und Kunstgewerbe. Schönes Wohnen. Wohnraumleuchten. Papier, Bürobedarf, Schreibwaren. Drogerie-Parfümerie-Frisurbedarf.
Persönliche Accessoires. Werbe- und Dekorationsartikel.

27. bis 31. August 1983

Übersichtlich gegliederte Angebote in sich geschlossener Sortimente.

Aufeinander abgestimmte Angebotsbereiche, die sich sinnvoll ergänzen.

Die Marktführer und die Individualisten aus aller Welt. 3.570 Aussteller. 35% aus dem Ausland. Aus 60 Ländern. Die Weltmesse für Konsumgüter.

Messe
Frankfurt

Gerangel in der Union um die Familienpolitik

ISELA REINERS, Bonn
Nach den Sommerferien wird Bonn Schauplatz des Gerangels in der Familienpolitik werden, das die bayerische CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß mit seinen Vorschlägen zur Einführung eines Mutterschaftsgeldes herausgefordert hat. Darauf deutet wachsender Widerstand in der Regierung, aber auch in der Fraktion hin. Ausgelöst wurde die Diskussion um die Familienpolitik schon mit dem der Fraktion abgerungenen Kompromiß, Mutterschaftsgeld und -urlaub im Anschluß an die Geburt von 750 auf 600 Mark und um einen Monat zu kürzen. Strauß hatte sich inzwischen an die Spitze der Gegner einer Kürzung der Leistungen für Mütter gesetzt. Auf dem CSU-Parteitag im Juli schlug er in München vor, das Kindergeld durch Mutterschaftsgeld zu ersetzen. CDU/CSU-Fraktionschef Alfred Dreger berief eine Fraktionsarbeitsgruppe ein, um dem Vorstoß seines Stellvertreters Walter Althammer (CSU) zu begegnen. Die Minister Geißler (Familie) und Blum (Arbeit und Soziales) sehen dies alles mit Unbehagen, auch in den Sozialausschüssen werden die Strauß-Pläne mit Skepsis betrachtet. Während die einen von dem Mutterschaftsgeld à la Strauß nichts halten, wollen andere aber mit seiner Hilfe eine Beschränkung der Mutterschaftshilfen abblocken, über ein Votum im Bundesrat. Um dies zu verhindern, sind die Regierungschefs für den 25. August zum Kanzler gebeten, allerdings zu einer Sitzung des CDU-Präsidiums, dem alle Kraft Amtes angehören - nur der bayerische Ministerpräsident nicht.

Genscher erneut nach Rumänien

Co. Bonn
Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher flog gestern zum zweiten Mal in diesem Jahr zu einem Besuch nach Rumänien. Nach Angaben des Auswärtigen Amtes wird sich Genscher während seines zweitägigen Visits in Constanza an der Schwarzmeerküste mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Nicolai Ceausescu und Außenminister Stefan Andrei treffen.
Im Vordergrund der Gespräche werden vor allem der Abschluß des Madrider KSZE-Folgereferats und die Genfer Rüstungskontrollverhandlungen stehen. Weitere Themenkomplexe werden das deutsch-rumänische Verhältnis und die Ausreisemöglichkeiten für deutschstämmige Rumänen sein. Genscher hatte bei seinem Besuch vor zwei Monaten in Bukarest erreicht, daß für deutschstämmige Ausreisewillige das Dekret, wonach dem rumänischen Staat die Ausreisungskosten in Devisen zu ersetzen sind, nicht angewendet wird. Im Gegenzug erklärte Bonn seine Bereitschaft, sich an der Umsiedlung Rumänen zu beteiligen.
Der CSU-Bundestagsabgeordnete Fritz Wittmann klagte dennoch Mitte Juli darüber, daß von den Ausreisenden in Rumänien „Kopfgelder“ bis zu 8000 Mark für die Ausgabe von Ausreiseförderung verlangt würden. Dabei handelt es sich nach Hinweisen des Bonner Auswärtigen Amtes offensichtlich um „private Schmiergelder“. Vermutlich wird Genscher mit seinen rumänischen Gastgebern auch darüber sprechen.

DIE WELT (jeweils 800-580) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S. is \$19.95 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, N.J. 07632.

Am „DDR“-Strand ist kein Plätzchen frei

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Im Sand liegt man fast eng, gepöbelt als in Rimini, nach Sofas stehen Schlagen, bisweilen geht das Bier aus, und zwischen Strandkorb und Selbstbedienungsgaststätte herrschen Disziplin und Ordnung. 2,5 Millionen „DDR“-Urlauber laden in diesen Ferienwochen an der reizvollen 300 Kilometer langen mecklenburgischen Küste wieder ihren Arbeitsakkumulator für den anstrengenden Sozialismus auf. Im dritten Sommer müssen sich Schichtarbeiter von Leuna und Medizinassistenten aus Erfurt an der See drängeln. Denn seit Oktober 1980 sind, bedingt durch ein faktisches Reiseverbot ins „Freundesland“ Polen, Pommerns beliebte Badeorte für „DDR“-Gäste verschlossen.
Weil jenseits der Grenze hinter Ahlbeck in heute polnischen Seebädern bereits das „off limits“ beginnt, das Ost-Berlin aus Furcht vor polnischen „Infektionen“ verhängt, ist zwischen Boltenhagen und Heiligendamm kein Plätzchen mehr frei. Für jeden „DDR“-Urlauber bedeuten 14 Tage Ostsee noch immer soviel wie Bundesbürger in den sechziger Jahren ein Mallorca-Trip. Dieses um so mehr, da früher beliebte Feriendörfer in östlichen Nachbarländern wie der ungarische Plattensee längst zu teuer geworden sind.
Dennoch blieb trotz der permanen-

Der Flugtag von Ramstein und seine Behandlung in den Medien

Ereignis stand im Hintergrund / Das Wort „Frieden“ zieht Kameraobjektive magisch an

RÜDIGER MONIAC, Ramstein
Im nachhinein betrachtet: Läßt man die etwa 160 Festnahmen beiseite und ebenso, daß unter den Zehntausenden von Autofahrern mancher den Kofferraum öffnen mußte, dann ist bei dem Flugtag im pfälzischen Ramstein am Sonntag abseits der Normalität wenig geschehen, worüber Journalisten hätten berichten können. Rund 300 000 Menschen sind nach Polizeiangaben zu der größten US-Basis auf deutschem Boden gekommen. Rund 300 oder auch vielleicht 500 unter ihnen zählten sich zur „Friedensbewegung“.
Mehr als sechzig Typen von Flugzeugen, die in den NATO-Streitkräften genutzt werden, waren ausgestellt. Mehrere Dutzend zeigten perfekt ausgebildete Piloten dem stauenden Publikum in den schwierigsten Fluglagen. Es hätte ein Tag sein können, wie ihn Ramstein und eine riesige Menge seit 1955 schon viele Male erlebt haben: eine Volksbegeisterung zwischen Popcorn, Bratwurst, Icecream und nerventzählender Fliegerei unter einem strahlenden Himmel.
Doch dergleichen „unpolitisches“ Vergnügen an der technischen Faszination lassen die, die den „Rüstungswahnsinn“ anprangern, nicht mehr zu. Die wenigen hundert zumeist jüngeren aus der buntscheckigen „Szene“, die in der Landschaft zwischen Reben, Wald und saarländischer Kühle, das Mosaik aus „Friedensbewegung“, Alternativen, Autonomien, Grünen und vielleicht auch Kommunisten bestimmen, hatten anderes im Sinn. Sie suchten Ramstein zum Auftakt zu machen für den bevorstehenden Protest-Herbst, der, so

hoffen diese Gruppen, die Massen auf die Straße bringen soll zur gewünschten Verhinderung einer von den Regierungsverantwortlichen in der atlantischen Allianz ins Auge gefaßten Rüstungs-Antwort auf die unverminderte Aufstellung sowjetischer SS-20-Mittelstreckenraketen.
Vor diesem Hintergrund wurde „Ramstein“ zum Menetekel vor allem dafür, was unser Land in den nächsten Wochen an Beschreibung von Wirklichkeit in den Medien, vor allem den elektronischen, zu gewärtigen hat. Nach diesem Beispiel vom Sonntag und seiner vorbereitenden Information vor allem auf den Bildschirmen ist kaum zu befürchten, daß die kommenden „Aktionen“ buntschillernde Ideen und alle gekoppelt mit dem Wort „Frieden“ vom Camp bis zur Blockade nicht in der hervorstechenden Platz in der elektronischen Berichterstattung haben werden.
Die Wirklichkeit von Ramstein war eine andere, als sie dem Zuschauer vor allem in der „Tagesschau“ der ARD am Sonntagabend vorgekauft wurde. Im ZDF auf der anderen Seite bemühte sich die „heute“-Redaktion erkennbar um eine nicht-distanzierende Darstellung. Doch huchsen zumindest kurze Sequenzen von akrobatisch geflogenen Flugzeugen über die Mattscheibe neben den Szenen, in denen Autofahrer durchsucht wurden und Sicherheitskräfte Demonstrationen festnahmen.
Die ARD indes stellte ihre Berichterstattung vom Ramsteiner Flugtag ausschließlich auf die Optik der Protestierer ein. Für ihren Reporter griffen besonders die US-Sicherheitskräfte „bei jeder Kleinigkeit brutal durch“. Die Bilder zeigten wie zum

Beweis am Boden Liegende, deren Hände von der US-Militärpolizei auf den Rücken gebunden wurden, und ein - wieder wie zum Beweis - abgeleitetes Transparent mit den Worten „Schließbefeehl gegen Pazifisten“.
Der WELT-Berichterstatter hat diese und eine Reihe anderer Begebenheiten mit eigenen Augen beobachtet. Aus allem muß er den Schluß ziehen, daß nach eigenen Angaben der „Friedensbewegung“ mehr als dreihundert ihrer Aktivisten auf dem Flugplatz waren, um absichtsvoll die Rechtsvorschriften auf „exterritorialem Gelände“, auf dem die deutsche Polizei lediglich „in Amtshilfe“ der US-Militärpolizei tätig werden kann, provozierend zu verletzen. Einer unter ihnen bestätigte im Zweiggespräch, daß die ganze Protestgruppe zentral geführt wurde: „Wir treffen uns mittags vor dem Hauptgebäude und erfahren, was wir tun sollen.“
Auch den Propagandastick dieser „Friedensgruppe“ mit dem angelegten „Schließbefeehl gegen Pazifisten“ haben manche Berichterstatter nach dem Motto übernommen: „Das paßt uns gerade ins Konzept“. Die „Friedensgruppe“ hatte so ein Mittel zur Hand, die angeblich menschenverachtende Polizeigewalt der Amerikaner anzuprangern und gleichzeitig unter vorgespiegelter Angst von ihrem Plan abzusehen, „ausgestellte Waffen mit unseren bloßen Händen zu zerstören“. Dements über den Schließbefeehl, sowohl von einem US-Sprecher als auch vom Polizeipräsidenten aus Kaiserslautern gegeben, änderten nichts. In Berichten wurden sie als „verschommen“ qualifiziert.
Seite 3: Treffpunkt Kabul

Mit der Mannschaft von Dohnanyi ist nicht allzuviel Staat zu machen

VON HERBERT SCHÜTTE
Klaus von Dohnanyi Herz schlug für die Highlands: Die herrlichen Seen, das klare Wasser, die Leere eines Landes, das weniger Einwohner zählt als der Hamburger Stadtteil Wandbek - das alles, so schwärmt der Bürgermeister von seinem Schottland-Urlaub per Fahrrad, sei einmalig gewesen. Neben dem Urlaub mit schwärzender Stimme saß ein Senatskollege, der die Frohsinn-Töne des Rathaus-Regenten wie Säuretropfen auf eine wunde Seele empfanden haben muß: der Chemiker Hans-Jörg Sinn, dessen Rücktritt Dohnanyi im Verein mit 50 anderen SPD-Politikern abgewandt hatte.
Der parteilose Wissenschaftler aus Südwestdeutschland hatte vor dem massiven Partei-Aufgebot kapituliert, das ihn zur Pflichterfüllung bis Ende 1984 gedrängt hatte. Selten hat ein Mann so unfröhlich, traurig und von Selbstzweifeln befallen nach einer Sensationsrede und Antwort gestanden wie Hans-Jörg Sinn in der letzten Woche. Und selten stach die Erleichterung dessen, der sonst die Last der Nachfolge-Entscheidung zu tragen hätte, so dagegen ab wie bei Klaus von Dohnanyi. Der Bürgermeister konnte guter Dinge seinen Urlaub fortsetzen. Sinn bleibt noch ein gutes Jahr in den Socken.
Der Vorgang erhält, wie sensibel die Hamburger SPD auf Personalveränderungen reagiert. Das Regierungslager hat sich in eine vorgegebene Geschlossenheit eingepreßt, die bei geringem Anlaß aufreißt kann. Die Suche nach einem neuen Senatsmitglied oder eine sensiblere Lösung mit Hilfe einer Zusammenlegung von Behörden und damit

einer Neuaufstellung der Ressorts - beides kann die innerparteiliche Balance schwer belasten. Persönlichkeiten, die als Ministerialrat gelten können, sind in der Hansestadt rar. Theoretisch könnte die Hamburger Partei bis zu ihrer jetzigen Opposition vertrieben Bonner Personal zurückgreifen. Doch die ersten beiden Leute der Bundestagsliste - Helmut Schmidt und Hans Apel - fallen aus. Und Hans-Ulrich Klose - Nachfolger Herbert Wehnerts im Wahlkreis Hamburg - hatte schon im Januar abgewunken, als Dohnanyi ihm ein Senatsressort anbieten wollte.
Mit der Mannschaft, die dem Bürgermeister seit der Regierungserklärung zur Seite steht, ist allzu viel Staat nicht zu machen. Viel Mittelmaß, wenig Profil. Das neue Sprachrohr der Linken im Senat, der Ver- und Entsorgung zuständige Jörg Kubbler, befindet sich auf Tauschtauch. Das von der Parteichefin besetzte Amt der Bevollmächtigten in Bonn wird von Christine Maring so geräuschlos geführt, daß man von ihr nichts merkt. Von den Novizen ist Bausenator Eugen Wagner der einzige, der Entscheidungen deutlich vorantreibt und mit dem Kollege Dohnanyi auch Fraktur zu reden bereit ist. Die stärksten Bataillone im Senat führen Innenminister Alfons Pawelczyk und Wirtschaftssenator Volker Lange. Mit beiden muß Dohnanyi rechnen.
Die Beliebtheitswerte der Bürger-

meister liegen nach der letzten Infamie-Umfrage weit unter den Werten seines Vorgängers Hans-Ulrich Klose im Jahr 1978 (zu diesem Zeitpunkt hatte Klose ebenfalls die absolute Mehrheit für seine Partei zurückerobert). Diese Aussage machte CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau nach einer Analyse der Umfrage-Ergebnisse. Perschau errechnete aus den Roh-Daten der Befragung eine Zustimmung von 45 Prozent für die SPD, von 42 Prozent für die CDU, von 8 bis 9 Prozent für die Grünen, Alternativen und von 2 bis 3 Prozent für die FDP. „Unsere Partei“ - so schließt Perschau - „hat sich nach der Dezemberwahl erholt, die SPD ist auf das Niveau der Juni-Wahl zurückgefallen.“
Daher, im letzten Sommer, setzten an der Elbe die „Hamburger Verhältnisse“ ein, ein Zustand, wie er wenige Wochen später auch in Hessen folgte mit dem Ergebnis der jetzt beschlossenen Selbstauflösung des Landtages. Inzwischen hat sich - so meint der neue Landesvorsitzende, Olaf Runde - auch die hessische SPD wieder konsolidiert. Die Lunte, wie die GAL mit ihrem Antrag, Hamburg zur stromversorgungszone zu erklären, bei der SPD angelegt wird, wird vermutlich zuerst nicht stinken: Die Regierungspartei spielt auf Zeitgewinn. Erst einmal wollen die Hamburger Sozialdemokraten am 23. September das Thema „Nachrüstung“ bewältigen. Mit einer großen Mehrheit gegen eine Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen, wie Runde erwartet, obwohl die Genfer Ergebnisse bis zu diesem Zeitpunkt keineswegs abschließend bewertet werden können.

Landesbericht Hamburg

burg - hatte schon im Januar abgewunken, als Dohnanyi ihm ein Senatsressort anbieten wollte.
Mit der Mannschaft, die dem Bürgermeister seit der Regierungserklärung zur Seite steht, ist allzu viel Staat nicht zu machen. Viel Mittelmaß, wenig Profil. Das neue Sprachrohr der Linken im Senat, der Ver- und Entsorgung zuständige Jörg Kubbler, befindet sich auf Tauschtauch. Das von der Parteichefin besetzte Amt der Bevollmächtigten in Bonn wird von Christine Maring so geräuschlos geführt, daß man von ihr nichts merkt. Von den Novizen ist Bausenator Eugen Wagner der einzige, der Entscheidungen deutlich vorantreibt und mit dem Kollege Dohnanyi auch Fraktur zu reden bereit ist. Die stärksten Bataillone im Senat führen Innenminister Alfons Pawelczyk und Wirtschaftssenator Volker Lange. Mit beiden muß Dohnanyi rechnen.
Die Beliebtheitswerte der Bürger-

Denktasch droht mit der „Republik Nordzypren“

Insel-Griechen setzen auf Initiative der UNO

EVANGELOS ANTONAROS, Athen
Mit verhaltenem Optimismus werden die Aussichten auf eine Annäherung von Griechen und Türken in der Zypern-Frage beurteilt, nachdem der zyprische Staatschef Spyros Kyprianou vor einigen Tagen mit dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreu in Athen verhandelt hat. Papandreu sprach sogar von „Ansätzen einer Beweglichkeit“. Aber die zentrale Frage lautet, ob die Türken ihre Drohung wahrnehmen und einen unabhängigen Teilstaat im Norden der Insel proklamieren.
Der türkische Volksgruppen-Führer Rauf Denktaş hatte unmittelbar nach einer für die Insel-Griechen besonders günstigen UNO-Resolution im Mai, in der der Abzug aller türkischen Truppen von der Insel gefordert wurde, die Verfassungsgespräche abgebrochen und mit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung gedroht. Wenn die Griechen weiterhin das Alleinverbreitungsrecht beanspruchen, die Wirtschaftsblokade gegen die Türken nicht aufheben und die Rechte der türkischen Minderheit nicht anerkennen, so sind wir nicht bereit, diese unzumutbare Situation länger hinzunehmen“, sagte Denktaş.
Die „Republik Nordzypren“ ist bisher dennoch nicht proklamiert worden. Anders jedoch als in Nikosia, wo die türkische Drohung von allen griechischen Parteien ernst genommen wird, scheint die Athener Regierung von der Annahme auszugehen, daß Denktaş mit dieser Verunsicherungstaktik die Insel-Griechen zu mehr Konzessionen bewegen will.
Tatsächlich hat Denktaş bei Gesprächen mit dem Zypern-Besatzungsrat der UNO, Gobi, Maximalforderungen gestellt, die die Insel-Griechen als „völlig unannehmbar“ zu rückweisen. So beansprucht er für seine Administration eine „international anerkannte Rolle“ sowie den ausdrücklichen Verzicht der Griechen auf die künftige Umsiedlung der UNO. Als Vorbedingung für die Wiederaufnahme des Dialogs nannte er außerdem die Schaffung eines bilateralen zyprischen Bundesstaates. Aus griechischer Sicht können solche Vorleistungen nicht erbracht werden. Sie müssen vielmehr Gegenstand des interkommunalen Dialogs sein, der nach Ansicht Nikosias intensiviert und unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen nach einem

konkreten Zeitplan abgewickelt werden muß. Nach Darstellung eines in-selgriechischen Regierungssprechers haben die Türken immer wieder „zu viel Zeit“ in Anspruch genommen, wann immer griechische Vorschläge eingebracht wurden, so daß kein Durchbruch erzielt werden konnte.
Diese „abschließliche Hinhaltenaktik“ - so Kyprianou - zwang schließlich die Griechen, sich erneut an die UNO zu wenden. In New York erzielten sie unverhofft einen diplomatischen Erfolg: 103 Staaten stimmten für, fünf dagegen und 20 enthielten sich der Stimme, als der Abzug aller türkischen Truppen verlangt wurde, die seit 1974 knapp 37 Prozent des Inselterritoriums besetzt halten. Zum ersten Mal wurde außerdem UNO-Generalsekretär Pérez de Cuellar, mit der Aufgabe betraut, „Aktionen oder Initiativen zu ergreifen, die er für angebracht hält“.
Dieser griechische Punkt ist von Anfang an ein Dorn im Auge Ankaras gewesen, wo die UNO-Resolution als „einstufig und unausgewogen“ verworfen wurde. Zuvor hatte die UNO-Vollversammlung die Anhörung eines türkisch-zyprischen Vertreters abgelehnt.

Trotz der zunächst negativen Haltung Ankaras hat Pérez de Cuellar seine Beratungen aufgenommen und bereits Gespräche mit Kyprianou und Denktaş geführt. Auch die Unterredungen Gobi mit den beiden Volksgruppen finden in diesem Rahmen statt. Zu einer Reise nach Nikosia, Ankara und Athen hat sich Pérez, der jahrelang als UNO-Sonderemissar in Nikosia tätig war, allerdings noch nicht entschlossen, weil die Meinungsunterschiede zwischen Insel-Griechen und -Türken noch unüberbrückbar zu sein scheinen. Daher will er den Erfolg seiner Mission nicht riskieren.

Ankara mag sich über die pro-griechische UNO-Resolution geärgert haben, scheint aber dennoch nicht geneigt zu sein, Denktaşs Unabhängigkeitspläne absegnen zu wollen. Dies wird bei Gesprächen im türkischen Außenministerium deutlich. Aber in Nikosia wollen nur die wenigsten Griechen glauben, daß Ankara die Insel-Türken bremsen will. Von einem „abgekarteten Spiel“ ist die Rede, das angeblich die westliche Öffentlichkeit von den Teilungsplänen der Türken ablenken soll. (SAD)

Zögernd gehen Israel und Spanien aufeinander zu

Politiker-Besuche als Vorboten einer Normalisierung

ROLF GÖRTZ, Madrid
Eine Reise des spanischen Senatspräsidenten Federico de Carvajal nach Israel und die Eröffnung eines regelmäßigen Flugdienstes zwischen Madrid und Tel Aviv werden in den Hauptstädten beider Länder als Vorboten einer baldigen Normalisierung der diplomatischen Beziehungen gewertet. Spanien unterhält ein Konsulat in Jerusalem. Aber es gilt nicht als diplomatische Vertretung gegenüber dem Staat Israel. Der spanische Monarch Don Juan Carlos führt unter seinem Titel auch den „König von Jerusalem“, ein Relikt aus der Zeit der katholischen Könige.
Unter den spanischen Politikern, die in den letzten Jahren Israel besuchten, setzte sich am meisten Oppositionsführer Felipe Gáratea (Volksallianz) für die Normalisierung ein. Aber auch sozialistische Parlamentarier wie der Senatspräsident und der Verteidigungsminister Miguel Herzog pendeln sich in dieser Richtung ein.
Israels Staatspräsident Navon, Nachfahre einer sephardischen Familie, konnte sich mit seinen Gästen aus Madrid sogar auf spanisch unterhalten. Auf eine Frage der WELT nach einer Normalisierung nicht zuletzt aufgrund solcher historischen Bindungen antwortete vor kurzem der spanische Ministerpräsident Felipe González: „Tatsächlich pflegen viele Israelis, auch führende Politiker, immer noch das alte Spanisch.“ Der gegebene Augenblick zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen war nach seiner Meinung nach dem Tode Francos. „Jetzt aber, glaube ich, besteht eine solche Möglichkeit nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Friedensprozesses im Nahen Osten.“

Nach diesen Worten könnte der Teufelskreis der Israelis in Libanon gezeichnet sein, den diplomatischen Prozess einzuleiten. Von israelischer Seite wurden entsprechende Angebote der letzten Jahre wiederholt.
Die historischen Bindungen flüchten im 14. und 15. Jahrhundert zu einer starken Beteiligung sephardischer Juden an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung Spaniens und Portugals. (Sefarad ist hebräisch für Hispanien.) Weil die Sefarden jedoch im städtischen Bürgertum bereits die Kraftzentren der Zukunft aufbauten, fürchtete der Feudalstaat Kastilien um sein Herrschaftssystem. Die katholischen Könige Isabel von Kastilien und Fernando von Aragon vertrieben deshalb nach ihrem Sieg über das letzte Maurenreich in Spa-

Juristen wollen Reform der Ausbildung

AP, Bonn
Der Deutsche Anwaltsverein und der Deutsche Richterbund haben gemeinsam an die Länder appelliert, bei den anstehenden Beratungen über die Juristenbildung zügig zu einer Einigung zu kommen. In einer gestern in Bonn vorgelegten Erklärung heißt es, statt der bisherigen strikten Trennung zwischen theoretischer und praktischer Ausbildung müsse eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis eingeführt werden. Ein vom Bundesrat vorgelegter Reformentwurf, wonach die praktische Ausbildung in Gerichten und Anwaltskanzleien lediglich in den Sommerferien verstärkt werden soll, könne dieses Ziel nicht erreichen.
Der Sprecher des Deutschen Anwaltsvereins, Peter Winter, betonte, die gemeinsame Erklärung sei als politische Unterstützung für Bundesjustizminister Hans Engelhardt (FDP) gedacht, der eine Straßung der Juristenusbildung von 1985 an mit weitgehend den gleichen Mitteln erstrebe.

Rommel dementiert Berlin-Pläne

dpa, Stuttgart
Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) denkt nach eigenen Worten nicht an eine Kandidatur für das Amt des Berliner Regierenden Bürgermeisters. Rommel nahm gestern zu Presseveranstaltungen der vergangenen Woche Stellung, nach denen er als möglicher Nachfolger des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker im Gespräch sei, wenn dieser für das Amt des Bundespräsidenten kandidieren sollte. In seinen Gesprächen mit von Weizsäcker sei es um „alles Mögliche“, nicht aber um eine Nachfolge in Berlin gegangen.

Strauß erwartet Gegenleistungen

rt, München
Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat die Erwartung bekräftigt, daß die „DDR“ mit Gegenleistungen auf den von ihm „eingefädelt“ Milliardenkredit antworten wird. Die Regierung der DDR weiß, daß sie ohne solche Gegenleistungen mit keinem weiteren Entgegenkommen der Bundesrepublik Deutschland rechnen kann“, schrieb Strauß in einem Beitrag für die Wochenendausgabe der „Passauer Neuen Presse“. Er nannte jedoch keine Einzelheiten seiner Erwartungen.
Seine eigene Partei rief Strauß in der Debatte über den „DDR“-Kredit zur Disziplin auf. „Wenn in der großen CDU mit ihrer geographischen Weite und ihren vielfältigen sozialen Erscheinungen eine solche Disziplin möglich ist, warum sollten die Bayern ein Bild der Disziplinlosigkeit und damit auch ein Bild der politischen Hilflosigkeit und Selbstlärmung bieten“, fragte der CSU-Chef. Man solle nicht ihn schlagen, wenn man Bundeskanzler Helmut Kohl meinte: „Mit dieser Heuchelei sollte jetzt endlich Schluss sein.“

Ausgaben für Bildung steigen

AP, Bonn
Bund, Länder und Gemeinden haben im vergangenen Jahr 61,8 Milliarden Mark für die Bildung ausgegeben. Wie das Bonner Bildungsministerium gestern dazu mitteilte, sind das 1,5 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im laufenden Jahr werden die Ausgaben um 2,4 Prozent auf 63,8 Milliarden Mark steigen. Während die Gemeinden 1982 ihre Bildungsausgaben um 2,7 Prozent auf 14,8 Milliarden Mark drosselten, steigerte der Bund sie um 3,2 Prozent auf 7,1 Milliarden Mark.

FDP-Delegation besucht „DDR“

rt, Hannover
Eine Delegation der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ist gestern zu einer dreitägigen Reise in die „DDR“ aufgebrochen. Die sechs Abgeordneten wollen die Stadt und den Landkreis Erfurt besuchen, wie der Landesgeschäftsführer der Partei, Heinz Karow, dazu mitteilte. Es seien Gespräche geplant mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und mit Gemeindevorstehern im Landkreis Erfurt.

Olympische Spiele 1992 in Berlin?

dpa, Berlin
Ein Verein unter der Schirmherrschaft des Berliner Parlamentarierpräsidenten Peter Rebech (CDU) will die Olympischen Spiele 1992 in Berlin organisieren. Wie Rebech gestern sagte, müsse nach den offiziellen Spielregeln die Olympiade 1992 wieder in einer Stadt Westeuropas ausgeschrieben werden. Eine Bewerbung Berlins müsse aber vornehmlich Frankfurt am Main werden, das ebenfalls Interesse an der Veranstaltung der Spiele zeige. Ein erstes Konzept will die Gruppe 1984 während der Olympiade in Los Angeles vorstellen.

السلامة العامة

In Baalbek führt Ayatollah Khomeini Regie

Revolutionsgarden propagieren seine Lehren und kämpfen gegen Israelis und Christen / Auch Libyer in der Bekaa

PETER M. RANKE, Baalbek

In den römischen Tempelruinen von Baalbek dirigierte einst Karajan die Berliner Sinfoniker. Künstler aus aller Welt kamen zu Konzert, Theater, Ballett. Heute gibt es andere Vorstellungen in Baalbek, und der Dirigent heißt Ayatollah Khomeini.

Das bärtige, finstere Porträt des iranischen Revolutionsführers "grüßt" von Plakaten und Mauerwänden. Kaum ein Haus ist ohne Parolen und Spruchbänder wie "Tod den USA und Israel". Auf einer Bunkerwand sieht man ihn die "revolutionären Massen" nach Jerusalem zum "befreiten" Felsendom führen. Natürlich gibt es einen Khomeini-Platz und eine Jerusalem-Straße. Denn in dem einst völkerverbindenden Baalbek in Libanon befinden sich seit einem Jahr die Quartiere und das Befehlzentrum der rund 1200 bärtigen Revolutionsgarden (Pasdaran) und ihrer Mullahs aus Iran, die hier gegen Israelis und Christen kämpfen wollen.

Neben Syrien und Palästinensern sind die Pasdaran die dritte Besatzungstruppe im ostlibanesischen Bekaa-Tal. Die Iraner hausen in Zelten, besetzen Häuser und einer Schule. Alle sind mit Kalaschnikows, Panzerfausten und Maschinengewehren oder Granatwerfern bewaff-

net. Ihr Nachschub kommt mit Lkw-Kolonnen aus Syrien.

Da auch die libanesischen Bevölkerung in und um Baalbek aus Moslems der schiitischen Glaubensrichtung besteht, predigen die Pasdaran die politischen und religiösen Lehren Khomeinis. Oder sie wenden Zwang an. Zwar tragen die libanesischen Frauen und Mädchen noch keinen alles verhüllenden Schador-Schleier, aber lange Röcke und Kopftücher sind strenge Vorschrift. Mit männlichen Dorfbewohnern in der Umgebung von Baalbek bekamen die Iraner allerdings heftigen Streit, als sie Haschisch-Felder zerstören wollten. Libanesischer Haschisch ist beliebt als Tauschmittel gegen Waffen und gelangt über Syrien in den Handel.

Fremde im eigenen Land

In Baalbek trifft man auch auf radikale libanesischen "Kampfgruppen", die von der gemäßigten schiitischen Amal-Miliz abgefallen sind und jetzt in der Bekaa ein Räuber-Dasein führen. Berüchtigt ist nicht nur die "Dschihad Islam", die wahrscheinlich im April den blutigen Anschlag auf die US-Botschaft in Beirut ausführte, sondern mehr noch die "Amal Islamic Movement" unter dem früheren Lehrer Hussein Mussavi, der heute steckbrieflich gesucht wird.

Vor und in Baalbek wachen Kontrollposten der Palästinenser, der Syrer, der Iraner und der Amal-Miliz; doch mit einem syrischen Presse-Ausweis kommt man durch. Nur das weite Ruinen-Gelände mit den Tempelresten, wo einst die Festspiele stattfanden, ist gesperrt. Dort sollen sich syrische Stellungen befinden. Auch in den steinigten Hügeln oberhalb des palästinensischen Flüchtlingslagers "Jalil" (früher Wawell-Camp), wo rund 15 000 Menschen leben, steht syrische Artillerie hinter braunen Erdwällen.

Baalbek und die gesamte Ebene ist ein Flickenteppich verschiedenster Gruppen und Trüppchen, über die die syrische Armee nur eine lose Kontrolle ausüben kann. Irgendwo in der Bekaa haben sich auch 500 libyische Soldaten mit Panzern einge-nistet. Die letzten libanesischen Bauern, die sich selten auf ihre Felder wagen, sind Fremde im eigenen Land. Es gibt zwar noch Bürgermeister, auch die Gendarmerie sowie drei Bischöfe in der christlichen Kleinstadt Zahlé, aber sie dürfen nur gelegentlich protestieren. Zu sagen haben sie nichts.

Zahlé in einem Bergtal mit klaren Quellen ist seit dem Frühjahr 1981 von den syrischen Truppen abgeriegelt. Die Bauern dürfen nicht auf die

verkommenen Felder, Handel und Wandel liegen wegen der strengen Kontrollen auf allen Straßen in der Bekaa und im Gebirge darnieder. Auch fast alle Weinberge an den son-nigen Osthängen verkommen. Der berühmte "Ksara Rose" wird bald knapp werden. Zahlé ist eben eine Stadt der Christen, und die haben im schiitisch-persischen Libanon nichts mehr zu suchen.

Überall Geschütze und Panzer

Die Bekaa zwischen Zahlé und Baalbek sowie die Straße nach Damaskus wimmeln von syrischen Soldaten und Stellungen. Überall in den nicht mehr bebauten Feldern erkennt man hinter braunen Erdwällen Panzer, Geschütze, Raketen. Oder sie sind unter Tarnnetzen verborgen. Die Wege zu den Stellungen führen quer durchs Gelände.

Die Stimmung der Bevölkerung ist gedrückt, man spricht viel von einem neuen Krieg zwischen Syrien und Israel. Nur einer scheint zufrieden zu sein: Khomeini, aufgesperrt auf den Denkmalsockel, auf dem ein anderer Volksführer stand, der Ägypter Gamal Abdel Nasser. Auch er wollte einst mit Hilfe der Syrer in Libanon Fuß fassen. Aber sein Denkmal wurde gesprengt, und Khomeinis Bild wächst vielleicht der nächste Herbst-regen weg. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Verwechslung

„Das Ganze bezeichnet ihr noch als national“, WELT vom 28. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, das war ein ausgezeichnete Artikel. Für jeden Kenner der „DDR“-Verhältnisse waren die vernichtenden Kommentare der Mitteldeutschen zu dem Milliardenkredit völlig klar. Bezeichnend für die Situation ist außerdem die Offenheit der Antworten, wenn nur mal jemand aus dem Westen fragt. Der Milliardenkredit verbessert vielleicht das Verhältnis zur „DDR“-Regierung, nicht aber zu den Menschen im Volke.

Anzuregen wäre auch eine Umfrage zu den katastrophalen Aussagen von Strauß, die Polenpakete würden die Würde der Polen verletzen. Diese Hilfspakete mindern zwar das Ansehen der bankrotten sozialistischen Regierung, sind aber trotzdem eine hochwillkommene und dankbare entgegengenommene Hilfe für die Polen und Deutschen in der Volksrepublik Polen. Prominente Ostbesucher verwechseln oft die nicht gewählten und vom Volke verachteten sozialistischen Regierungen mit eben diesem Volke. Das macht demokratische Politiker im Osten wenig attraktiv.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wulf Rothenbüchler,
Ditz

Es ist die Ilm

„In der grünen Hand steckt der Zettel mit dem Bildchen“, WELT vom 28. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren, zu Ihrer Orientierung und zur Auffrischung Ihrer Kenntnisse in thüringischer Geographie: „Das Tal der lieblichen Ilmenau“ ist nicht in und bei Weimar, sondern viel näher an Hamburg heran. Sie brauchen jetzt dazu nur z. B. nach Bevensen zu fahren. Durch Weimar fließt die Ilm.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wilhelm Baum,
Hamburg 6

Mummenschanz

Im Mittelalter vermutete sich der Scharfrichter. Das war sein gutes Recht, denn er galt als ehrlos und wollte nicht allgemein erkannt werden. Vermutet waren auch seine Henkeresellen, die Folterknechte der Inquisition und sonstiger „peinlicher Befragung“.

Auch heute gibt es noch Vermummungen: der Handlanger gewisser Blutkulte, etwa der schwarzen Mafumbas in manchen lateinamerikanischen Staaten, oder bei den nächt-

chen „Vodoo“-Feierlichkeiten. Wer wüßte nicht, daß auch die Ku-Klux-Klan-Anhänger bei ihren Feuerspielen verumumt sind – Feindbild schlechthin aller freiheitlich gesinnten Kreise! Die Bilder jener makabren Klan-Jünger gleichen haargenau denen von maskierten Bankräubern und Kindesentführern.

Aber hat denn nun der Ku-Klux-Klan die Herrschaft über die deutschen Städte ergriffen – in Krefeld, Bochum, Berlin, auf der Startbahn West, in Ramstein und weiß Gott noch wo? Welch eine böse Diskriminierung oder Fortschrittler! Demonstration kommt doch von „demonstrare“ – aufzeigen, öffentlich darstellen. Ein demokratisches Bürgerrecht öffentlicher Kritik, wie ja auch der Staat seine Handlungen offenkundig macht, seine Gerichtsverhandlungen, zum Beispiel. Hat man jemals Richter oder Staatsanwälte verumumt gesehen, „um nicht erkannt zu werden“? Dabei ist doch sogar schon ein Kammergerichtspräsident ermordet worden und bald danach der Generalbundesanwalt – zur „Klammerheimlichen“ Freude verumummter System-verächter.

Wenn also Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann den Verumummungsschanz beseitigen will, tut er dem demokratischen Staat und allen ehrlichen Demonstranten einen Gefallen – diese wollen doch etwas, was ihnen nicht gefällt „demonstrieren“, öffentlich aufzeigen. Ihr Bürgerrecht – und dazu gehört auch, sie vor der Meinung der Öffentlichkeit zu schützen, sie seien in Wirklichkeit „Klammerheimliche“ Räuber, Pflünder, antidemokratische Gewalttäter oder gar Jünger des Ku-Klux-Klan.

Hubertus Prinz zu Löwenstein,
Bonn-Bad Godesberg

Wort des Tages

„Die entscheidende Frage an Menschen und Völker ist die: ob es ihnen gelungen ist, sich mit dem Ewigen zu erfüllen, oder, demütiger gesprochen, ob sie das Ewige wirksam werden ließen in ihrem Inneren; ob sie seine Macht durch ihr Schicksal und ihre Werke bezeugten.“

Reinhold Schneider, dt. Autor
(1906–1958)

Personalien

GEBURTSTAG

Professor Theodor Schöber, seit 1963 Präsident des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland, feiert am 10. August seinen 63. Geburtstag. Der Pfarrersohn aus Zimndorf studierte Theologie und wurde 1949 für das geistliche Amt ordiniert. Bis 1955 war er Stadtvikar und Gemeindepfarrer in Erlangen, danach Rektor des Evangelisch-Lutherischen Diakoniewerks in Neudettelsau. Seit 1963 ist er Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Er ist Präsident des Internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie und Vizepräsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft. Das Diakonische Werk, das er seit so langen Jahren leitet, beschäftigt bundesweit rund 215 000 hauptamtliche Mitarbeiter, davon 24 347 Schwes-tern. Außerdem ist das Diakonische Werk Träger von 286 Krankenhäusern mit insgesamt 60 000 Betten. Beim Diakonischen Werk liegt auch die Geschäftsführung der 1958 gegründeten Aktion „Brot für die Welt“ sowie das Projektprogramm des kirchlichen Entwicklungsdienstes. Professor Schöber will im nächsten Jahr in den Ruhestand gehen. Sein Nachfolger soll schon im Oktober dieses Jahres bestimmt werden.

EHRUNG

Professor Karl Holzamer, früherer Intendant des Zweiten Deutschen Fernsehens, wurde der Eduard-Rhein-Ring zuerkannt. Der Ring wird nach dem Willen des Initiators und Vorsitzenden der Stiftung, Eduard Rhein, der Begründer und erster Chefredakteur der Funk- und Fernsehzeitschrift „Hör zu“ war, an Persönlichkeiten verliehen, die sich um die Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen verdient gemacht haben. Die Rhein-Stiftung würdigt so Holzamers Leistungen beim Aufbau des ZDF.

*
Georg Wilhelm Erbprinz zu Schaumburg-Lippe, der in der vergangenen Woche im Alter von 27 Jahren bei einem Motorradunfall ums Leben kam, wurde gestern im Bückeburger Mausoleum beigesetzt. An den Trauerfeierlichkeiten nahmen neben Vertretern des europäischen Hochadels auch Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht und Ehefrau Heide-Adele sowie Wirtschaftsministerin Birgit Brenel teil. Der Vater des Erbprinzen, Philipp Ernst Fürst zu Schaumburg-Lippe, der auch Chef des Hauses ist, hat inzwischen seinen 23-jährigen Sohn Alexander, der in Göttingen Jura studiert, zum Erbprinzen bestimmt.

Hans Germani, ein Kenner Afrikas, ist tot

Es gab kaum einen Politiker des Schwarzen Kontinents, den er nicht persönlich kannte. Manche von ihnen kannte er schon zu einer Zeit, als sie noch Buschkrieger und Rebellen gegen den Kolonialismus waren. Er hat die jungen Staaten Afrikas auf ihren ersten schwankenden Schritten in die Unabhängigkeit begleitet. Einen Afrikaner, der den dramatischen Ereignissen dieser bewegten Epoche so lange wie er nahe war, gab es im deutschen Journalismus der letzten zwanzig Jahre nicht.

Nah – das hieß für den Doktor Hans Germani, der am frühen Montag in Johannesburg, erst 56 Jahre alt, starb, immer sehr nahe, ungleichlich nahe. Dieser gebürtige Triestiner, der nach Krieg und Kriegsgefangenschaft seinen Doktor der Medizin in Wien gemacht hatte, war ein „weißer Jäger“ ganz besonderer Art, ein Jäger der Nachricht, der ihr bis tief in den Dschungel folgte, dorthin, wo die Luft bleibend schmeckt und die Kommoditäten der Zivilisation rar sind. Er muß die Gefahr sehr geliebt haben, denn er hat sie so beharrlich gesucht wie wenige in der Branche.

Schon 1956, während des Ungarn-Aufstandes, hatte ihn der Splitter einer sowjetischen Granate erwischt. Er war damals von 1953 bis 1959 Korrespondent des „Spiegel“ für Österreich und Südosteuropa mit Sitz in Wien. Doch das konnte offensichtlich nicht seine endgültige Bestimmung sein. Nachdem er zwei Jahre die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“ in Kairo vertreten hatte und später für Peter von Zahns „Windrose“ in Nairobi tätig war, kam er zur WELT und trat 1963 in den Springer Auslandsdienst (SAD) ein. Sein Schreibtisch stand zunächst in Nairobi, seit 1976 in Johannesburg. Aber sein Arbeitsplatz war überall in Afrika, wohin ihn ein Hubschrauber oder ein Landrover tragen konnte.

Die Wirren, die der Kongo Mitte der sechziger Jahre erlebte, der Kampf gegen die Abspaltung Katangas, fanden in ihm einen engagierten Berichterstatter. Er hat diese Phase in seinem Buch „Weiße Soldaten im schwarzen Land“ beschrieben. Wo immer die Flammen eines noch unfertigen Nationalismus aus der hei-



WELT-Korrespondent Hans Germani
FOTO: DIE WELT

ßen Erde Afrikas züngelten, in der Sahel, in Nigeria, in Zimbabwe, im Norden, in der Mitte oder im Süden des Kontinents – Hans Germani war zur Stelle. Der Gedanke, sich zu schamieren oder aus der bequemen Distanz des Kolumnistens zu schreiben, war seine Sache nicht.

Darüber kam jedoch die Analyse nie zu kurz. Zwei Jahrzehnte Afrika hatten ihn in der dezidierten Überzeugung bestärkt, daß allzuviel auf dem Schwarzen Kontinent in der Hast der Entkolonialisierung eine falsche Entwicklung genommen hatte. Die enge Bekanntschaft mit den Problemen der jungen Staaten hatte aus ihm einen Skeptiker gemacht. Zum Schluß wurde ihm von Robert Mugabe, dem sozialistischen Staatschef Zimbabwes, dem er „außergewöhnliche Intelligenz“ bescheinigt hatte, die journalistische Akkreditierung entzogen.

Aber die Situation nicht weniger Länder Afrikas bestärkte heute, daß seine Skepsis nicht auf Vorurteilen beruhte. Er hat sich immer dagegen gestäubt, die Wachstumsprobleme der Dritten Welt mit der ideologischen Elie zu messen. Er wußte, daß sie zu verschiedenartig sind, um sie aus der Distanz zu betrachten. Er hielt nichts von weitschaulichen Pauschalurteilen – die Zukunft Afrikas, die ihm zur Lebensaufgabe geriet, sollte erweisen, wie recht er damit hatte. HEINZ BARTH

MAZDA 323

ZUM VERGLEICH:

Beispielhaftes Verhältnis von Sportlichkeit und Preis

Mit diesem Anspruch fordert Mazda den Vergleich mit den Spitzenleistungen des internationalen Automobilbaus seiner Klasse heraus.

Sportlichkeit ist ein Ausweis für Freude am Fahren, auch beim Autofahren. Wäre es anders, gäbe es sie nicht, die schnellen und wendigen GT's.

Der Gasfuß spürt sofort die Kraft des Motors. Für mal das Pedal antippen und der Motor antwortet sofort mit Drehzahl. Aber das bedeutet noch nicht Drehmoment und darauf kommt es an beim sportlichen Fahren. Losgehen aus dem Stand, hart beschleunigen, wenn es die Verkehrssituation erlaubt. Das höchste Drehmoment beim Mazda 323 GT liegt schon bei 3200 Touren!

Lenkpräzision, wie es sich für Leinen GT gehört. Dazu der Frontantrieb. Vor der Kurve anbremsen, runterschalten und mit Gas hindurch. Richtungsstabilität auch auf nasser und glatter Fahrbahn. Man fährt auch lange Strecken schnell und sparsam mit diesem GT. Der fünfte Gang ist Schnell- und Spargang zugleich. Man hält ein hohes Preisniveau, aber die Drehzahl ist um 15% geringer.

In Auto mit zwei Gesichtern. Also. Hier der Sprinter, dort das gebrauchstaugliche Alltagsauto mit beachtlichem Raumangebot. Kein Wunder, daß er seit seinem Erscheinen in Deutschland so viele Sportsfreunde gefunden hat.

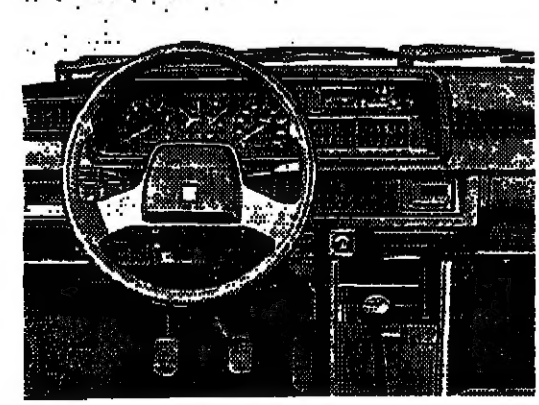
Preis: DM 14.990,-. Aufpreis für Metallic-Farben: DM 195,-. Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs ab Auslieferungslager, zuzüglich Überführungs- und Zinsen.

Finanzierung oder Leasing: Ihr Mazda-Partner vermittelt Ihnen gerne ein günstiges Angebot.

Mazda 323 GT - Details: 1.5 l, 105 kW (143 PS), 5-Gang-Getriebe, Höchstgeschwindigkeit 180 km/h, Verbrauch nach DIN 7000/90 l bei 90 km/h, 5,6 l, bei 120 km/h 7,7 l, Stadt 9,2 l.

Serienmäßig: Wärmegedämmte Colorverglasung, H4-Scheinwerfer, Fahrersitz mit 16-Wege-Verstellung und Lendenstütze, neigungsverstellbare Rücksitze, 2 von innen verstellbare Außenspiegel, Drehzahlmesser, Digital-Quarzuhr, Sportlenker mit Höhenverstellung, 2 Leuchtelemente, Heizsäulen im Fond, Breitreifen.

Weitere Informationen über den Mazda 323 GT und Prospektmaterial erhalten Sie von einem der über 900 Mazda-Partner in Deutschland oder direkt von MAZDA MOTORS (DEUTSCHLAND) GMBH, Welschstr. 2, 5090 Leverkusen 1.



Da steht also dieser Mazda 323 GT und will zeigen, was er kann. Wer sich zum ersten Mal hinter sein Lenkrad setzt, muß wissen, daß hier starke 65 kW auf Pedaldruck losmarschieren. Dabei sieht er von außen fast genauso aus wie sein gemäßigter Bruder. Aber das ist vielleicht gerade der Reiz bei der Sache – nach dem Motto „mehr sein als scheinen“. Halten wir uns nicht mit Dingen auf, die man sowieso sieht, reden wir vom Fahren.



Mazda 323 GT

mazda

Beispielhaftes Verhältnis von Sportlichkeit und Preis

LEICHTATHLETIK / Alle drei 400-m-Läufer im Halbfinale, alle drei Hammerwerfer überstanden die Qualifikation



Wo liegt Komoriti?

Vor den Entscheidungen stehen sehr oft, wenn auch nur für wenige Augenblicke, Athleten im Mittelpunkt des Interesses, die die Weltmeisterschaften so herrlich hoch machen. Oder wissen Sie wo Komoriti liegt? Ein Staat aus dem Soifya Mohammed kommt. In ihrem Vorlauf über 800 m erreichte sie als Sechste 2:55,64 Minuten – rund eine Minute mehr als die Weltklasse. Komoriti ist übrigens eine Insel vor Madagaskar – geographischer Nachhilfeunterricht über den Sport.

Die Langsamsten unter den Schnellen sind auch schon ermittelt: Ismail Mohammad Baraki aus Afghanistan lief über 100 m 12,33 Sek. Damit wäre er in jedem Vorlauf der Frauen ausgeschieden. Eine aber hätte er besiegt – Judith Nimpaye aus Burundi, die nach 14,85 Sek. ins Ziel trabte. Evelyn Ashford hätte bei ihrem Weltrekordlauf (10,79) 30 Meter Vorsprung gehabt.

Aber sie sind dabei – fester Bestandteil eines Weltfestes.

ERGEBNISSE

Kugelstoßen Männer
Gold: Sarul (Polen) 21,26 m, Silber: Timmermann (DDR*) 21,15 m, Bronze: Machura (CSSR) 20,98 m, 4. Laut (USA) 20,80 m, 5. Bolars (UdSSR) 20,32 m, 6. Beyer (DDR*) 20,08 m.

20 km Gehen
Gold: Canto (Mexiko) 1:20:49 Std., Silber: Pribilinec (CSSR) 1:20:58, Bronze: Ewajukow (UdSSR) 1:21:08, 4. Martin (Spanien) 1:21:21, 5. Lelievre (Frankreich) 1:21:37, 6. Blazek (Kanada) 1:21:54.

Marathon Frauen
Gold: Waitz (Norwegen) 2:28:08 Std., Silber: Dickerson (USA), Bronze: Smecnowa (UdSSR) 2:31:12, 4. Mota (Portugal) 2:31:48, 5. Gareau (Kanada) 2:32:34, 6. Fogli (Italien) 2:33:30.

Der zweite Wettkampftag in Helsinki: Nur die Bundesrepublik Deutschland stellt drei 400-m-Läufer im Halbfinale. Auch im Hammerwerfen gab es keinen Ausfall. Und heute steht der Tag an, an dem die deutschen Athleten große Chancen haben – durch Ulrike Meyfarth, Harald Schmid, Hans-Peter Ferner, Willi Wülbeck, Karl-Hans Riehm.

Mary Wagner operiert

DW. Helsinki Glück und Pech lagen für die Athleten des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) am zweiten Tag der Weltmeisterschaften in Helsinki dicht beieinander. Die 21 Jahre alte Mary Wagner aus Göttingen stürzte im Vorlauf über 400 m Hürden und zog sich dabei einen Achillessehnen-Abriß zu. Noch am gleichen Tag wurde sie von Mannschaftsarzt Hartmut Grahl operiert. Mary Wagner klagt über Schmerzen an der Achillessehne, seitdem ihr ein Backblech beim Spülen auf die rechte Ferse gefallen war. Durch ihren Ausfall kommt die 4x400-m-Staffel in Bedrängnis. Denn mit Bussmann, Timm, Gottwald und Daimmer stehen nur noch vier Läuferinnen zur Verfügung. Wahrscheinlich muß jetzt die Siebenkämpferin Sabine Everts einspringen.

Die Düsseldorf-Mehrkämpferin gehörte gestern zu den angenehmen Überraschungen der DLV-Athleten. Nach 13,50 Sekunden über 100 m Hürden und 1,86 m im Hochsprung lag sie nach zwei Disziplinen auf dem dritten Platz (2017 Punkte).

Auch die Leistungen der 400-m-Läufer waren überzeugend. Martin Weppeler (Sindelfingen) als Vierter in 48,12, Europarekordler Erwin Skmarahl (Groß-Isede) als Dritter in 49,90 sowie Europameister Hartmut Weber (Kamen) als Sieger in 48,01 überstiegen souverän die Viertelfinale.

Der DLV ist der einzige Verband, der alle drei Teilnehmer unter die letzten 16 Läufer brachte. Ebenso sicher erreichte Gaby Bussmann das Halbfinale über 400 m. Sie kam als zweite im Viertelfinale in 51,15 Sekunden hinter der UdSSR-Läuferin Irina Baskowa ins Ziel.

Die drei Hammerwerfer Klaus Ploghaus (Darmstadt), Karl-Hans Riehm (Wattenscheid) und Christoph Sahner (Saarbrücken) haben den Vorkampf des Hammerwurf-Finales erreicht.

Kühle Grete Waitz: „Ich richte mich nicht nach der Konkurrenz. Das Tempo diktiert mich“

KLAUS BLUME, Helsinki Nach zwei Stunden, 28 Minuten und neun Sekunden, gelaufen über 42,195 km in den Straßen Helsinkis, hatten sie ihr einen großen, schweren Lorbeerkränzen um die schmalen Schultern gelegt. Doch das schien sie ebenso wenig zu bedrücken wie der überstandene Marathonlauf. Grete Waitz, die 29-jährige Norwegerin aus Oslo, sah aus, als hätte sie gerade einen Stadtbummel hinter sich. Kein Schweißtropfen rollte ihr übers Gesicht.

So analysierte die beste Langstreckenläuferin der letzten fünf Jahre ihren großen Erfolg auch überaus kühl: Ich habe nie gedacht, daß der Endkampf sehr dramatisch sein wird. Ich richte mich ohnehin nicht unbedingt nach der Konkurrenz und auch nicht danach, was andere bisher an Zeiten erzielt haben. Ich diktiere, wenn es zum Schluß notwendig wird, das Tempo. Aber nach 30 Kilometern ergab sich in Helsinki ohnehin alles von selbst.

„Es war ein taktisches Rennen und

so etwas habe ich gern“, sagte sie. Um in den Straßen Helsinkis das Tempo eines Marathonlaufes so kräftig bestimmen zu können, hatte sie in den letzten drei Wochen vor den Weltmeisterschaften in den Wäldern um Oslo herum geübt. Gemeinsam mit dem Australier Robert de Castella, dem derzeit schnellsten und erfolgreichsten Marathonläufer der Welt, 25 Kilometer am Stück hatte die blonde Grete jeweils am Tag absolviert. „Wenn Robert nicht allzu schnell lief, konnte ich mithalten.“ Wie das geschah, erklärt sie so: „Robert lief längere Strecken. Wenn er am Schluß langsamer wurde, schloß ich mich ihm an.“ Mit 2:28:08 Stunden hat Grete Waitz den Weltmeistertitel in Helsinki gewonnen. Das ist im Vergleich zu den schnellen Rennen in Boston oder New York nicht unbedingt erstklassig, verdient aber dennoch Beachtung, weil in Helsinki erstmals nicht gemeinsam mit den schnelleren Männern gelaufen wurde.

Und Grete Waitz, die so kühl wie

Greta Garbo und so spitzbübisch wie Pippi Langstrumpf reagieren kann, beherrscht die Straßenlauf-Szene der Frauen ohnehin souverän. Die frühere 3000-m-Spezialistin hatte sich im Marathonlauf versucht, als die Zahl der Frauenstarts ebenso zunahm wie die Höhe der Gagen bei Straßenrennen in Amerika, wo 15 000 bis 25 000 Mark für einen Sieg gezahlt werden. Wegen einer Verletzung hatte Grete Waitz im letzten Jahr die Teilnahme an den Europameisterschaften in Athen abgesagt. Aber es war ihr ohnehin zu viel Wagnis, in der griechischen Sonne die Karriere einer Medaille wegen zu gefährden.

Die Zweite von Helsinki, die 22-jährige Amerikanerin Marianne Dickerson, hatte erst den dritten Marathonlauf ihres Lebens bestanden. Beim Abschlusstraining in Schweden hatte sie sich über ihren Trainer gewundert, der sie 200 m lange Spurts laufen ließ. Doch das zahlte sich aus: Auf den letzten 150 m überholte sie die Sowjetrussin Raisa Smecnowa.

Charlotte Teske aus Darmstadt hat-

te nach 33 km aufgegeben, obwohl sich die Siegerin der Marathonläufe von Rio de Janeiro, Boston und Frankfurt stets in der Spitzengruppe aufgehalten hatte. Sie habe sich den Magen nach einem Schluck Mineralwasser verdorben, sagte sie. Nun ist aber Mineralwasser nicht gerade ein Getränk, das dazu geeignet ist, den Körper durchzuwässern. Armin Klümper war nach dieser Entschuldigung denn auch etwas skeptisch. Der rebellierende Magen allein könne es nicht gewesen sein: „Leib und Seele kann man auch bei Charlotte nicht trennen.“

Die Seele hatte wohl schon bei der Ankunft in Helsinki und nach der ersten Besichtigung der Strecke Schaden genommen. Zu Hause, in Darmstadt, hatte Charlotte Teske zwar das Profil der Strecke studiert. Doch nun bekam sie Angst vor den Steigungen, vor dem ständigen Auf und Ab. „Das ist keine faire Strecke“, sagte sie. Wurde sie besiegt von der eigenen Angst?

Verletzt, deprimiert, tief gestürzt – Udo Beyer



Kugelstoßen aus einem Buch gelernt: Weltmeister Edward Sarul.

Es war auf dem Weg zum Bus. Udo Beyer, der 1,95 m große und 130 kg schwere Kugelstoßer aus Potsdam, humpelte. Der Weltrekordler (22,22 m) hatte im Weltmeisterschafts-Finale von Helsinki nur den sechsten Platz belegt – es war der bisher tiefste Sturz eines Favoriten. Lächerliche 20,08 m waren dem Olympiasieger von 1976 gelungen. Völlig überraschend gewann der Pole Edward Sarul (21,39 m).

Wie konnte das geschehen? Hatte Beyer, der hochdekorierte Hauptmann aus der „DDR“, zu zeitig die üblichen Dopingmittel abgesetzt? Oder war es wirklich eine Verletzung, die den besten Kugelstoßer der letzten sieben Jahre zurückgeworfen hatte?

Nach dem letzten Versuch hatte sich Udo Beyer an den rechten Oberschenkel getroffen. Als dies eine halbe Stunde später auch der Masseur der „DDR“-Mannschaft tat, schrie Beyer auf: „Verdammt, hör doch auf. Das tut erbärmlich weh.“ Die Diagnose: Muskelfaserriß.

„Eigentlich“, so Beyer, „hätte ich mir die Reihenfolge dieses Weltmeisterschafts-Finales genau umgekehrt vorgestellt. Also ich als Sieger und der Pole als Sechster.“ Dann analysierte der Weltrekordler aus der „DDR“ seine unverhoffte Niederlage: Wir stießen diesmal in der Mitte des Stadions. Ich konnte deshalb die Entfernungen überhaupt nicht richtig einschätzen. Ich glaubte, um 21 m herum zu stoßen, doch es waren nur etwas mehr als 20 m. Dann kam der Schock durch Sarul im ersten Versuch mit 21,04 m. Ich wurde immer langsamer, nichts lief mehr. Es war deprimierend.

Techniker aus dem schlesischen Dorf Neukirchen. Es war sein erster großer Erfolg in einem wichtigen internationalen Wettbewerb. Noch im Frühjahr hatte er gegen Udo Beyer verloren, doch anschließend aber mit 21,41 m und 21,68 m polnische Rekorde erzielt.

Als sein berühmter Landsmann, Wladislaw Komar 1972 in München Olympiasieger geworden war, hatte sich Sarul begeistert ein Fachbuch gekauft und danach trainiert. Vor drei Jahren, als er zum erstenmal Wladislaw Komar bezwang, sprach Alexander Aszkiewicz, Polens führender Wurftrainer, ihn an. Sarul erinnerte sich: „Er sagte, du hast das Zeug zum Weltrekordler. Doch das geht nicht in einem kleinen Dorfvergnügen.“ Sarul wechselte zum renommierten Klub Gornik Hindenburg.

Daß es nun in diesem Jahr so steil nach oben ging, daß er, der 1,95 m große und mit 106 kg leichteste Kugelstoßer der Weltspitze, gewann, führt er auf privates Glück zurück. Vor einem Jahr, beim Länderkampf in Budapest, hatte er eine Ungarin kennengelernt. Ein halbes Jahr später haben die beiden geheiratet. Sarul: „Ich war noch nie so locker und gelöst.“ KLAUS BLUME

Der dritte Tag – großer Tag der Deutschen?

DW. Helsinki Sieben Titel werden am dritten Tag der WM vergeben. Bei der Europameisterschaft, vor einem Jahr in Athen, wurde dieser Tag zum Triumph der Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland: Gold für Ulrike Meyfarth im Hochsprung, Gold für Harald Schmid über 400 m Hürden, der Sensationssieg von Hans-Peter Ferner über Sebastian Coe. Bronze für Margit Klöpper über 800 m.

Ulrike Meyfarth sagt: „Ich weiß, was ich kann.“ Sie war noch wortkarger als sonst, nachdem sie die Qualifikation mit 1,30 m klar überstanden hatte.

Und Harald Schmid? Carlo Thrän-

hardt schrieb in der WELT, er traue ihm einen Sieg über Weltrekordler Edwin Moses zu. Inzwischen sind immer mehr Experten der Meinung, Moses habe seine lange Verletzungspause noch nicht so richtig überstanden.

Medaillenchancen hat auch Karl-Hans Riehm im Hammerwerfen. Christoph Herle hat sich für das Finale der 10 000-m-Läufer qualifiziert. Er sagt: „Vor der WM wollte ich nur in den Endlauf. Jetzt halte ich einen Platz unter den besten zehn für realistisch. Aber ein wenig träume ich auch vom Vorstoß auf Platz fünf. Das wäre weit mehr, als ich zu hoffen wagte.“

400 m Hürden, Männer (16.30) – Un-

ser Tip: 1. Moses (USA), 2. Schmid (Deutschland), 3. Nylander (Schweden).
800 m Frauen (17.10) – Unser Tip: 1. Krawtchowiwa (CSSR), 2. Mellette (Rumänien), 3. Garina (UdSSR).
800 m Männer (17.20) – Unser Tip: 1. Koskel (Finnland), 2. Cruz (Brasilien), 3. Ferner (Deutschland).
Hochsprung, Frauen (17.40) – Unser Tip: 1. Meyfarth (Deutschland), 2. Ritter (USA), 3. Bykova (UdSSR).
10 000 m (18.25) – Unser Tip: 1. Cova (Italien), 2. Schildbauer (DDR*), 3. Mamade (Portugal).
Hammerwerfen (19.20) – Unser Tip: 1. Sedych (UdSSR), 2. Riehm (Deutschland), 3. Litwinow (UdSSR).
Siebenkampf, Frauen (19.45) – Unser Tip: 1. Neupert (DDR*), 2. Frederick (USA), 3. Vater (DDR*).
9 Im Fernsehen, alles ARD: 15.15–17.50 (live), 18.30–19.50 (live), 20.15–21.00 (Tageszusammenfassung).

STANDPUNKT / Veränderung der Marktlage

Der Kubaner Alberto Juantorena ist bereits am Knöchel operiert worden. Vielleicht war es Nachlässigkeit, vielleicht sogar Hochmut, die zu seinem tiefen Fall geführt hatte: In Zielhöhe drehte er sich andauernd nach seinen Gegnern um, bis er die Kontrolle über seinen Körper verloren hatte.

Sara Simeoni aus Italien verletzte sich beim Anlauf zu einem Sprung über 1,87 m. In ihrer Heimat wurde sie Sara Nazionale genannt. Wurde sie wird nicht mehr springen.

Die Dreispringer Wassili Gritschchenko aus der UdSSR, Weltbest-

er der Welt, wurde von der englischen Keith Connors, Europameisterin der gleichen Disziplin, schaffte die verlangten 16,60 m auch nicht. Udo Beyer, nicht selten zwei Meter vor der Konkurrenz im Kugelstoßen, fand sich auf dem sechsten Platz wieder.

Favoriten und alte Stars stürzen bei den ersten Weltmeisterschaften der Leichtathleten. Die Nervosität wächst bei denen, die bisher strahlend im Rückpunkt standen.

Der letzte große Anlauf – wie bei Juantorena und Simeoni – oder das krampfhaft Bemühen, bisherige Leistungen zu bestätigen – wie bei den Dreispringern und Beyer – set-

zen gerade die besten Athleten mehr denn je unter Druck. Gerade sie wissen nämlich: Die Tage von Helsinki werden ihre Welt verändern. Danach wird abgerechnet, Namen von den Listen der großen Gegen gestrichen, neue Namen vor die fetten Börsen gesetzt, die es bei Sportfesten zu verdienen gibt. Markt und Stellenwert sind eben keine stabilen Größen. Und wenn die Stars von gestern noch so sehr gegen diese Aussage ankämpfen mögen – sie werden es begreifen müssen. Wie sagte doch Sebastian Coe, der vorher absagte: „Mit Taschengeld kann man schlecht laufen.“ K. BL

Heute zweite Bundesliga

Bonn (DW.) – Bereits heute beginnt die zweite Fußball-Bundesliga mit ihrem zweiten Spieltag. Um 19.30 Uhr spielen Essen – Solingen und Wattenscheid – Hannover. Um 20.00 Uhr werden die Spiele Aachen – Hertha BSC, Köln – Osnabrück und Karlsruhe – Duisburg angepfiffen.

Lauda disqualifiziert

Hockenheim (sid) – Formel-1-Fahrer Niki Lauda (Österreich), Fünfter beim Großen Preis von Deutschland auf dem Hockenheimring, wurde nachträglich disqualifiziert. Beim Auftanken hatte Lauda die Boxenmarkierung überfahren und seinen McLaren dann regelwidrig mit Motorbremse zurückgefahren. Ein Zurückschleichen durch die Mechaniker ist erlaubt.

Golf: Sutton vor Nicklaus

Pacific Palisades (dpa) – Hal Sutton (USA) gewann die 65. PGA-Meisterschaften der Profispieler in Pacific Palisades mit 274 Schlägen. Mit einem Schlag Rückstand wurde Jack Nicklaus (USA) Zweiter. Durch den Sieg schraubte Sutton seine Gewinnsumme in dieser Saison um 100 000 auf 397 684 Dollar (etwa 1,06 Millionen Mark).

Hitze in Los Angeles

Los Angeles (sid) – Die Olympiastadt Los Angeles erlebte am Wochenende den heißesten Tag seit 98 Jahren. 41 Grad Celsius wurden am 6. August gemessen. An diesem Tag findet 1984 bei den Olympischen Sommerspielen das Finale der Männer über 10 000 m statt.

Turniersieg im Wasserball

Duisburg (sid) – Durch den Erfolg beim Acht-Nationen-Turnier in Duisburg gilt Thielverteidiger Deutschland bei der Wasserball-Europameisterschaft in Rom (20.-27. 8.) als Favorit. Auch im letzten Spiel gab es für das deutsche Team gegen Weltmeister UdSSR mit 8:7 einen Sieg. Hinter Deutschland (14,0 Punkte) belegten die UdSSR (11,3) und Jugoslawien (10,4) die nächsten Plätze.

TENNIS

74. US-Sandplatzmeisterschaften in Indianapolis, Endspiel: Herren-Singel: Arata (USA) – Gomez (Kuba) 6:4, 2:6, 6:4 – Einladungsturnier in Newport Beach, Finale: Connors – Mayotte (beide USA) 6:3, 6:4, 6:2 – Spiel um den dritten Platz: Leadi (CSSR) – Wilander (Schweden) 6:4, 6:2 – Nationale Deutsche Meisterschaften in Braunschweig, Finale, Herren: Eberhard (Berlin) – Keretic (Stuttgart) 6:0, 7:5, 6:7 – Mixed: Kappeler / Schwaller (Augsburg/München) – Betzner / Faßbender (Hannover/Karlsruhe) 6:4, 6:3.

FUSSBALL

Turnier in Rotterdam, Finale: Hamburg – Lüttich 3:2 – Turnier in Bielefeld, Finale: Bielefeld – Amsterdam 2:2 – Turnier in Udine, Spiel um Platz drei: Frankfurt – Real Madrid 2:1 – Freundschaftsspiele: Stettin – Dortmund 2:0, Oberriedenbach – Offenbach 0:10, Tienzen – Kaiserslautern 2:17.

SCHACH

Internationale Deutsche Meisterschaften in Bamberg, Zweite Runde: Balaschow (UdSSR) – Georgade (UdSSR) 0,5:0,5, Bouaziz (Tunesien) – Jingxuan (China) 0,5:0,5, Hartmann (Bamberg) – Ostermeyer (Potsd) 0,5:0,5, Pfleger (München) – Bastian (Saarbrücken) 1:0, Sosonko (Holland) – Quinteros (Argentinien) 0,5:0,5, Chen De (China) – Gienke (Duisburg) 0,5:0,5, Lobron (Wiesbaden) – Torre (Philippinen) 0,5:0,5.

GEWINNZAHLEN

Anzahlwerte „6 aus 45“: 18, 23, 29, 36, 40, 41, Zusatzspiel: 27. (Ohne Gewähr)

Ein Ullstein-Buch

Uwe Linnhoff
„Der Tod ist ein Meister aus dem Himmel“
Schöneberg-Fiction
Lampyrisch um die Rechts
2035/DM 7,90
Imo Seidel
Licht und Schatten
des Lebens
2035/DM 14,90
Arthur Knepler
Die Gladiatoren
Roman
2035/DM 9,90

Willy Brandt

Willy Brandt
wie du und ich
Helden am Scheitern
Der Däne der die ganze Welt
zum Lachen bringt
2065/DM 4,90

Willy Brandt

Willy Brandt
wie du und ich
Helden am Scheitern
Der Däne der die ganze Welt
zum Lachen bringt
2065/DM 4,90

Hortense Dufour

Hortense Dufour
Blaubart-letzte Frau
Roman
2035/DM 5,90
H. G. Wells
Der Untertan, Roman
2035/DM 8,90
Eduard Knepler
Marathon in Maridwinen
Lagerkassen
2064/DM 12,90

Die Frau

Die Frau
in der Literatur
Olivia
Mit einem Nachwort von
Hortense Dufour
„Ein Liebesroman, der zu
den Schätzen der Weltliteratur
gehört“
Sunday Times
2048/DM 6,90

Willy Brandt

Willy Brandt
wie du und ich
Helden am Scheitern
Der Däne der die ganze Welt
zum Lachen bringt
2065/DM 4,90

Literatur heute

Christoph Geiser
Brachland
Roman
2060/DM 9,90

Lebensbilder

Zarah Leander
Es war so wunderbar!
Mein Leben
2752/DM 9,90



Hans Bellmer

Hans Bellmer
Die Puppe
Mit Fotos und Illustrationen
3072/DM 10,90

KunstBuch

Hans Bellmer
Die Puppe
Mit Fotos und Illustrationen
3072/DM 10,90

Die Bücher des Monats August '83

Bei Ullstein gibt's die meisten maritimen Taschenbücher

Für die Freunde maritimer Romane und spannender Segelabenteuer schreiben Alexander Herr, Wolfgang J. Krauss, Uwe und Friedrich Klee, Michael Green, Nicholas Mansergh, James Dillon, White, Cecil Scott Forster, David Lewis, Bernard McKelvey, Ebbu, Mortuus und Horst Hoffmann.

Ullstein

Klett-Cotta im Ullstein-Taschenbuch

Alice Munro
Das Bettmädchen
Roman
„Ein kleines Meisterwerk“
Joyce Carol Oates
3906/DM 8,90



N. Paul/B. Paul

N. Paul/B. Paul
Puzzle einer Ehe
3906/DM 8,90
Fontane Bibliothek
Ekkehard Vachon
Theodor Fontane
Individuum und Gesellschaft
0460/DM 12,90
Safari bei Ullstein
Michel Peissel
Zanzibar
Ein Königreich auf dem
Dach der Welt
Mit vielen Abbildungen
3206/DM 12,90

Sachbuch

Rüdiger Nehberg
Drei Mann, ein Boot,
zum Rudelfest
Mit vielen Fotos
3413/DM 9,90



Rüdiger Nehberg

Rüdiger Nehberg
Drei Mann, ein Boot,
zum Rudelfest
Mit vielen Fotos
3413/DM 9,90
Kölsch/Veit
Die sanfte Revolution
Von der Notwendigkeit
anders zu leben
3414/DM 7,90

Rüdiger Vossen

Rüdiger Vossen
Zigeuner
Anleitung zur Ausstellung im
Hamburger Museum für
Völkerkunde
3413/DM 16,90
Dieter Zimmerling
Storbeck & Co
Die Blütezeit der Seebäder
in Nord- und Ostsee
3414/DM 9,90
Breuer/Leichtner
Der lautlose Schlag
Das Buch, von dem sich das
Pentagon wünscht, daß es
nie erscheinen möge
3415/DM 5,90

Materialien

Karl Heinz Behrer
Die Ästhetik des
Schreckens
Die pessimistische
Romantik und
Ernst Jünger: Frühwerk
3512/DM 19,90
Denis Lawton
Soziale Klasse, Sprache
und Erziehung
3513/DM 9,90
Zeitsgeschichte
Smith/Agarossi
Unternehmen
„Sonnenaufgang“
Das Kriesende in Italien
3303/DM 9,90

Helmut Allardt

Helmut Allardt
Politik vor und hinter den
Kulisen
Ergebnisse eines
Diplomaten aus Ost und West
3303/DM 12,90

Krimis

Reinhold
Jedermanns
Bombe!
Kennzeichen wilde Rose!
Tollkühne Zigarren
Der Roman in einem Band
1024/DM 7,90
Ross Thomas
Sing sing – Singapur
1024/DM 6,90
A. C. Baantjer
Die Cock und der tote
Hampelmann
1025/DM 5,90
Alfred Hitchcock
Kriminalmagazin
Band 150
1025/DM 5,90
Science Fiction
Judith Merrill
Töchter der Erde
SF-Stories
3105/DM 7,90
John Stadel
Der Muller-Fokker-Effekt
3105/DM 7,90

Das neue farbige Gesamtverzeichnis der Ullstein-Taschenbücher
Lindenstraße 74, 1000 Berlin 61
Sollte Ihr Fachhändler den einen oder anderen Titel nicht
haben – der Verlag nennt Ihnen den Bezugsquellen.

Die Landesrundfunkanstalten (II): Gespräch mit SFB-Intendant Loewe

Will „eingeschlafene Füße“ wecken

Nach der klassischen Weisheit „Es muß anders werden, wenn es besser werden soll“ versucht seit vier Monaten ein ARD-Intendant „seinen“ Sender zum Markenzeichen berlinischer Qualität, Spritzigkeit und politischer Ost-West-Brückenschläge zu befördern: Lothar Loewe, 54, ein sogenannter „Ur-Typ“ – im Denken, Handeln und Reden schneller fast als jede Radiowelle.

Seit dem 1. März im Amt, sah er sich als Einzelkämpfer von Anfang an. „Hosiannah“ und „Kreuzigt ihn“ gleichermaßen ausgesetzt. Die Mitte-Rechts-Mehrheit im Rundfunkrat erblickte in ihm den journalistischen Feuerwerker, der die „eingeschlafenen Füße“ (Loewe) des Acht-Prozent-Lieferanten im ARD-Gesamtprogramm wecken sollte.

Kreativität und Originalität – im Sender Freies Berlin in manchen Studios und Stuben beim Portier abgegeben – sollten zum Leitmotiv des Hauses mit dem 280-Millionen-Euro und 1400 Mitarbeitern werden. Andere – im Links- und Linksaßen-Spektrum des Senders angedeutet und publizistischer Rückendeckung in den Printmedien sicher – schmähten den Fernseh-Journalisten frühzeitig in Wort und Schrift. Dies alles belastete und belastet wohl noch immer den Umgang miteinander im Sender.

Außerlich gelassen, aber von den bösen Schärmen der Startphase durchaus bewegt, legt Loewe sein einleuchtendes und für Berliners imge bitter notwendiges Konzept dar: „Dieser Sender muß beim Zuschauer

Profil gewinnen, er muß zu einem Charakteristikum werden.“ Entgegen der früher auch im Rathaus Schöneberg gepflegten These von der „normalen Großstadt wie jede andere“ steht Loewe in Berlin das „politische Ost-West-Zentrum“. Was bedingt, daß sich die Stadt und ihr „DDR“-Umfeld in „Tagesschau“ und „Tagesthemens“ – besonders gut schnell und informativ präsentieren.

Aus dem Stiefkind der ARD-Familie, über dessen Programm-Offerten bisweilen in den ARD-Schaltkonferenzen die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen wurden, will Loewe zumindest ein gelittenes Junior-Mitglied machen. Loewe bemängelt, daß 46 Prozent der acht Prozent, die der SFB zuliefert, lediglich nachmittags liefern. „Wir sind zur Hauptsendezeit zu schwach vertreten.“ Dieter Hildebrandts „Scheibenwischer“ habe fraglos „sein Publikum und seine Berechtigung“, und mit dem Ost-West-Magazin „Kontraste“ liege man ebenfalls durchaus nicht schlecht.

Aber Loewe reizt die großen Stoffe, die der SFB – auch weltweit – ins Programm transportieren müsse. Die Afghanistan-Reportage von Heiner Giesberg sei ein verheißungsvoller Anfang gewesen. Mit gezielter Themen-Politik sollen künftig die 23 „Plätze“ genutzt werden, die dem SFB anteilmäßig im Hauptabendprogramm jährlich zur Verfügung stünden.

Loewe, dem ARD-Mann vor Ort in Ost-Berlin, bis ihn die „DDR“-Führung 1976 nicht mehr ertragen noch

te, liegt die Berichterstattung von drüben am Herzen: „Einiges läuft schon, manches könnte noch besser gehen.“ Aber angesichts der Probleme mit der Genehmigungspraxis der Ostberliner Behörden sind, wer wüßte es nicht, hier keine Wunder zu erwarten. Immerhin gelang es dem SFB 1981, eine Live-Sendung vom Ostberliner Weihnachtsmarkt zu fahren.

„Nationwide“ – das ist das Stichwort, das Loewe liebt und das, ließe es sich stets nach Wunsch und Willen umsetzen, für Berlins schwankendes Ansehen draußen in der Bundesrepublik so not täte. Der Intendant will neue Furchen auf diesem Acker graben: „Wir werden Martin Held in dem Stück „Einmal Moskau und zurück“ ausstrahlen, das Boy Gobert zu Helds 75. Geburtstag inszeniert. Von der Deutschen Oper übernehmen wir an Neujahrstag „Orpheus und Eurydike“. Ein neuer „Tatort“ aus Berlin ist abgedreht.“

Namen wie Karajan kann sich der Sender weder leisten, noch wäre der Maestro verfügbar – vor Jahren schon sicherte sich das ZDF seinen Taktstock. Die Mainzeilmänner bereiten der Intendant nicht nur durch ihre gute Einkaufspolitik Sorgen – zwischen sechs und sieben Prozent der Berliner TV-Zuschauer im Vorabendprogramm (14.000 von 200.000) wanderten in den vergangenen Monaten zum zweiten Kanal. Gegenüber der leichten ZDF-Kost zum Feierabend kommen die SFB-Beiträge häufig nur schwer an.



Schnell im Denken, Handeln und Reden: Lothar Loewe
FOTO: RAINER FISCHER

Allenthalben sieht Loewe Reformbedürftiges, aber auch Positives: „Wir schicken vermutlich drei Olympia-Reporter nach Los Angeles. Unsere Musikabteilung arbeitet vorzüglich.“ Jüngste Infrazahl-Zahlen belegen, daß 67 Prozent der Berliner seit mehr als 14 Jahren den SFB hören. In Ost-Berlin und der „DDR“ läuft er auf Küchentischen, an Werkbänken und auf Baustellen häufig als selbstverständlicher Funk-Favorit.

Loewe bleibt, zunächst, nur bis 1988 Zeit, um mehr als Schleifspuren zu ziehen. Ob das Ensemble seinem Stil, Tempo und Temperament folgt, muß sich zeigen. Ohne Truppen, die nicht fußkräftig sind, nutzt auch Loewe der Marshallstab im Tornister nichts. Loewes Ziel jedenfalls ist aller Ehren und des Schweißes wert – dem SFB unter den Arzrittern in der ARD-Tafelrunde wieder zu einem der besseren Plätze zu verhelfen.

HANS-RÜDIGER KARUTZ

KRITIK

Was Schnitzler so subtil erdachte . . .

Das plätschert, wenn auch nur scheinbar, immer an der Oberfläche daher – schließlich nannte Arthur Schnitzler sein Stück „Liebelei“ (ARD), und das ist eben nichts Tiefes. Alles wird ganz belläufig gesagt, und nur manchmal gibt es plötzlich Löcher im Boden, wenn nicht Abgründe, aus denen eine geheime Melancholie aufschwimmt.

Dieses Schwebende auf der Bühne zu realisieren gehört für einen Regisseur zu den schwersten Aufgaben. Um so mehr, als der österreichische Dichter seine ohnehin differenzierten Figuren in immer neuem Licht zeigt. Der

Chef des Berliner Renaissance-Theaters Herbert Sasse – derselbe, der 1985 Boy Gobert in der Leitung der staatlichen Schauspielbühnen ablösen soll – muß wohl geglaubt haben, dieses Problem am besten dadurch zu lösen, daß er den ersten Aufzug ganz behutsam spielen läßt – bis hin zum langen Auftritt des Dieners, der ausgerechnet im Salon das Silber putzt.

Damit verunglückt aber nicht nur die Zeichnung des Milieus: Das täuschend Unbeschwerde des Aktes geht verloren, zumal Sasse aus dem Spätpiegel Theodor eine jener Figuren mit

einem vergifteten goldenen Weiser Herzen gemacht hat, die viel später erst in den Stücken Odön von Horváth auftreten. So kommt ein falscher Ton ins Stück, der sich im Hinterhalt der Frau Binder festsetzt oder dann, wenn der Regisseur den Bruch in der Rolle der Christine übersteht, die im Schlußakt zu reflektieren beginnt und dabei allzu dramatisch wird. Andrea Nürnberger, sonst so eindrucksvoll in dieser Rolle, kann diesen Regiefehler nicht wettmachen. Und so bekam man denn, was Schnitzler so subtil erdachte, nicht zu sehen.
KATHRIN BERGMANN



Für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) wird Herbert von Karajan bis 1986 jährlich zwei Konzerte mit den Berliner Philharmonikern produzieren. Die Konzerte, für die Karajan die künstlerische Gesamtleitung übernimmt, werden nach Mitteilung des ZDF live ausgestrahlt. Für den Totensonntag wird die „Alpensinfonie“ von Richard Strauss produziert; das Silvesterkonzert 1983 besteht aus heiteren Werken der klassischen und romantischen Periode. Mit dem Abschluß des Vertrages werde für die nächsten vier Jahre die 1967 begonnene Zusammenarbeit fortgesetzt.
(dpa)



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemens
10.25 Vom Weltstuhl zur Weltmacht
11.20 Goetz schenkt Mutig

12.10 Paradiese für Steuer-Jongleure
12.25 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD-Ferienprogramm für Kinder
14.25 Unsere kleine Fama
Die Stadt (2)
15.15 Leichterheit-WM
Übertragung vom 3. Weltkampf in Helsinki
400 m Hürden Männer, Finale / 800 m Frauen, Finale / 800 m Männer, Finale

ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Puccino
Überfall im Wirtshaus
15.45 Tini, der Junge von nebenan
Die Musikstunde
16.25 Ferienkalender
16.45 Die Schlimpfle
17.00 Mosalk

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
21.15 ARD-Sport extra – aus Helsinki
Leichtathletik-WM
Ausschnitte

17.50 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-illustrierte
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Rote mal mit Rosenthal
19.00 heute

21.00 Report
Themen: Streit zwischen Bundesrat und DRK – Warum ratifiziert Bonn nicht die Genfer Konvention? / Nagasaki heute vor 38 Jahren – Neue Filmdokumente / Wenn die Moral in der katholischen Kirche zum Dogma wird – Die Fälle Weyer und Wefers / Gefährlich und faszinierend – Warum kommen Hunderttausende zum militärischen Schaulaufen?
Moderation: Franz Alt

19.50 Louis de Funès:
Oscar hat die Hosen voll
Französischer Spielfilm, 1966
Mit Louis de Funès, Bernard Blier, Maria Rosa Rodriguez u. a.
Regie: Jacques Besnard
Anschl. Rotschlag für Kinogänger
„Comen“. Film von Carlos Saura
21.00 heute-journal
21.20 Die Zeit
Soziale Wirklichkeit in Europa:
Die Hebe Not mit dem Überflut.
Europas Bruern ernten zu viel.
Bericht von Jacqueline Pérad.

WELT Videotext

Nightly von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF)
unter den Nummern 601, 602, 603

Zukunft mit Zufall. Beispiele europäischer Forschungspolitik.
Bericht von Otto Wilfert

22.05 Unser Kosmos
9. Das Leben der Sterne

22.45 Das kleine Fernsehspiel
Der vierzehnte Gesang
Mit Mechthild Reinders, Irene Marwitz, Marita Stolze, Hannah Hutzig u. a.
Dieses erste Drehbuch der Autorin Muriel Wehr ist stark von modernen Kunstrichtungen beeinflusst.

23.00 heute
23.20 heute



Quincy (Jack Klugman) und seine attraktive Kollegin Gerty McCracken (Beverly Sussman) – „Quincy“, ARD, 21.45 Uhr
FOTO: ARD

WEST
18.00 Marco (6)
Ein Grund zum Feiern
18.20 Sessamstraße
19.00 Aktuelle Stunde

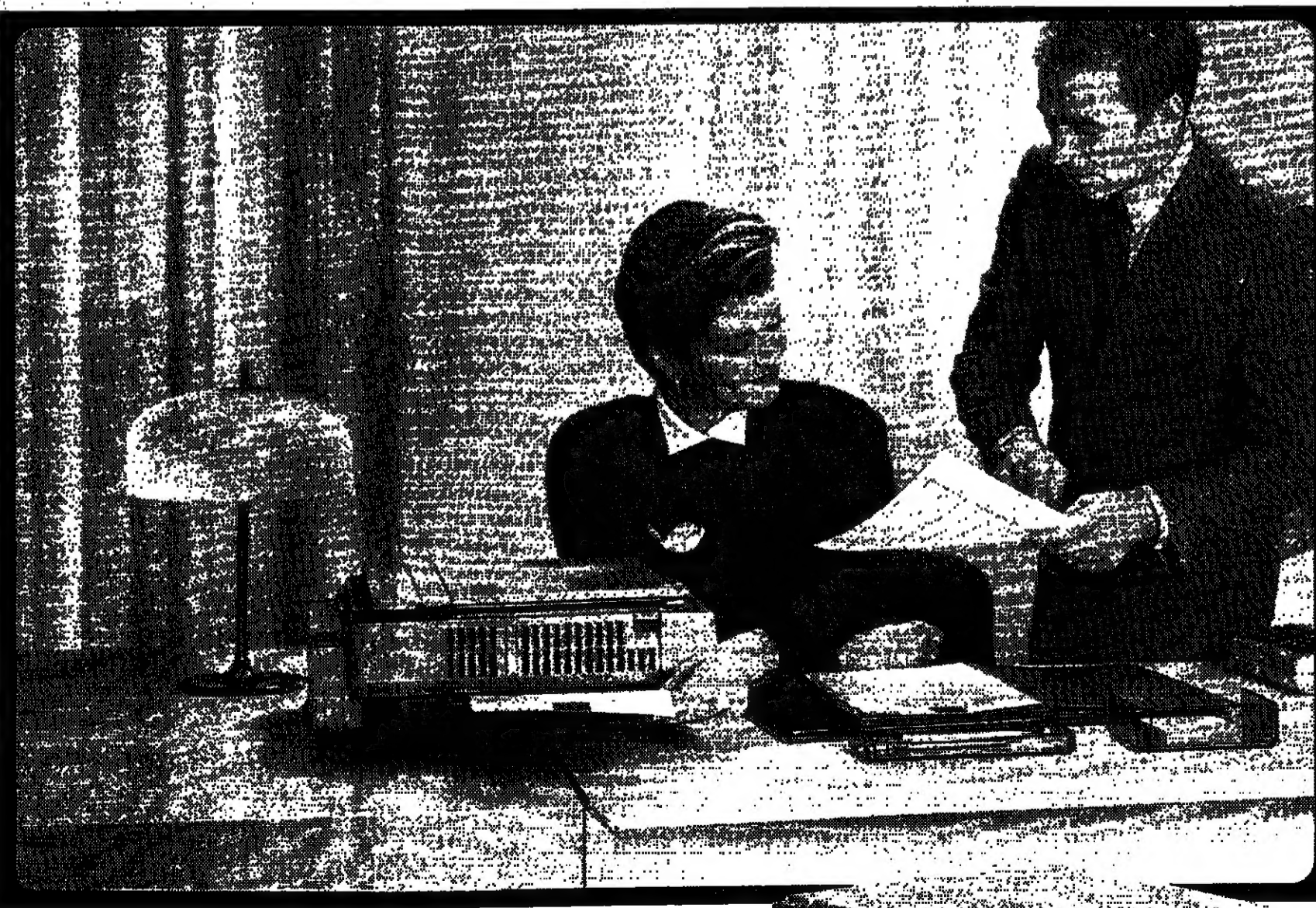
NORD/HESSEN
18.00 Emma wie Melkel
18.20 Spaß im III.
19.00 Beat-Club
19.15 Freizeitschichtes

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Bilder deutscher Städte
Halle gestern und heute
Film von Peter Friedrich Leopold und Jürgen Engert
Halle, eine Stadt mit vielen Gesichtern. Stadt der Wissenschaften mit der 1694 gestifteten weltberühmten Universität, zugleich das „Essen Mitteldeutschlands“, zu dem Halle mit seiner Industriekonzentration in den 20er Jahren wurde. Seit 1680 unter preussischer Herrschaft, blieb die Hauptstadt des „DDR“-Befrika Halle doch von unverwechselbarer sächsischer Wesensart. Hochschulen und Industrie machen auch heute ihre Bedeutung aus.
21.00 Formel Eins
21.45 Design
Industrie-Design – Richard Sapper
22.40 Ver vierzig Jahren
Deutsche Wochenschau vom 11. August 1943
23.15 Letzte Nachrichten
Nur für West
23.15 Soap oder Trauerspiel (19)
Nur für Nord und Hessen
23.15 Dallas
Alte Liebe, neue Hebe

SÜDWEST
18.00 Der letzte Mohikaner
Amerik. Spielfilm, 1956
Regie: George B. Seitz
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendchau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendchau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Soar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Sprechstunde
Lieber
20.15 Zu Gast
Der Einsatz
21.00 Grusel-Filme:
Dracula
Amerik. Spielfilm, 1931
Regie: Tod Browning
22.25 Dallas für Nachzügler:
Rache ist süß

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Gleichnisse Jesu
19.30 Formel Eins
20.15 Bergpar – bergab
20.45 Rundschau
21.00 Die Sprechstunde
Wenn die Leber krank wird
21.45 Z. E. N.
21.50 Im Gespräch
22.35 Dallas
Gewissensprüfung
23.20 Rundschau

Geben Sie Ihrer Sekretärin einen eigenen Copierer und Sie haben die Garantie, daß Vertrauliches vertraulich bleibt.
Der kleine CANON PC 10 ist genau der Richtige. Und dank seiner „Klick-Out“-Patrone kann man sogar in Braun, Blau oder Schwarz kopieren. Toppauker auf Normalpapier.
Das neue Copierwunder ist beim CANON PC-Fachhändler schon für DM 2.527,20* zu haben – einschließlich Mehrwertsteuer (*unverbindliche Preisempfehlung).
CANON PC 10 – „Ihr persönlicher Copierer“. Da bleibt Vertrauliches vertraulich.
Mit dem Coupon erhalten Sie kostenlos ausführliche Informationen direkt von Canon Copylux.



„Streng vertraulich – jetzt zwei Copien.“

Canon PC
Die Patrone macht's möglich.

Einsenden an:
Canon Copylux GmbH,
Lümpfer Straße 1-13, 4050 Mönchengladbach.
☐ Ich bitte um ausführliche Informationen über Canon PC-Copierer.
Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____ w/s

Kosten bei Sozialhilfe sollen gesenkt werden

Initiative Niedersachsens zur Heim-Unterbringung

HEISEL REINERS, Bonn
Das Land Niedersachsen versucht aus der Explosion der Kosten für die Heimunterbringung alter Menschen die Konsequenzen zu ziehen. Angestrebt wird eine Änderung des Bundessozialhilfegesetzes in der Form einer Gesetzesinitiative, mit der sich der Bundesrat in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause am 2. September befassen wird. Der niedersächsische Sozialminister Hermann Schnipkowitz (CDU) hat seine Länderkollegen, die ungefähr zur gleichen Zeit in Wiesbaden tagen, schon um Entschuldigung für sein Vorpreschen gebeten mit der Begründung, ihm brenne das Problem auf den Nägeln. Bundesfamilienminister Heiner Geißler (CDU) hat Sympathie für den Plan bekundet.

Die Hälfte der Aufwendungen des Landes Niedersachsen als überörtlicher Träger für Sozialhilfe wird für die Unterbringung in Heimen gezahlt – und die Tendenz ist steigend. „Wie Pilze aus dem Boden“ gewachsen seien in den vergangenen Jahren die Heime für alte Menschen, sagte Winfried Measen vom Ministerium für Bundesangelegenheiten – bevorzugt in landschaftlich reizvollen Gegenden wie beispielsweise an der Nordseeküste und im Harz. Doch häufig seien die Kosten überhöht, und nicht selten bestünde überhaupt kein Bedarf für Heimunterbringung, weil die Menschen sehr gut noch in der Lage seien, einen eigenen Haushalt zu führen. „Das Angebot schafft sich seinen Bedarf selbst“, so Measen.

Einträgliches Geschäft

Alte Leute, die sich entschließen, in einem Heim ihren Lebensabend zu verbringen, schätzen häufig ihre finanzielle Leistungsfähigkeit falsch ein. Über kurz oder lang stellt sich heraus, daß sie die Kosten nicht mehr bezahlen können. Die Sozialhilfe muß einspringen und den Pflegesatz beglichen. Dieser liegt zwischen 1000 und 3500 Mark pro Monat, je nachdem, wie pflegebedürftig der alte Mensch ist. Da die Sozialhilfe so großzügig verfährt, kann die Eröffnung und Führung eines Seniorenheims für private Träger und kommerzielle Investoren ein einträgliches

Geschäft sein, welches aber die Länder als Träger der überörtlichen Sozialhilfe in einer Zeit der leeren Kassen zunehmend in Bedrängnis bringt.

Um diesem großzügigen Umgang mit Steuergeldern einen Riegel vorzuschieben, soll künftig über die Notwendigkeit „der Belegung einer Einrichtung“ vom Sozialhilfeträger entschieden werden. Zur Zeit kann sich nämlich noch jeder aussuchen, was er möchte, und nur in Extremfällen wird jemand aus einem extrem teuren Seniorenzentrum umquartiert in ein kostengünstigeres Heim. Sonst zahlt die Sozialhilfe die entstehenden Kosten oder wenigstens einen großen Teil davon, wenn sich der Träger damit einverstanden erklärt, daß der alte Mensch dort wohnen bleibt.

Bedarf ist entscheidend

Doch nicht nur über die Tatsache, ob Bedarf für eine Unterbringung im Heim besteht, soll vom Träger der Sozialhilfe entschieden werden. Es soll auch ein Vertrag mit den Trägern oder seinem Spitzenverband geschlossen werden über die Höhe der zu übernehmenden Kosten. Die Vereinbarung würde nur dann abgeschlossen, wenn Bedarf für die Einrichtung besteht, sie für die Gewährung von Sozialhilfe geeignet ist und die Gewähr für eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung öffentlicher Mittel bietet.

In der Begründung zu diesem Gesetzesantrag wird darauf hingewiesen, daß durch vielfach „gewerblich motivierte Investitionsvorhaben“, deren Folgekosten die öffentliche Hand zu einem maßgeblichen Teil zu tragen habe, sich eine Überversorgung im stationären Bereich abzeichne. „Hierdurch werden einerseits begrüßenswerte Aktivitäten der Familien- und Nachbarschaftshilfe und der ambulanten sozialen Dienste gehemmt. Andererseits muß längerfristig mit unzureichender Auslastung aller Einrichtungen und damit erheblichen Kostensteigerungen im Einzelfall gerechnet werden.“ Dem Sozialhilfeträger soll stärker als bisher die Möglichkeit eröffnet werden, Wünsche nach stationärer Betreuung abzulehnen, wenn teilstationäre oder ambulante Hilfen möglich sind.

FDP fordert von SPD Distanz zu den Grünen

hey, Bonn

Das FDP-Präsidium hat den Angriff des hessischen Abgeordneten der Grünen, Frank Schwalbe-Hoth, auf den amerikanischen General Paul Williams scharf verurteilt. Gleichzeitig forderte das Führungsgremium der Liberalen die Sozialdemokraten auf, „verbindlich“ durch einen Parteilandsbeschluss zu erklären, daß sie zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den Grünen nach der Landtagswahl in Hessen am 25. September nicht mehr bereit seien.

Auf der gestrigen Präsidiumssitzung wurde betont, es habe sich bei der „Blutsdele“ nicht um die unüberlegte Tat eines einzelnen gehandelt. Vielmehr sei sie „Teil einer gezielten Kampagne“. Mit ihr sollten die Freundschaft zu den USA und die Grundlagen der Sicherheit untergraben, die amerikanische Streitkräfte hinausgedrängt und der Weg für eine Neutralisierung freigemacht werden. Jeder Angriff auf amerikanische und andere NATO-Soldaten sei „ein Angriff auf unsere Grundfreiheiten“.

Gleichzeitig wies das Präsidium „mit zunehmender Besorgnis“ auf das Abdriften in der SPD in der bisher gemeinsam vertretenen Außen- und Sicherheitspolitik hin.

„Vorprüfung“ gegen Stoiber

AP, München

Die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München I prüft zur Zeit, ob gegen den Chef der bayerischen Staatskanzlei, Staatssekretär Edmund Stoiber, ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer falschen eidesstattlichen Versicherung eingeleitet werden muß. Die Einschaltung der Staatsanwaltschaft geht auf einen Streit zwischen der Zeitung „Münchner Merkur“ und der Staatskanzlei zurück. Der „Merkur“ hatte berichtet, in einer von Kabinettsmitgliedern als „deprimierend“ bezeichneten Sitzung habe sich Ministerpräsident Strauß in Zusammenhang mit dem von ihm eingefädelt Kreditgeschäft mit der „DDR“ als „Opfer“ von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher dargestellt. Stoiber hatte dem Redakteur Rudolf Lembrecht „Informationsfälschung“ vorgeworfen und zur Untermauerung einer Strafanzeige eidesstattliche Versicherungen aller Kabinettsmitglieder eingeholt.

Geflohener MiG-Pilot als Kronzeuge gegen Peking

HEINER KLINGE, Taipeh

Seit ein hoher Offizier der Luftwaffe der Volksrepublik China mit seiner MiG-31 nach Südkorea geflohen ist und um Ausreise nach Taiwan ersucht hat, geht durch die Massenmedien der Republik China eine Welle „patriotischer Begeisterung“. In Rundfunk und Fernsehen überströmen sich die Sondermeldungen und Berichte, die betonen, daß Oberst Sun Tiansen seit 1980 schon der siebente geflohene Angehörige der rotchinesischen Luftwaffe ist. In Presse und Fernsehen Taipehs äußerte Major Wu Ronggen, der im Oktober 1982 mit einer MiG-19 nach Südkorea floh, seine Freude über Suns Wagemut.

Kommt auch Oberst Sun nach Taiwan, so erwartet ihn eine fürstliche Belohnung: Gold im Wert von 3,85 Millionen US-Dollar. Major Wu – er kassierte damals Gold für 2,75 Millionen Dollar – wurde im gleichen Rang in die Luftwaffe der Republik China übernommen.

Regierungssprecher James Soong erklärte zu Suns Flucht, sie habe bewiesen, „daß sich unsere Landsleute auf dem Festland nach unserem Regierungssystem sehnen und daß das kommunistische System am Rande des Bankrotts steht“. Diese Äußerung verleiht die in Taipeh erscheinende „China Post“ zu der überschwenglichen Schlagzeile „Desertion zeigt: Peking's Regime nähert sich dem Zusammenbruch“.

Opposition wird unterdrückt

Die Führung der Republik China sieht sich durch Suns Flucht in ihrer Auffassung bestätigt, daß sich die Chinesen auf dem Festland nach Demokratie sehnen und den Kommunismus ablehnen. Somit rücke das Ziel der Wiedervereinigung Chinas auf der Grundlage des „Sanminzhu“ immer näher. Diese „drei Prinzipien des Volkes“ wurden von Sun Yat-Sen, dem Gründer der ersten chinesischen Republik, verkündet und umfassen Unabhängigkeit, Demokratie und Wohlstand.

Zwar haben die 18,5 Millionen Bewohner Taiwans im Vergleich zu der Milliarde Chinesen auf dem Festland viel größeren Wohlstand erzielt. Doch

läßt die Demokratie bislang auch in Taiwan selbst zu wünschen übrig. Seit mehr als drei Jahrzehnten ist der Ausnahmezustand auf Taiwan niemals aufgehoben worden, was mit der aus Peking drohenden Gefahr begründet wird. Liberale Opposition in Kreisen der Elite wird scharf unterdrückt. Aus dem zwölfstöckigen Grand Hotel in Taipeh fällt der Blick auf marschierende Soldaten mit olivgrünen Uniformen und Helmen und auf die nahe Kaserne. Ein Drittel des Budgets fließt dem Militär zu.

Allgegenwärtige Disziplin

Selbst beim Ausflug zum Himmelstempel in der malerischen Taroko-Schlucht nahe der Ostküste wird man mit der allgegenwärtigen Disziplin der Inselbewohner konfrontiert. Auf der Straße am Abgrund, wo die Schlucht Hunderte Meter tief zu dem felsigen Bett des weit schäumenden Flusses abfällt, marschieren in langer Reihe junge Mädchen in Tarnuniformen, gelbe Schutzhelme bedecken die schwarzen Haare, verdecken die hübschen Gesichter. In Sommer-Ferienlagern des „Chinesischen Jugendkorps“ betreiben die Mädchen Überlebensstraining.

Über die Wiedervereinigung Chinas sagte gegenüber der WELT ein älterer Kraftfahrer in Taipeh: „Wir kleinen Leute haben ja doch keinen Einfluß auf die große Politik. Wir Chinesen waren schon immer große Egoisten. Hilben und Drüben war uns der eigene kleine Vorteil stets wichtiger als das Wohl des ganzen Volkes.“

Umgekehrt versteckt sich die Regierung in Taipeh in dieser Frage hinter dem kleinen Mann. Im Hinblick auf das von Chinas „starkem Mann“ Deng Xiaoping gegenüber dem US-Wissenschaftler Young bekräftigte Angebot an Taiwan, bei einer Wiedervereinigung könne die Insel ihr Wirtschaftssystem und sogar ihre Streitkräfte langfristig behalten, erklärte Regierungssprecher Soong der WELT: Die Regierung unter Präsident Tsching Ching-Kuo und Ministerpräsident Sun Yun-San habe vom Volk kein Mandat zu Verhandlungen über Taiwans System der freien Marktwirtschaft.

Die Planwirtschaft bleibt. Helfen nun Zuschläge?

In Leningrad wird die „Kleine Reform“ erprobt

FRIEDRICH NEUMANN, Moskau

Beworben in einigen Industriebezirken der Ukraine, Weißrusslands und Litauens am Jahreswechsel das angekündigte kleine Wirtschaftsreformgesetz, wird es teilweise schon in Leningrad erprobt. Seit dem 1. Juli gelten in dieser Stadt die das Personal zu höheren Arbeitsleistungen motivierenden Zuschläge.

Ingenieure und Techniker genießen gewöhnlich kein hohes Ansehen in der sowjetischen Gesellschaft. Die Probleme des Berufsstandes tauchen jetzt häufig in der Presse auf, nachdem die Parteiführung selbst das Thema in die Debatte gebracht hat. Dennoch wird das technische Leistungspersonal entweder nicht seiner Ausbildung entsprechend eingesetzt oder ist gezwungen, berufstreuende Arbeiten zu verrichten.

Ingenieure und Techniker erbringen aber selbst auf angemessenen Arbeitsplätzen nicht den Nutzen, den die auf Effizienz erpichte Führung von ihnen verlangt. Sie sollen in den Betrieben nicht nur für bessere Arbeitsergebnisse, sondern auch für die schnellere Anwendung neuer Techniken sorgen. Möglicherweise werden sie durch die bürokratische Wirtschaftsstruktur dabei mehr behindert als durch den Mangel an materiellen Anreizen. An den Grundbedingungen der Planwirtschaft wird auch die künftige „Kleine Reform“ nichts ändern. Stattdessen setzt sie auf ein abgestuftes System von Gehaltszuschlägen und gezielten Prämienzahlungen nach dem Leistungsprinzip.

Als Vorräte verfügen deshalb die fünf Leningrader Betriebe jetzt selbstständig über einen „ständigen Arbeitslohnfonds“. Früher wurden sie, wie die gesamte sowjetische Wirtschaft noch immer, für die erwünschte Einsparung von Arbeitskräften geradezu „bestraft“, indem man ihnen die überschüssigen Lohngehälter wegnahm. Jetzt können die fünf Betriebe mit dem verbleibenden Geld einzelne Mitarbeiter über „Tat“ honorieren, wenn sie ihre Aufgaben nach einer Reihe von Kriterien besser bewältigt haben. Zuschläge soll es auch für Mehrarbeit geben, die durch Unfälle oder Krankheitsvertretung entsteht. Der

Präsidenten wird nicht mehr gleichmäßig ausgeschüttet, sondern unterschiedlich nach einem „Koeffizienten der Arbeitsbeteiligung“.

Über die Vergabe sollen die Leiter der beteiligten Abteilungen gemeinsam mit den Gewerkschaften entscheiden. Trotz aller Kriterien, die dabei beachtet werden müssen, sind „subjektive Entscheidungen“ nicht auszuschließen. Einige Fachleute berichteten die Zeitung „Sowjetisches Litauens“, haben schon vor Beginn der Leningrader Reform die Flucht ergriffen und ließen sich versetzen. Sie wollten sich nicht der „außerordentlichen Beurteilung“ ihrer Qualifikation durch eine Kommission stellen. Offenbar fürchteten sie aber weniger diese Beurteilung als die Gefahr, für Mißerfolge und Fehlschläge des Experiments verantwortlich gemacht zu werden.

Andererseits haben sich die bisherigen, zuletzt vor sechs Jahren eingeführten Regeln zur „Stimulierung der Arbeitsleistung“ gerade beim technischen Personal als völlig wirkungslos erwiesen. Nach der Schilderung eines Generaldirektors können Ingenieure zwar theoretisch Zuschläge bis zu 25 Prozent ihres Gehalts bekommen, in der Praxis bleiben aber nur wenige Prozent übrig.

Mehr als vierzig Kennziffern müssen eingehalten werden, wenn die Zulagen voll erreicht werden sollen. Zu diesen Bedingungen zählen viele auf die der einzelne Ingenieur gar keinen Einfluß hat – etwa, wieviel Brennstoff und Energie der Betrieb verbraucht oder ob er seine Lieferverträge eingehalten hat. Dazu kommt noch eine Straffliste von 30 „Dienstverursachungen“. Trifft auch nur eine im Einzelfall zu, wird der Zuschlag erheblich gekürzt.

Das Problem der sogenannten „Fremdarbeit“ ist ein weiteres Hindernis für die Nutzung qualifizierter Fachkräfte. Wie die Zeitung „Sowjetisches Litauens“ feststellte, verbringen Ingenieure die Hälfte ihrer Arbeitszeit mit der Besorgung dringend benötigten Materials, seien es Ersatzteile, Rohstoffe oder Werkzeuge. Viele betrachteten sich schon eher als Fahrer und Ladearbeiter.

Ihr Anlagenberater fürs Telefon.



Herr Peter Hummelmann, einer von über 400 Technischen Vertriebsberatern der Post:

„Wenn eine Nebenstellenanlage zu alt ist, wird sie unrentabel.“

Wettbewerbsdruck und Arbeitsdruck sind gewachsen, da kann eine Nebenstellenanlage von anno dazumal nicht mehr mithalten.

Ein Unternehmen muß heute so gut wie immer erreichbar sein. Die Kommunikation intern und extern ist schneller geworden durch modernen Telefonkomfort. Die Telefonkosten müssen transparent sein.

Um alle wichtigen Faktoren zu erkennen und zu bewerten, bedarf es Experten, die als Ingenieure ausgebildet sind. Die Post hat diese Spezialisten. Sie hat das Know-how, aus der breiten Angebotspalette der Industrie, Anlagen und Telefone auszuwählen und die für Sie günstigste Lösung zu empfehlen – technologisch auf dem neuesten Stand. Wichtigstes Kriterium ist die Wirtschaftlichkeit während der gesamten Einsatzdauer.

Und wenn die Anlage eingerichtet ist, garantiert die Post mit ihrem Wartungsservice reibungsloses Funktionieren. Sie hat die kürzesten Wege, und das heißt: Ihre Anlage ist bei einer Störung schnell wieder betriebsbereit.

Lassen Sie sich doch einmal persönlich beraten. Vereinbaren Sie telefonisch einen Termin. Die Nummer steht im Telefonbuch unter „Post, Technische Vertriebsberatung“.

Herr Hummelmann und seine Kollegen stehen zu Ihrer Verfügung.

Post – Partner für Telekommunikation

Post

هنا من المنزل

Preis-Schwelle überschritten

J. Seb. (Paris) — Nachdem der Dollar in Frankreich mehr als acht Franc kostet, überschreitet jetzt auch das Benzin eine neue Preis-Schwelle. In den von den Raffinerien am weitesten entfernten Preiszonen sind von morgen an für den Liter Super erstmals mehr als fünf Franc (1,67 Mark) zu bezahlen. Die höchste Preisspanne beträgt 4,91-5,03 Franc.

Die erneute Erhöhung der behördlich reglementierten Ölproduktpreise ist aber nicht nur eine Folge der Dollar-Hausse. Die fünf-Franc-Marke wurde auch deshalb schon jetzt erreicht, weil die Regierung seit einigen Monaten alle Preisrückgänge am Weltölmarkt durch eine Sondersteuer abgeschöpft hat, während sie alle Preiserhöhungen an den Verbraucher weitergibt.

Paris beruft sich dabei auf die Empfehlungen der Internationalen Energie-Agentur (IEA), wonach die Regierungen der westlichen Industriestaaten auch bei am Weltmarkt nachgebenden Rohölpreisen nicht ihre Energiepolitik lockern sollten. Dabei ist gerade in Frankreich der Kraftstoffverbrauch in letzter Zeit wieder gestiegen. Deshalb nimmt man an, daß auch die neue Treibstoffsteuer von den Franzosen „geschluckt“ wird. Man würde dafür anderweitig sparen, so sagen die jüngsten Umfragen.

Solches Verhalten scheint der Regierung allerdings genau in ihren

Stabilisierungsplan zu passen. Denn einerseits verschafft sie sich aus der bei starkem Benzinverbrauch kräftig sprudelnden Sondersteuer zusätzliche Einnahmen zur Sanierung des Staatshaushalts und andererseits erwartet sie für diejenigen Bereiche mehr Sparsamkeit, die besonders preis- und importempfindlich sind.

Ordnungs-Unsinn

Bm. — Nicht nur für lernschwache Jugendliche fehlen bei uns Ausbildungsordnungen — und es sieht nicht so aus, als ob das hervorragend gehungene Modell des Berg- und Maschinenmannes im Steinkohlenbergbau, der ganz praxisbezogen auf seine Aufgaben vorbereitet wird, in anderen Bereichen Schule machen würde. Auch überall da, wo die rasante technische Entwicklung neue manuelle und zum Teil auch intellektuelle Bildung erfordert, fehlen Ausbildungsordnungen. Selbst um eine Ordnung für den wohl nicht gerade jungen Beruf des Transportfahrers bemühen sich die Kammern bisher vergebens. Und gibt es dann endlich einmal eine solche neue Ordnung, wie etwa die für Gießereischaffner, so schmilzt sie in den Auszubildenden mit 25 Seiten Detailvorschriften geradezu ein, statt ein weites Korsett anzulegen, in das der Jugendliche je nach Bedarf hineinwachsen kann. Früher sorgten die praktischen Kammern für diese Ordnungen, heute ist ein wolkenkumiges Bundesinstitut verantwortlich. Und das hält nicht Schritt mit dem Fortschritt.

OECD / Pariser Organisation appelliert an Verantwortung der Japaner

Für Belebung der Weltwirtschaft hat Tokio eine wichtige Rolle zu spielen

JOACHIM SCHAUFFUSS, Paris — Bei der Wiederbelebung der Weltwirtschaft hat Japan eine wichtige Rolle zu spielen. Sie besteht insbesondere darin, den Übergang zu einem dauerhaften und nichtinflationären Wachstum zu „begünstigen“. Zu diesem Zweck müßte sich der japanische Markt gegenüber ausländischen Produkten stärker öffnen. Außerdem beanstandet die OECD die (real) hohen japanischen Zinssätze und die Unterbewertung des Yen.

In seiner überraschend kritischen Beurteilung der japanischen Handels- und Währungspolitik geht der OECD-Bericht von der Feststellung aus, daß „die Verstärkung des offenen und multilateralen Welthandels-systems“ für die westlichen Industriestaaten im allgemeinen und für Japan im besonderen eine „kapitale Aufgabe“ der nächsten Jahre ist. Schon heute aber halten die OECD-Experten trotz der in letzter Zeit gezeichneten japanischen Normenkontrolle eine verstärkte Einfuhrberücksichtigung Tokios für notwendig.

Sollten die Importe Japans in diesem wie im nächsten Jahr „wider Erwarten“ nicht steigen, dann müßte der internationale Druck auf „freiwillige Exportbeschränkungen“ Japans zunehmen, heißt es im OECD-Bericht. Dabei ist unterstellt, daß die japanische Binnennachfrage in diesem Jahr um real zweieinviertel Prozent und 1984 um vier Prozent zunimmt, womit sie mehr als im OECD-Durchschnitt steigen würde. Die konjunkturellen Voraussetzungen für mehr japanische Einfuhrfreiheit liegen danach vor.

Allerdings spricht sich die OECD gleichzeitig gegen den Protektionis-

mus anderer Mitgliedsstaaten gegenüber japanischen Erzeugnissen aus. Es dürfe nicht vergessen werden, daß die Verbraucher daraus großen technischen wie preislichen Nutzen gezogen hätten. Angesichts des starken technischen Fortschritts in Japan würde es dem Verbraucherinteresse widersprechen, wenn man die Einfuhr solcher Erzeugnisse behindert.

Obwohl der japanische Warenimport, der von 120 Milliarden Dollar 1982 auf 100 Milliarden 1983 zurückgegangen ist, im nächsten Jahr wieder 119 Milliarden Dollar erreichen soll, wird nach Schätzung der OECD wegen der weiter zunehmenden japanischen Exporte der Handelsbilanzüberschuss von 18 über 30 auf 35 Milliarden Dollar ansteigen. Die japanische Leistungsbilanz könnte dann 1984 einen Aktivsaldo von 22 Milliarden Dollar aufweisen, der damit drei- bis viermal so hoch ausfalle wie 1982.

Die internationale Wettbewerbsposition Japans hat sich — auch dank des unterbewerteten Yen — weiter verbessert, und die japanische Spitzenposition in der Leistungsbilanz der OECD wird sich nach Angaben der OECD noch verstärken. Für 1984 folgen in dieser Liste Kanada

FORSCHUNGSPOLITIK

Der Minister soll im Kurswechsel bestärkt werden

HEINZ HECK, Bonn — Die Bonner Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP wollen den im Oktober eingeleiteten Kurswechsel in der Forschungs- und Technologiepolitik parlamentarisch unterstützen und dem Minister gegenüber der „schwerfälligen Forschungsbürokratie“ den Rücken stärken. Zur Begründung einer großen Anfrage erklärten die forschungspolitischen Sprecher ihrer Fraktionen, Karl-Hans Laermann (FDP) und Christian Lenz (CDU), ferner, zentrales Anliegen sei es, daß die Forschungs- und Technologiepolitik neben der Finanzpolitik verstärkt ihre Rolle beim Wirtschaftsaufschwung spielen soll.

Wichtige Ansatzpunkte aus der Sicht der beiden Fraktionen sind unter anderem die beschleunigte Umsetzung neuer Entwicklungen in marktfähige Produkte und eine Änderung der Sicherungsmethoden bei der Kreditvergabe (hier seien Banken- und Versicherungsaufsicht angesprochen).

Die beiden Politiker drängen die Bundesregierung und speziell den Forschungsminister, stärker in die indirekte Forschungsförderung zu gehen und die „Tausende von Projekten abzuschaffen, die nur lustern machen“. Sie bescheinigten Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) einen „guten Kurs“. Auch wenn die eingeleitete Verlagerung von der direkten zur indirekten Förderung noch keine „spektakulären Zahlen“ erbracht habe, sei das bisherige Ausmaß der Kursänderung „recht beachtlich“. Man müsse in der

Forschungspolitik auch auf Kontinuität achten und könne nicht einfach Projekte abbrechen. Die beiden Politiker ließen jedoch keinen Zweifel, daß sie vom Parlament her bei der künftigen Gestaltung des Forschungshaushalts die Fortsetzung dieses Kurses beobachten wollen.

Sie räumen ein, daß es auch weiterhin direkte Forschungsförderung, etwa im Umweltschutz, Gesundheitswesen und vor allem in der Grundlagenforschung geben müsse. Kritisch wandten sie jedoch ein, daß unter Riesenhubers Vorgängern „zu sehr in Marktnähe gefordert“ worden sei, also praktisch auch das, was dem Markt und dem Unternehmer überlassen bleiben sollte. So habe der Staat über drei Milliarden Mark in die Deuterversicherung gesteckt, und die einhellige Meinung sei heute, daß dies der deutschen Position auf dem Weltmarkt nicht den gewünschten Erfolg gebracht habe. Auch mit der bisher üblichen 50prozentigen Forschungsförderung durch den Staat seien „keine Spitzenprodukte“ erzielt worden.

Laermann erinnerte daran, daß fast 500 Projekte in der Kommunaltechnologie (zum Beispiel Abwasserbereinigung) erfolgreich abgeschlossen worden seien. Doch die Kenntnis der Gemeinden hierüber sei „nahezu Null“. Und soweit sie bekannt sei, fehle Geld für die Umsetzung. Daher wenn die eingeleitete Verlagerung von der direkten zur indirekten Förderung noch keine „spektakulären Zahlen“ erbracht habe, sei das bisherige Ausmaß der Kursänderung „recht beachtlich“. Man müsse in der

Permanente Herausforderung

Von DOMINIK SCHMIDT

Die mehr oder minder zaghaften Versuche verantwortlicher Politiker, das Dickicht der Förderprogramme zu lichten, erinnern an Goethes Zauberlehrling: Auch sie, die Politiker, werden die von ihnen geschaffenen Gesetze und Verordnungen nicht mehr los. Die Eigendynamik, die jede administrative Maßnahme entwickelt, macht es schier unmöglich, sie wieder außer Kraft zu setzen.

Einmal geweckte Begrifflichkeiten haben eine lange Lebensdauer. Die Nutznießer von Bundes-, Landes- oder Kommunalprogrammen wollen — durchaus verständlich — den „Bestand“ wahren. Gute Gründe für die Beibehaltung der Förderung aus Mitteln der öffentlichen Hände lassen sich allemal finden, auch wenn die eigentliche Grundlage dafür längst entzogen ist.

Von solcher Kritik ausgenommen bleiben auch angesichts leerer Haushaltskassen zwei gebietsorientierte Programme, deren Notwendigkeit außer Frage stehen. Da ist zunächst die Berlin-Förderung, der absolute Priorität zukommt, und dann der Zonenrand, dessen Sonderstatus 34 Jahre nach der Teilung Deutschlands unverändert Gültigkeit hat. Die sporadisch zu verzeichnenden Versuche insbesondere aus Richtung Brüssel, die Zonenrandförderung zu durchbrechen und Einfluß auf die Förderpraxis zu gewinnen, sind bislang abgewehrt worden.

Die Bundesregierung tut gut daran, auf ihrem Standpunkt zu beharren, daß die Zonenrandförderung nicht ausschließlich einer ökonomischen Betrachtungsweise unterliegt, sondern vielmehr der deutschlandpolitische Auftrag, der im 1971 verabschiedeten Zonenrandförderungsgesetz formuliert ist, erfüllt wird. Dabei darf die Gesamtheit des Zonenrandgebiets nicht in Frage gestellt werden.

Genau dies nämlich ist der Punkt, auf dem immer wieder die Kritik ansetzt. Geographisch gesehen ist die Region ein rund 40 Kilometer breiter Streifen von Flensburg bis Passau entlang des Ostrandes der Bundesrepublik. Das entspricht einem Fünftel des gesamten Bundesgebietes. Etwa 7 Millionen Menschen leben dort. Richtig ist, daß längst nicht der gesamte Raum ein Notstands- oder Sanierungsgebiet ist.

Fest steht jedoch, daß alle Teilräume des Zonenrands miteinander verknüpft sind. Sie haben ein gemeinsames politisches Schicksal und können ihre Chance nur gemeinsam nut-

zen. Zudem bietet gerade die unterschiedliche Wirtschaftskraft die Möglichkeit, daß die stärkeren Räume des Zonenrands die wirtschaftlich schwächeren in ihrer Entwicklung mittragen. Ohne Zweifel ist das Festhalten am einheitlichen Ganzen der entscheidende Faktor der Zonenrandförderung. Jede andere Handhabung würde darauf hinauslaufen, daß die wirtschaftlich schwachen Gebiete die Nachteile der Trennung Deutschlands wieder voll zu spüren bekommen.

Zonenrandförderung war und ist nicht gleichzusetzen mit Subventionierung, wenngleich in den letzten Jahren die Konkurrenz mit anderen Förderinstrumenten ihre Spuren hinterlassen hat. Die Regionalisierung sektoraler Probleme — erinnert sei an die Stahlindustrie und an den Schiffbau — hat die mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erreichte Reduzierung der Fördergebietskriterien teilweise wieder zunichte gemacht und den vom Gesetzgeber gewollten Abstand zur Zonenrandförderung zerrissen.

Die Bestimmung auf die ursprünglichen Ziele der Zonenrandförderung drückt der Haushaltsansatz der Bundesregierung für die Gemeinschaftsaufgabe 1983 aus. Die Mittel dafür wurden um 50 Millionen auf mehr als 520 Millionen Mark erhöht. Davon sind für das Zonenrandgebiet 237 Millionen vorgesehen. Die drei Zonenrandorganisationen vermeiden dies mit Befriedigung. Von einer „notwendigen Wende“ spricht die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern des Zonenrandgebiets.

Immerhin macht es der neue Haushaltsansatz möglich, die 1981 um fünf Prozent gekürzten Höchstsätze für Erweiterungsinvestitionen wieder auf den alten Stand anzubringen. Gleichzeitig wurde die für die standortbenachteiligten Unternehmen im Zonenrandgebiet so wichtige Frachthilfe um sechs Millionen Mark aufgestockt. Für das soziale und kulturelle Förderprogramm stehen 115 Millionen Mark zur Verfügung, 15 Millionen Mark mehr als zunächst geplant.

Die Forderungen nach noch stärkerer Flexibilität bei der Anwendung der Zonenrandförderung sind durchaus berechtigt. Das Beispiel der Frachthilfe, der vom Bundesrechnungshof in Teilbereichen die Existenzberechtigung abgesprochen wurde, zeigt, daß auf Länderebene (Bayern) noch einiges zu tun ist.

AUF EIN WORT



„Letztendlich produzieren die Bauern gegen ihre eigenen Interessen; denn die Produktion hat Ausmaße angenommen, die einen Preis- und damit Einkommenskollaps befürchten lassen.“

Ignaz Kiechle (CSU), Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Weniger Energie verbraucht

VWD, Hamburg — Mit 182,5 Millionen Tonnen Steinkohlen-Einheiten (SKE) blieb der Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik nach den vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen im ersten Halbjahr 1983 um 2,8 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahreswert von 187,8 Mill. t SKE. Der Anteil des Mineralöls stieg auf 78,0 Mill. t SKE (81,1 Mill. t SKE) und ging somit überproportional um 3,8 Prozent zurück. Sein Beitrag zur inländischen Energieversorgung machte 42,7 Prozent (43,2 Prozent) aus. Diese Entwicklung ist jedoch fast ausschließlich auf weitere Absatzverluste beim schweren Heizöl zurückzuführen. Eine Hochrechnung des Mineralölwirtschaftsverbandes in Hamburg (MWV) für die ersten sechs Monate läßt erkennen, daß sich die Inlandsablieferungen bei Vergasungskraftstoffen und Dieselkraftstoff mit 11,7 Mill. t bzw. mit 8,5 Mill. t knapp über den Halbjahreszahlen von 1982 bewegten.

FINANZPOLITIK

Die Länder profitieren von Bonner Steuerbeschlüssen

CHRISTIAN SCHÜTTE, Bonn — Auch die Länder profitieren nach Ansicht der Bundesregierung von den Bonner steuerpolitischen Beschlüssen vom 29. Juni. Eine Gegenüberstellung der Steuerminde- und -erhöhungen und der gesamten Entlastungswirkungen führt für die Bundesländer insgesamt zu einem positiven Saldo von schätzungsweise 4,21 Milliarden DM 1984 und 4,15 Milliarden DM 1985.

Wie der Finanzminister Friedrich Voss (CSU) dem SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Ebers weiter mitteilte, schätzt die Bundesregierung die Summe der Steuerminde- und -erhöhungen in den einzelnen Ländern (einschließlich ihrer Gemeinden) durch das Steuerentlastungsgesetz und die geplanten Maßnahmen zur Vermögensbildung auf zusammen 1,96 Milliarden Mark 1984 und 3,92 Milliarden Mark für 1985. In der nach Bundesländern aufgeschlüsselten Schätzung schneiden Nordrhein-

Westfalen (550 und 1113) und Bayern (336 und 689 Millionen Mark) am schlechtesten ab.

Die Summe der Steuerminde- und -erhöhungen aus der zweiten Hälfte der Umsatzsteuererhöhung beträgt Bonn auf zusammen 1,43 Milliarden Mark 1984 und 1,53 Milliarden 1985. Hinzu kommen Mehreinnahmen aus dem zugehörigen Bundesausgleich über die Erhöhung des Umsatzsteueranteils der Länder um einen Prozentpunkt, die 1984 etwa 1,15 und im Jahr 1985 etwa 1,22 Milliarden DM ausmachen werden. Daneben bringen die Bonner Haushaltsbeschlüsse 1984 „erhebliche Entlastungen“, vor allem im Bereich der Personalausgaben; 1984 beträgt diese Entlastung 3,59 Milliarden DM und 1985 5,33 Milliarden DM.

Ohne Berücksichtigung der Gemeinden betragen die Einsparungen der Länder 1984 schätzungsweise 2,99 Milliarden DM, 1985 werden diese auf 2,61 Milliarden DM sinken.

BUND DER STEUERZAHLER

Gewerbesteuer: Zahlreiche Mängel legen Abbau nahe

HEINZ HECK, Bonn — Die Gewerbesteuer ist mit zahlreichen Mängeln behaftet, die ihren Abbau nahelegen. „Der Bund der Steuerzahler nennt in seinem gestern veröffentlichten „Plädoyer für die Beseitigung einer unzeitgemäßen Steuer“ unter anderem folgende Argumente: Die Gewerbesteuer verstöße gegen das Prinzip einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit, führe zu einer Doppel- und Sonderbelastung der Einkünfte aus Gewerbebetrieben und bewirke Verzerrungen im nationalen wie im internationalen Wettbewerb. Darüber hinaus wirke sie konjunktur- und wachstumspolitisch nachteilig und gefährde mit ihren ertragsunabhängigen Teilen (also der Gewerbesteuer) die Betriebsubstanz. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß die Gewerbesteuer nach dem Motto „Wer zahlt, schafft an“ die kommunale Willensbildung gefährde.“

Als Motiv für die in letzter Zeit wieder verstärkten Bemühungen zur Beibehaltung der Steuer sieht der

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BP erhöht den Benzinpreis

Hamburg (tr) — Die Deutsche BP hat am Montag eine neue Benzinpreiserhöhung eingeleitet: Der Mineralölkonzern verlangt eigenen Angaben zufolge ab sofort drei Pfennig je Liter mehr für Diesel und Benzin. Ein Sprecher des Unternehmens verwies zur Begründung dieser zweiten Anhebung innerhalb von acht Tagen auf den weiter steigenden Dollar, der die Kosten in die Höhe treibe. „Ein Anstieg des Dollar-Kurses um vier Pfennig bewirkt eine Verteuerung aller Produkte um einen Pfennig“, äußerte der BP-Sprecher. Die anderen Konzerne haben am Montag noch keine Entscheidung getroffen. Die Unternehmenssprecher verweisen jedoch bereits auf die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung angesichts der anhaltenden Verluste im Bereich der Mineralölverarbeitung. Anfang vergangener Woche hatten die in der Bundesrepublik Deutschland tätigen Mineralölkonzerne die Preise für Diesellost und Benzin um zwei Pfennig je Liter angehoben.

IG Bau bleibt skeptisch

Frankfurt (AP) — Die Industrie- und Bauwirtschaft IG Bau, Steine, Erden sieht sich durch die steigende Zahl von Baugenehmigungen in ihrem wohnungsbaupolitischen Konzept bestätigt, glaubt aber noch nicht an einen dauerhaften Aufschwung. Der Bundesvorsitzende der IG Bau, Konrad Carl, wies in Frankfurt darauf hin, daß seine Gewerkschaft schon 1981 ein Wohnungsbauprogramm gefordert habe. Die gegenwärtigen „leichten Besserungstendenzen“ sollten jedoch noch nicht als dauerhafter Aufschwung für die Bauwirtschaft gewertet werden.

Prime Rate erhöht

New York (tr) — Als erste US-Großbank hat die Citibank ihre Prime Rate um einen halben Prozentpunkt auf elf Prozent angehoben. Andere Großbanken zogen nach. Zwei kleinere Banken hatten bereits in der vergangenen Woche ihre Prime Rate erhöht.

Doch Job-Verluste

Tokio (dpa/WVD) — Die Einführung von Robotern und anderen elektronisch gesteuerten Fertigungssystemen kostet in Japan entgegen früheren Beschwichtigungen inzwischen

doch eine größere Zahl von Arbeitsplätzen. Zu diesem Ergebnis kommt eine erste umfassende Erhebung des Arbeitsministeriums in Tokio, die im November unter 10 000 Firmen mit 100 und mehr Beschäftigten durchgeführt wurde. Die Studie kommt unter anderem zu dem Schluß, daß in 80 Prozent der Firmen mit automatisierten Produktionsabläufen die Zahl der Facharbeiter merklich gesunken ist. Verdrängt werden von Robotern, wie es weiter heißt, vor allem Frauen.

Gegen FDP-Forderungen

Bonn (HE) — Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Vogt (CDU), hat sich gegen Forderungen aus der FDP und dem Sparkassen- und Giroverband ausgesprochen, wonach der Anlagekatalog des Vermögensbeteiligungsgesetzes erweitert werden soll. Es komme darauf an, die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen zu verbessern und gleichzeitig den Arbeitnehmern den Zugang zu Kapitalbeteiligungen zu eröffnen. Das 624-Mark-Gesetz erfüllt diese Aufgaben nicht, da nur zwei Prozent in Kapitalbeteiligungen gingen. Daher solle der auf weitere 312 auf 836 Mark aufgestockte Betrag Kapitalbeteiligungen und Darlehensforderungen gegenüber dem Arbeitgeber vorbehalten werden.

„Ölfieber“ in Irland

London (tr) — In Irland ist das „Ölfieber“ ausgebrochen. Rund 20 Meilen vor der Südküste Irlands (Waterford) ist ein Bohrkonstruktionsunternehmen unter Führung des amerikanischen Konzerns Gulf Oil auf kommerziell nutzbare Ölvorräte gestoßen. Erste Schätzungen sprechen davon, daß das Feld 200 bis 300 Barrel förderbares Öl hoher Qualität enthalten dürfte. Die jüngsten Nachrichten über den Ölfund haben den Aktienkurs von Atlantic Resources, einen an dem Konsortium beteiligten irischen Unternehmens, in wenigen Tagen von 128 auf 430 Pence klettern lassen.

Wochenausweis

	31.7.	23.7.	30.6.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	69,0	69,1	68,5
Kredite an Banken	66,8	67,0	68,9
Wertpapiere	7,4	7,4	7,4
Bargeldumlauf	102,2	100,1	100,1
Einz. v. Banken	46,3	38,7	46,2
Einz. v. öffentl. Haushalten	1,2	9,0	2,7

Wie wichtig ein starker Partner ist, zeigt sich besonders jetzt. Deshalb Mietfinanz, wenn es um die Finanzierung von Investitionen geht.

mietfinanz®

Investitionsfinanzier.

mietfinanz GmbH, Wilhelmstraße 20, 4330 Mülheim/Ruhr, Postfach 0112 45, Telefon (02 08) 310 31, Telex 8 56 755

DETHLEFFSEN / Weiter diversifiziert

,Whiskey-Brothers' geschluckt

JAN BRECH, Hamburg

Das Flensburger Spirituosenhaus H. G. Dethleffsen AG & Co KG wird zum 1. Januar nächsten Jahres das Lübecker Unternehmen Carl Hertzberg, Wein- und Spirituosen-Import GmbH & Co KG zu 100 Prozent übernehmen. Mit diesem Schritt soll, wie es in einer gemeinsamen Mitteilung beider Firmen heißt, das weitere Unternehmenswachstum gesichert werden.

Die Firma Hertzberg, die bereits 1982 gegründet worden ist und heute den Brüdern Hans-Jürgen und Dietrich Hertzberg gehört, hat zuletzt rund 35 Mill. DM umgesetzt. Schwerpunkt des Geschäfts ist der Vertrieb von spanischem Brandy und Sherry aus dem Haus Osborne. Bei Brandy dürften die Hertzbergs in Deutschland einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent halten.

Einen Namen in der Branche haben sich die Brüder Hertzberg Ende

der sechziger Jahre gemacht, indem sie mit dem Import des Whiskys „Medley“ in Deutschland eine riesige Bourbon-Welle auslösten. „Medley“ kam in den besten Jahren auf weit mehr als 2 Millionen Flaschen Absatz und dürfte heute noch wichtigster Umsatzträger, allerdings mit abnehmender Bedeutung, sein. Im Branchenjargon hat der „Medley“-Erfolg den Hertzbergs zu dem Spitznamen „Whiskey-Brothers“ verholfen.

Für Herrn G. Dethleffsen bedeutet die Übernahme der Firma Hertzberg ein weiterer Schritt der in den letzten Jahren zügig betriebenen Diversifikation. Mit dem Hauptprodukt „Bommerlunder“ und einem breiten Spirituosenortiment setzt Dethleffsen zur Zeit rund 95 Mill. DM im Spirituosenbereich um. Einschließlich Hertzberg werden es 130 Mill. DM sein. In der Gruppe dürfte Dethleffsen auf mehr als 220 Mill. DM kommen.

BAST-BAU / Beim Bauberrenmodell langsames Tempo

Konjunktur ist noch brüchig

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Läuft's weiter wie bisher, dann werde seine Unternehmensgruppe die Gesamtleistung 1983 um ein Fünftel auf 350 Mill. DM steigern. So prophezeit es nach dem ersten Halbjahr der Architekt und Bauingenieur Emil Bast für die von ihm vor drei Jahrzehnten gegründete Bast-Bau-Unternehmensgruppe, Erkrath bei Düsseldorf. Eine Prognose in der Mischung aus Positivem und Negativem bei einem rührigen Mittelstandler, dessen Gruppe im Bau-, Baubüro- und Baubetreuungsbereich längst zu einem der führenden deutschen Regionalanbieter emporgestiegen ist.

Das Positive: Die Bast-Unternehmensbereiche „Schlüsselbaufertigbau“ und „Baubüro“ bleiben verlässlich auf Wachstumskurs. Das Negative: Die Plazierung von Wohnneheiten nach dem Bauberrenmodell, die im ersten Halbjahr 1983 um die Hälfte höher als vor Jahresfrist lag, wird nach der zur Jahresmitte abgelaufenen Frist für die hier zuvor stimu-

rende „Mehrwertsteueroption“ (mit Steuervorteilen für die Bauherren) dieses Wachstumstempo nicht fortsetzen.

Emil Bast erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die Zahl der fertiggestellten Wohnbauten im Bundesgebiet 1983 wohl weiter auf 330 000 (347 000) Einheiten sinken und damit um 40 Prozent unter dem langjährigen Durchschnitt von 1955 bis 1975 liegen dürfte. Zwar würde wegen etlicher auf Ende 1984 gesetzlich terminierter Fertigstellungsfristen ab viertem Quartal und dann besonders 1984 die Beschäftigungslage der Bauindustrie besser werden. Aber für eine dauerhafte Stabilisierung der Baukonjunktur reiche das nicht.

Die hänge weiterhin von den richtigen politischen Signalen ab. Dies gerade auch für das Weiterleben des Bauberrenmodells, das sich nach Bast Urteil in den letzten Jahren als wichtigste Stütze des frei finanzierten Mietwohnungsbaus erwiesen habe.

TELEFONBAU UND NORMALZEIT / 1983 bleibt es bei einer Geradeausfahrt mit Verbesserungschancen

Für Zusammenarbeit mit neuen Partnern gerüstet

INGE ADHAM, Frankfurt

„Sicherlich eine wichtige Rolle in der Geschäftspolitik Telekom des Bosch-Konzerns“ wird der Frankfurter Fernmeldekonzern Telefonbau und Normalzeit (TN) nach Einschätzung von Winrich Behr, Leiter der Gesamtgeschäftsführung, in Zukunft spielen. Bei der Vorlage des Geschäftsberichts präsentierte Behr designierter Nachfolger zum Jahresanfang 1984, Michael Schwarzer, den Konzern, der seit Jahresanfang mehrheitlich von Bosch gehalten wird, als dafür gut gerüstet, ohne sich freilich genau in die Karten der noch angestrebten (und notwendigen) Zusammenarbeit mit neuen Partnern sehen zu lassen.

Schwarzer verwies auf die gestiegenen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, die sich in den letzten 5 Jahren verdoppelt hätten und 1982 gut 14 Prozent des Produktionsumsatzes erreichten (Plan für 1983: gut 17 Prozent). Gleichzeitig seien die Dienstleistungen – bei im-

mer erklärungsbedürftigeren Systemen – zielgerichtet weiter ausgebaut worden, zumal für TN zur Weiterentwicklung und Verbesserung der Produkte auch die „Ausdehnung auf Nachbardielen der Daten- und Bürotechnik“ gehört.

In diesem Jahr wird es für TN jedoch bei einer „Geradeausfahrt mit gewissen Verbesserungschancen“ (Behr) bleiben. Das erste Halbjahr hat die Umsatzhoffnungen von 890 Mill. DM in der Gruppe nicht erfüllt; erreicht wurden 830 Mill. DM, 5,5 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

Ob die Auftragseingänge ihren derzeitigen vierprozentigen Vorsprung gegenüber dem Vorjahr halten, ist nach Ansicht von Behr noch unsicher. Derzeit seien die Fertigungskapazitäten zu rund 80 Prozent ausgelastet. Ob – wie im Vorjahr – Kurzarbeit nötig wird, hänge von der konjunkturellen Weiterentwicklung ab. Insgesamt rechnet Behr aber mit einer

„weiterhin beständigen Ertragslage“, um die man sich auch mit Einsparungen „in allen Bereichen“ (Ausnahme Entwicklung) bemühe.

Unter anderem nannte Behr einen Abbau von rund 1000 Arbeitsplätzen bis zum Jahresende auf dann etwa 16 900 (i. V. 17 900) Beschäftigte im Konzern. Mehr als drei Viertel dieser Stelleneinsparungen seien zur Jahresmitte bereits verwirklicht. Weitere Entlassungen sind nicht geplant.

Das vergangene Jahr kennzeichnete Behr angesichts der allgemein schwierigen Konjunkturlage als „recht befriedigend“. Es brachte dem Inlandkonzern 1,55 (1,49) Mrd. DM Umsatz, 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Weltweit wurden 1,7 nach 1,6 Mrd. DM umgesetzt. Davon entfielen nach wie vor drei Viertel auf die Fernsprechtechnik, wobei die 173 000 Privatkunden „Rückgrat des Geschäfts“ sind: Sie lassen ihre gemieteten Anlagen laufend durch TN warten und betreuen.

Der daraus resultierende Festanspruch machte zum Jahresende 731 (659) Mill. DM aus. Dafür wurde wiederum mit 231 (245) Mill. DM der Löwenanteil der Sachinvestitionen von insgesamt 316 (328) Mill. DM für neue Mietanlagen aufgewendet.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen machen 210 (193) Mill. DM aus. Ihre Höhe und höheren Zinsen haben, wie Behr kommentierte, den Jahresüberschuss des Konzerns stärker belastet als im Vorjahr. Die erreichten 58,8 (71,4) Mill. DM Überschuss seien aber „angesichts der Gesamtsituation sicherlich nicht unbefriedigend“.

Nachdem TN als „reines Familienunternehmen der Vergangenheit angehört“, wird sich aufgrund des (ursprünglich mit AEG abgeschlossenen) Gemeinschaftsvertrages bis 1990 entscheiden, ob die Altgesellschafter alle ihre Anteile Bosch anbieten oder als Minderheitsgesellschafter im Unternehmen bleiben.

KATZ WERKE

Sanierung abgeschlossen

MANFRED FUCHS, Gernsbach

Die Katz Werke AG, Gernsbach, die wegen hoher Verluste ihrer USA-Tochter Katz of America Inc., Louisville/Kentucky, der verlustreichen 74,8prozentigen Beteiligung an der Staatlichen Majolika AG, Karlsruhe, und aufgrund der Verluste der Tochterfirma L. M. Feddema GmbH, Bad Salzuflen, einen Kapitalschnitt im Verhältnis 10:1 mit anschließender Wiederaufstockung auf die ursprüngliche Höhe von 9,1 Mill. DM durchführen muß, hat ihr Sanierungsprogramm jetzt abgeschlossen.

Wie der Vorstand des Marktführers bei Bierdeckeln sowie Produzent von unter anderem Furnieren, Holz- und Betonmasten vor der Hauptversammlung erklärte, wird für die zweite Jahreshälfte 1983 ein positives Betriebsergebnis und für das ganze Jahr eine Umsatzsteigerung um etwa 5 Prozent erwartet. 1982 stieg der Gruppenumsatz ebenfalls um 5 Prozent auf rund 75 Mill. DM.

Der Jahresfehlbetrag der Katz Werke AG betrug 8 Mill. DM. Stille Reserven wurden aus steuerlichen Gründen nicht aufgelöst. Für das Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Mai 1983 wird ein Jahresfehlbetrag von 17,6 Mill. DM ausgewiesen, der durch Entnahme aus der gesetzlichen Rücklage von 1,6 Mill. DM und durch den Ertrag aus der Kapitalherabsetzung von 8,2 Mill. DM auf einen Bilanzverlust von 7,8 Mill. DM reduziert wurde.

An der etwa 450 Mitarbeiter beschäftigten Gruppe hält die Unternehmensverwaltung GmbH & Co. KG, Neumarkt, 50 Prozent, die Karl Richter GmbH & Co. KG, Bingen, gut 25 Prozent, freie Aktionäre sind mit 16 Prozent beteiligt.

Frankona Rück will Mehrheit erwerben

sz. München

Die Frankona Rückversicherungs-AG, München, einer der größten Rückversicherer der Welt, wird vorbehaltlich der Zustimmung durch die britische Versicherungs-Aufsichtsbehörde, eine Mehrheitsbeteiligung an der Crosswall Reinsurance Company, London, erwerben. Die Frankona, bisher schon mit sechs Prozent am Grundkapital von 2 Mill. Pfund der Crosswall beteiligt, erwartet dadurch nach eigenen Angaben eine Stärkung ihrer Position auf dem wichtigsten Rückversicherungsmarkt der Welt.

Im Zuge der Eingliederung in die internationalen Frankona-Gesellschaften soll die Crosswall unter dem Namen Frankona Reinsurance (UK) Ltd. unter Beibehaltung ihrer bisherigen Underwriting-Politik fortgeführt werden. Die Brutto-Prämienumsätze der Crosswall beliefen sich zuletzt auf jährlich rund 6 Mill. Pfund.

Die Frankona, 1886 gegründet, ist derzeit in mehr als 100 Ländern vertreten. 1982 wurden über 1,3 Mrd. DM Brutto-Prämien akzeptiert und dabei ein Netto-Prämienvolumen von mehr als 1 Mrd. DM erreicht.

Dunlop AG wieder in der Gewinnzone

dpa/VWD, Hanau

Die Dunlop AG, Hanau, ist im 1. Halbjahr 1983 wieder aus den roten Zahlen gelangt. Nach zwei Verlustjahren konnte die Tochtergesellschaft des britischen Reifen- und Gummikonzerns einen Überschuss von 3,6 Mill. DM erzielen, nach 13,3 Mill. DM Verlust in der Vorjahresvergleichszeit beziehungsweise 22,4 Mill. DM im Gesamtjahr 1982. Die Erholung führt die Geschäftsleitung auf die verbesserte Produktpalette bei Reifen zurück. Im Segment Breit- und Hochgeschwindigkeits-Reifen seien im Ersatz-Geschäft Marktanteile hinzugewonnen worden.

Babcock kürzt bei Textilmaschinen

J. G. Düsseldorf

Bei Aufrechterhaltung der breiten Produktpalette wird die Babcock-Textilmaschinen GmbH, Sevetal, die bei 1000 liegende Belegschaftszahl ihrer beiden Werke Maschen (Niedersachsen) und Kornwestheim (Baden-Württemberg) mit Sozialplan bis 1984/85 um ein Fünftel verringern. Die Konzernmutter Deutsche Babcock AG, Oberhausen, begründet die Kapazitätsanpassung mit dem Ausfall wichtiger Absatzmärkte in Afrika und Lateinamerika sowie mit zunehmender Schwäche der Nachfrage nach Textilveredelungsmaschinen aus den RGW-Ländern.

RAILSHIP / Auftrag für Bremer Seebeck-Werft

Zweites Fährschiff bestellt

JAN BRECH, Hamburg

Die RailShip-Gruppe, die eine Eisenbahn-Fährverbindung zwischen Finnland und der Bundesrepublik betreibt, hat bei der Seebeckwerft in Bremen ein zweites Eisenbahn-Fährschiff einschließlich 6 Rangierloks bestellt. Der Bremer Werftbetrieb, der zur notleidenden AG „Weser“ gehört, hat damit bis zum Termin der Ablieferung Ende 1984 eine Grundausstattung gesichert. Der Auftrag, der gegen insgesamt 24 Wettbewerb gewonnen wurde, steht unter dem Vorbehalt der Gewährung eines staatlichen Schiffbauzuschusses. Einschließlich der Beschaffung von Waggons und der Erweiterung der Umschlaganlagen in Finnland wird RailShip rund 100 Mill. DM investieren.

Die Bestellung des MS „Railship II“ begründet das Unternehmen mit Kapazitätsengpässen. Das bestehende Schiff MS „Railship I“ sei voll ausgelastet, ohne daß das Marktpot-

ential auch nur annähernd ausgeschöpft werde. Zudem werde die Anfälligkeit der Transportabwicklung behoben. Im vergangenen Jahr hatte ein Brand an Bord der RailShip einen Ausfall von 8 Wochen verursacht.

Die RailShip-Organisation ist 1973 gegründet worden und gehört zu 42 Prozent der Schenker GmbH & Co., zu 25 Prozent der finnischen Reederei Eino/Finland Steamship Co. Ltd., zu weiteren 25 Prozent der Hamburger Reederei H. M. Gehrckens und zu 8 Prozent der Ostseere AG. Das Transportunternehmen Kühne & Nagel, das bei der Gründung ebenfalls beteiligt war, hat 1982 seinen Anteil an Schenker verkauft.

Die Gruppe mit zwei Besitzgesellschaften verfügt neben dem bestehenden Fährschiff über 340 geschlossene und 285 offene Waggons. Das gegenwärtige Ladungsaufkommen in beiden Richtungen beträgt bei durchschnittlich 96 Schiffsrundreisen im Jahr rund 390 000 Tonnen.

Elektronik-Markt

wächst weiter

dpa/VWD, München

Der Markt für Informationstechnik wächst nach Schätzungen der Beratungsgesellschaft Diebold bis 1990 um durchschnittlich 7,5 bis 10 Prozent. 1983 wird der Umsatz auf diesem Markt weltweit 1 Billion DM überschreiten, wovon etwa 30 Prozent auf Westeuropa entfallen. Auf diese Zahlen wies gestern die Münchner Messegesellschaft anlässlich der bevorstehenden Informationsfachmesse „System '83“ hin.

Die Informationstechnik in der Bundesrepublik erreicht zur Zeit ein Umsatzvolumen von 80 Mrd. DM. Den größten Marktanteil hat die Kommunikationstechnik mit 58 Mrd. DM, gefolgt von der Datenverarbeitung mit 18 Mrd. und der Bürotechnik mit 4 Mrd. DM. Noch höhere Wachstumsraten errechnet Diebold für benutzerspezifische Geräte und Systeme sowie für Produktinnovationen. Diese Märkte sollen zwischen 12 und 20 Prozent wachsen. Dem Markt für Mikrocomputer wird von 1982 bis 1987 eine Verdoppelung des Umsatzes von 711 Mill. auf 1,4 Mrd. DM vorhergesagt.

BERUFGENOSSENSCHAFT FEINMECHANIK UND ELEKTROTECHNIK

Erfolg im Kampf gegen Betriebsunfälle

HANS BAUMANN, Essen

Verwaltungsberichte von Berufsgenossenschaften sind seit Jahrzehnten Stiefkinder des öffentlichen Interesses. Hier werden Mitglieder- und Beitragsbewegungen buchhalterisch erfasst. Unfälle aufgelistet und ihrer Verursachung zugeordnet. Hier wird herausgestellt, welche große Anstrengungen man unternimmt, um die Zahl der Unfälle und auch deren Folgen einzudämmen – zugunsten der Arbeitnehmer und natürlich auch der Volkswirtschaft. Diese – vermeintliche – statistische Langeweile kehrt der Jahresbericht 1982 der Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik in höchste Aktualität: Es wird sicherer am Arbeitsplatz, die Zahl der Unfälle und der Todesfälle wurde kräftig reduziert in den letzten beiden Jahrzehnten.

Die Meinung, daß hier die Sorge um den Arbeitsplatz manchen Unfall umgemeldet lassen würde, ist falsch. Denn die Berufsgenossenschaft geht mit ihrer Statistik bis in das Jahr 1969 zurück, sie durchschreitet also Boom und Baisse. Dabei stellt sich heraus, daß bei dieser Berufsgenossenschaft die Gesamtzahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten von 166 147 in 1960 auf 66 546 in 1982 zurückgegangen ist. Allein von 1979 auf 1980 sank die Unfallzahl um gut acht Prozent und 1982 um weitere gut 15 Prozent.

Interessant ist, daß von diesen „Arbeitsunfällen“ 1982 allein 11 007 auf dem Weg zur Arbeitsstätte geschehen, 1980 waren es noch 23 839, obwohl sich seit der Zahl der Auto-

mobile mehr als verdoppelt hat. Wie gefährlich der An- und Abmarsch zur Arbeitsstätte ist, zeigt die Tatsache, daß 1982 am Arbeitsplatz bei Unfällen 43 Personen ums Leben kamen. Im gleichen Jahr aber starben auf dem Arbeitsweg 88 Menschen (1980 waren es 183 und im Betrieb 106).

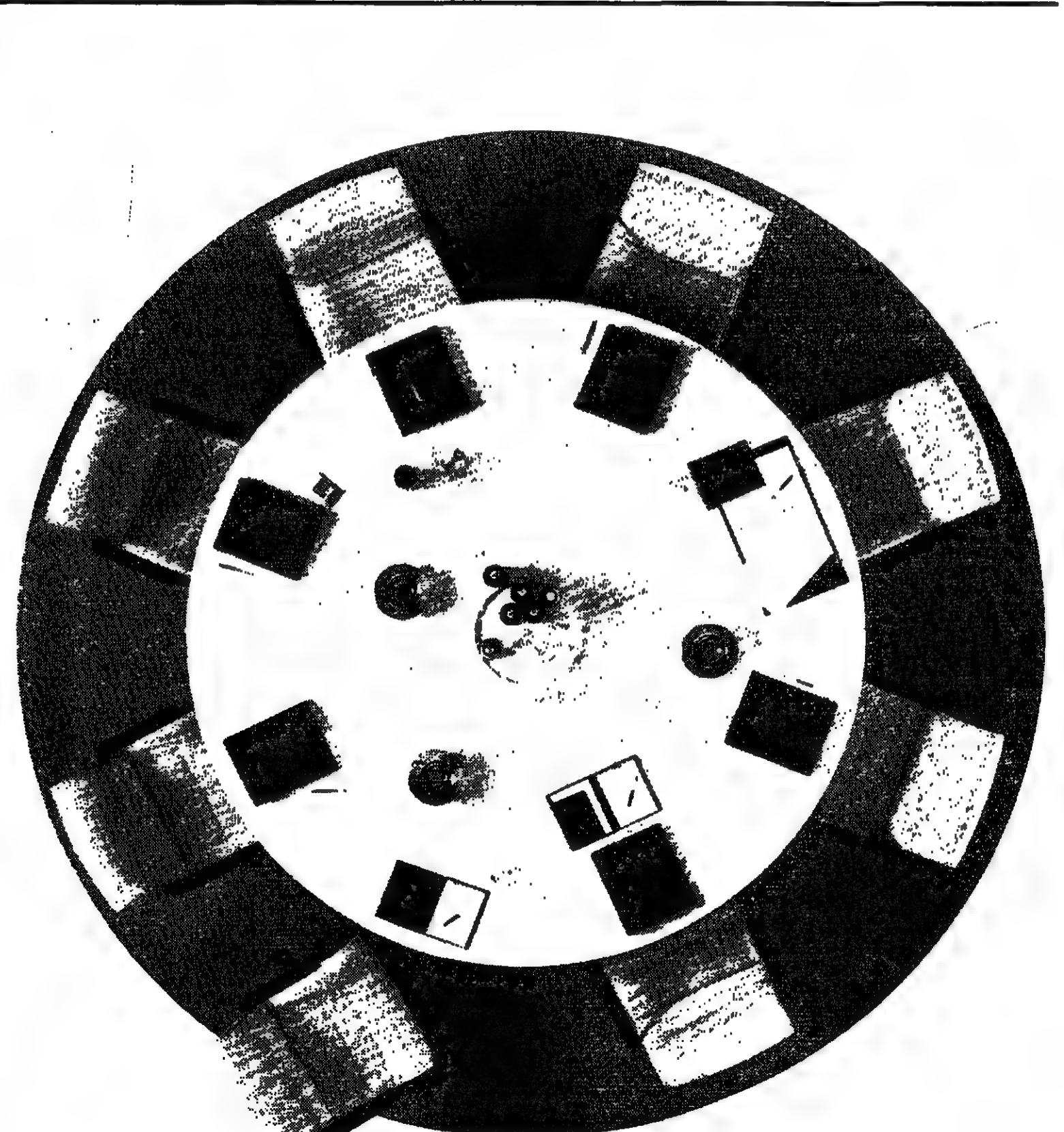
Berlin hat unter den Städten nach dieser Statistik seine Unfallhäufigkeit besonders stark reduzieren können (siehe Tabelle).

Einen ganz besonderen großen Erfolg kann die Berufsgenossenschaft Feinmechanik und Elektrotechnik für 1982 melden: Zum ersten Mal ist es einer Industrie-Berufsgenossenschaft gelungen, die Traumbergrenze von 30 Unfällen je 1000 Versicherte mit 28,9 zu unterschreiten. Während

1960 noch jeder 11. Mitarbeiter im Betrieb verunglückte, war es 1982 nur noch jeder 35. Darin sind auch die Stromunfälle und die Berufskrankheiten in rund 58 000 Betrieben mit über 1,9 Millionen Versicherten enthalten. Die Belastung hat sich also auf weniger als ein Drittel verringert.

Dies hat auch eine beachtliche volkswirtschaftliche Komponente: Die Sicherheitsbemühungen führten dazu, daß Entschädigungsleistungen in Höhe mehrerer hundert Millionen Mark eingespart wurden – und der Arbeitsfluß in den Betrieben zugunsten der Produktivität kontinuierlich war. Noch ein Wort zu den tödlichen Unfällen. Mit 88 Opfern auf dem Weg von und zur Arbeitsstätte war diese Zahl fast genau doppelt so groß wie die der Toten in den Betrieben.

Stadt	Jahr	Unfälle	davon			
			tödl.	im Betr.	a. d. Weg	tödl.
Berlin	1960	14 816	10	12 268	2 548	7
	1982	3 231	4	2 698	563	3
Nürnberg	1960	24 884	54	20 459	4 405	34
	1982	12 541	26	10 106	2 435	17
Braunschweig	1960	33 252	51	27 480	5 772	29
	1982	14 210	29	11 726	2 484	20
Köln	1960	40 181	68	43 826	5 305	40
	1982	18 807	31	16 199	2 608	22
Stuttgart	1960	44 084	86	38 275	5 809	53
	1982	17 757	41	14 840	2 917	26
Summa	1960	166 147	269	143 308	23 839	163
	1982	66 546	131	55 539	11 007	88



☛ Durch die Kooperation der Sparkasse mit der Landesbank haben unsere Kunden immer den richtigen Gesprächspartner am Tisch. ☛

Ihr Berater empfiehlt Ihnen:

Sparkassen und Landesbanken bilden eine stabile Basis für die erfolgreiche Finanzierung von Projekten jeder Größenordnung. Sprechen Sie deshalb mit uns.

Wenn's um Geld geht – Sparkasse



Am 8. August 1983 ist mein Mann

Dr. Hans Germani

geb. am 11. April 1927 in Triest

nach kurzer, schwerer Krankheit gestorben.

Monika Germani

Johannesburg, Südafrika

Wir trauern um

Dr. Hans Germani

Im Alter von 56 Jahren starb am 8. August 1983 in Johannesburg der langjährige Afrika-Korrespondent des Springer Auslandsdienstes. Er war ein engagierter Journalist, ein immer hilfsbereiter Freund und Kollege, ein hervorragender Kenner seines Berichtsbereiches. Er wird uns sehr fehlen.

Axel Springer Verlag AG

Am 8. August 1983 ist unser guter Freund

Dr. Hans Germani

für immer von uns gegangen.

Leonid und Sophie von Manzyreff
Elisabeth
Peter
und Seraphim

Pretoria, Südafrika

Mein herzensguter Mann, unser liebevoller Vater, Großvater, Bruder und Schwager

August Frese

* 3. 10. 1901 † 2. 8. 1983

ist nach einem erfüllten Leben sanft eingeschlafen.

In Dankbarkeit für alle Liebe

Ursula Frese geb. Berg
Raimund Frese und Frau Edythe geb. van Rhooen
Hinrich Frese und Frau Korinna geb. Klasen
Jan-Karl

Hamburg-Blankenese
Goßlerstraße 19

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, den Tod von

August Frese

anzuzeigen, der am 2. August 1983 im 82. Lebensjahr verstarb.

Herr August Frese hat unserer Rechtsvorgängerin, der Deutsch-Asiatischen Bank, nahezu 4 Jahrzehnte angehört und die Geschichte der Bank während seiner über vierzehnjährigen Tätigkeit als Vorstandsmitglied maßgeblich mitgeleitet und dabei am Wiederaufbau der Deutsch-Asiatischen Bank nach dem Kriege entscheidend mitgewirkt.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand und Mitarbeiter
European Asian Bank Aktiengesellschaft

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Anne-Marie Isenberg

geb. Jenocquel

Sie hat am 7. August 1983 im Alter von 82 Jahren ihre irdische Ruhe gefunden.

Jutta Düring-Röder geb. Isenberg
Karl-Günter Düring-Röder
Jürgen Isenberg und Frau Erika Isenberg
geb. Defoy
Berent Isenberg, California/USA
und Frau Marilynne geb. Ericson
Oscar Jenocquel und Frau Lotte Jenocquel
geb. Droge
alle Enkel und die Familie

Die Trauerfeier findet in der St.-Katharinen-Kirche zu Gollschau am Freitag, dem 12. August, um 15.30 Uhr statt.

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:

Hamburg (0 40) 3 47 - 43 80,
- 39 42 oder - 42 30

Berlin (0 30) 25 91-29 31

Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 u. 5 24

Telex:

Hamburg 02 17 001 777 as d

Berlin 01 84 611

Kettwig 08 579 104

FINANZANZEIGE**Deutsche Hypothekbank
Frankfurt-Bremen**

Aktiengesellschaft

Anleiheausgabekommunikation
In der am 8. August 1983 durch den Treuhänder unserer Bank durchgeführten Auslosung sind zur nächsten regelmäßigen Tilgung per 10. Oktober 1983 bei den 8%igen Kommunal-Schuldverschreibungen Emission 161 10.10.83.

Die Stücke mit den zweistelligen Endnummern
05 08 22 35 55 60 85 86 91 96
gezogen worden.

Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden ab 10. Oktober 1983 gegen Einreichung der Stücke mit den Zinsnummern per 10. Oktober 1984 auf unseren Kassen sowie bei allen Banken und Geldinstituten im Bundesgebiet und in West-Berlin zum Nennwert eingelöst.
Der Einlösungsbetrag wird um den Betrag etwa fehlender Zinsnummern gekürzt. Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 9. Oktober 1983.

Restanzliste
Von unseren folgenden, gekündigten bzw. verlorenen Schuldverschreibungen sind uns bis jetzt noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden:

		Emission	Stückzahl	Endnummer
1. 4 % Pfandbriefe	Emission 59 A/O	241015		
2. 4 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 61 A/O	241307		
3. 4 % Pfandbriefe	Emission 56 J/J	241012		
4. 4 % Pfandbriefe	Emission 58 J/J	241014		
5. 4 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 60 J/J	241306		
6. 4 % Pfandbriefe	1-3 sämtliche Stücke über DM 50,- gekündigt zum 1.10.1982 bzw. 2.1.1983	241017		
7. 4 % Pfandbriefe	Emission 64 J/J	241308		
8. 4 % Pfandbriefe	Emission 61 J/J	241309		
9. 8,5 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 161 2.5 g.z.	241354		
10. 8,5 % Pfandbriefe	Emission 166 M/N	241074		
11. 9 % Pfandbriefe	Emission 170 A/O	241077		
12. 8 % Pfandbriefe	Emission 145 J/J	241066		
13. 8 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 149 F/A	241344		
14. 8 % Pfandbriefe	Emission 151 J/J	241069		
15. 8 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 160 M/N	241350		
16. 8 % Pfandbriefe	Emission 167 F/A	241075		
17. 0 % Pfandbriefe	2-16 sämtliche Stücke gekündigt zum 1.1.1979	241078		
18. 8 % Pfandbriefe	2-16 sämtliche Stücke gekündigt zum 1.1.1979	241078		
19. 8 % Kommunal-Schuldverschreibungen	Emission 243 1.3 g.z.	241417		
20. 8 % Pfandbriefe	Emission 163 M/N	241353		
21. 6 % Pfandbriefe	Emission 314 1.3 g.z.	241110		
22. 7 % Pfandbriefe	Emission 153 A/O	241070		

Wir bemerken noch, daß aus Teilkündigungen bei den nachstehend aufgeführten Emissionen einige Stücke noch nicht zur Einlösung gelangen.
Stücke zu nom. DM 100,- und DM 500,-
5% Pfandbriefe Emission 87 A/O - 241030 -
5% Pfandbriefe Emission 90 M/N - 241032 -
Frankfurt am Main - Bremen, im August 1983
DER VORSTAND

**WELT-Leser sind anspruchsvoll!**

Zuverlässige Informationen. Gründlich, schnell, weltweit. Direkt aus Bonn, dem Brennpunkt des Geschehens. Einblicke in Hintergründe und Zusammenhänge. Jeden Morgen druckfrisch ins Haus...

...das schätzen Leser an ihrer WELT!

Vielleicht gibt es in Ihrem Kreis jemanden, der die WELT auch regelmäßig lesen möchte. Dann nutzen Sie diese gute Gelegenheit: Werben Sie jetzt einen neuen WELT-Abonnenten. Als Dank dafür erhalten Sie diesen ungewöhnlich vielseitigen WELT-EMPFÄNGER.

**6 BAND-
WELT-EMPFÄNGER
Komplett mit
Stereo-Kopfhörer**

Klein und handlich, aber erstaunlich leistungsstark. Dieses Gerät empfängt alle drei Wellenbereiche:
• Mittelwelle: 520-1650 KHZ
• Kurzwellen: 4 Frequenzbänder von 2,3 - 21,1 MHz
• UKW: 87,5 - 108 MHz
UKW kann in Mono oder (über Kopfhörer) in Stereo empfangen werden. Der Musikempfang in Stereo zeichnet sich durch eine großartige Klangfülle aus.

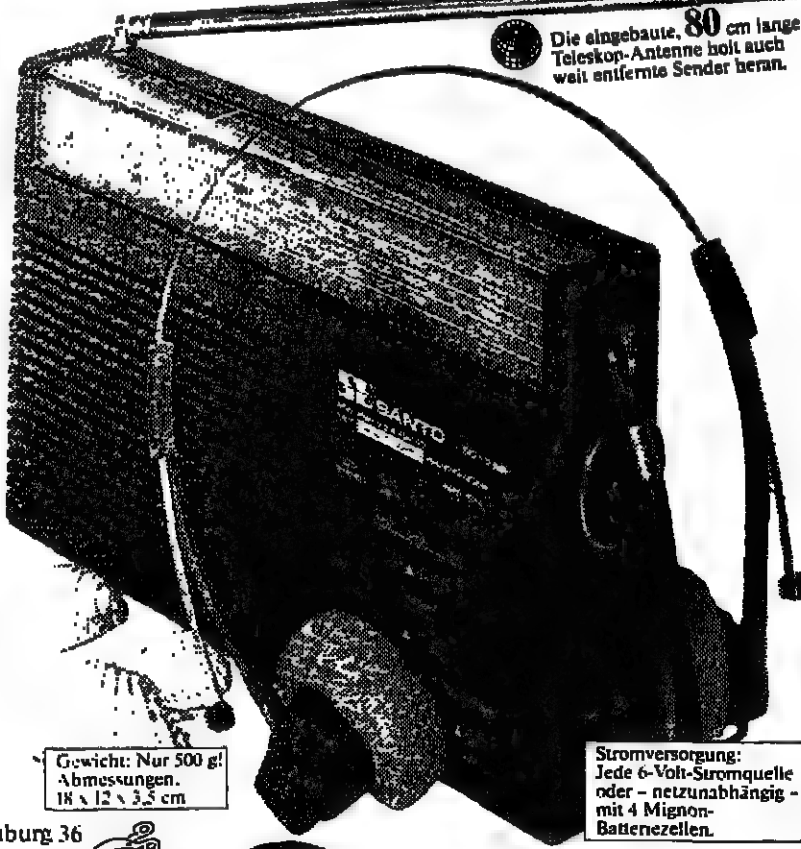
Besonders praktisch: Elegante schwarze Leder-tasche, Trageschlaufe und Schulter-Trageriemen.

Bitte nicht warten!

Je eher Sie diese Gelegenheit wahrnehmen, um so früher gehört diese wertvolle Belohnung Ihnen.

VERLAGS-GARANTIE

Jeder neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (Absende-Datum) schriftlich widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Gewicht: Nur 500 g!
Abmessungen:
18 x 12 x 3,5 cmStromversorgung:
Jede 6-Volt-Stromquelle
oder - netzunabhängig -
mit 4 Mignon-
Batteriezellen.

An: DIE WELT, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Belohnungs-Scheck**DIE WELT****Bestellschein**

Ich bin der Vermittler.
Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehender Bestellschein).
Als Belohnung dafür erhalte ich den 6-BAND-WELT-EMPFÄNGER mit Stereo-Kopfhörer und allem Zubehör.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon: Datum:

Unterschrift des Vermittlers:

Ich bin der neue WELT-Abonnent.
Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 34 Monate ins Haus. Der günstige Abonnementspreis beträgt monatlich DM 25,00.
Versandkosten + Mehrwertsteuer sind eingeschlossen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon: Datum:

Unterschrift des neuen Abonnenten:

VERLAGS-GARANTIE

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen schriftlich zu widerrufen bei:
DIE WELT, Vertrieb
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift des neuen Abonnenten:

Einsparung durch den günstigen Abonnementspreis gegenüber dem Einzelpreis jährlich DM 165,-

JAHRESABO

Table with multiple columns containing financial data, likely interest rates or bond yields, under the heading 'Bundesanleihen'.

Table titled 'Einschlag am Rentenmarkt' (Impact on the Pension Market) containing financial data and analysis.

Table titled 'Optionsscheine' (Option Warrants) containing financial data and market information.

Table titled 'Ausländische Aktien' (Foreign Stocks) containing a list of international equities and their prices.

Table titled 'Warenpreise - Termine' (Commodity Prices - Deliveries) containing prices for various goods.

Table titled 'Öle, Fette, Tierprodukte' (Oils, Fats, Animal Products) containing prices for these commodities.

Table titled 'Metalle, Fasern, Kautschuk' (Metals, Fibers, Rubber) containing prices for these materials.

Table titled 'Zinn-Preis Penang' (Tin Price Penang) and other market data.

Schutz des Wettbewerbs in falschen Händen.

Das Unwesen sogenannter „Gebührenvereine“ greift um sich. Diese Vereine nutzen die gesetzlichen Möglichkeiten, um gegen tatsächliche oder vermeintliche Wettbewerbsverstöße mit Abmahnungen vorzugehen und ganz nebenbei einen kräftigen finanziellen Schnitt zu machen. Ihnen kommt es weniger auf den Schutz des Wettbewerbs an als auf das Kassieren der Pauschalgebühren für Abmahnungen.

Jeder am Wirtschaftsleben Beteiligte kennt sie. Viele resignieren. Immer stärker wird aber auch die Abwehrfront.

Was ist gegen Gebührenvereine zu tun?

– Prüfen Sie jede Abmahnung, bevor Sie eine Unterlassungserklärung abgeben und eine Kostenpauschale zahlen.

– Prüfen Sie sorgsam, wer hinter einer Abmahnung steht und ob der Verein überhaupt abmahnen- und klagebefugt ist.

– Fragen Sie Ihre Industrie- und Handelskammer, Ihren Berufsverband, oder ziehen Sie einen Anwalt zu Rate.

Der Zentralausschuss der Werbewirtschaft e. V. (ZAW) hat Ratschläge für das Verhalten bei Abmahnungen zusammengestellt. Fünf Spitzenverbände der Wirtschaft haben darüber hinaus „Grundsätze für die Tätigkeit von Wettbewerbsvereinigungen“ aufgestellt. Diese Unterlagen können Sie kostenlos beim ZAW anfordern.

Helfen Sie, einen fairen Wettbewerb zu verteidigen. Dazu gehört auch den Gebührenvereinen muß das Handwerk gelegt werden.

An ZAW
Abt. Kommunikation
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Bitte senden Sie mir die Informationen über Abmahnungen an folgende Anschrift:

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____



Zentralausschuss der Werbewirtschaft e.V.
Postfach 20 06 47, 5300 Bonn 2

Spitzenaktien verlieren zweistellig

Zins- und Dollaranstieg verprellen die Anleger

DW. - Das offensichtliche Unvermögen der Notenbanken, den Kurs der DM gegenüber dem Dollar zu stabilisieren, führte am Wochenende in einigen Spitzenaktionen zu Verkäufen aus dem Ausland, wo zunehmend befürchtet wird, daß die DM zu den aufwertungsverdächtigen Währungen zählt. Die relativ geringe Umsatzfähigkeit auf dem Aktienmarkt läßt

aber erkennen, daß von einer Flucht aus deutschen Aktien noch nicht die Rede sein kann. Wenn es dennoch in Papieren wie Daimler, Mercedes oder Siemens zu zweistelligen Kursverlusten kam, ist dies in erster Linie das geschwundenen Anlageinteresse zu verdanken.

Auslandsbörsen waren auch in den Titeln der Großchemie zu beobachten, hier gingen die Abschlüsse jedoch über 3 DM nicht hinaus. Mit Tagesverlusten bis zu 6 DM vermochten sich die börsen favorisierten Einzelhandelsunternehmen noch einigermaßen abzuheben. Der bedrückend ausgefallene Sommerumschlagverkauf erwies sich bei ihnen als eine Kunststüke. Preussag Aktien, in den vergangenen Jahren aufgrund von Fondskäufen in den USA auf 100 DM gestiegen, sanken auf 70 DM. Heute jetzt unter Gewinnmaßnahmen und gaben um 9 DM nach.

DM, Bfänger
um 10 DM auf 22
der Spinnabge
DM nach 6 C
felen um 3 C
Stoberges
1000 1000
Frankfurt: I
mussten Tagesv
und 10 DM pr
Diese werden e
haltenden Hies
auf 100 DM ge
rung der Kapita
der amerikanis
Hamburg: Fl

erminderten sich
DM, Ravensbur-
um 5 DM auf 150
erresheimer Glas
auf 114,50 DM.
erhöhten sich um
dert. Phoenix Gummi waren
139,50 DM minus 0,50 DM kma
gehalten. Hapag Lloyd waren na
Doppelphusankündigung bisher
ne Geschäft und wurden mit 45 L
taxiert.

München: Agrob St. verminderten sich um 10 DM auf 370 DM. Wyrdyng fielen um 3 DM auf 10 DM. Hutschenreuther ermäßigten sich um 3 DM auf 265 DM und Chemie sanken um 5 DM auf 10 DM.

Berlin: Spinnstoffabrik Zehlendorf mußten ein Minus in Höhe von 20 DM und DUB-Schultheiss in Höhe von 10 DM verbuchen.

Düsseldorf: Zum Wochenaufakt kam es an der Düsseldorfer Börse in allen Markt Bereichen zu einem scharfen Kursenbruch. Stinnes ermäßigten sich um 18 DM auf 552

he von 9 DM hinnehmen. Berth
und Dt. Hyp. Berlin gaben um
DM, Kempinski um 3,50 DM, Be
ner Kind um 3 DM,
Nachbörse: abwartend

[illegible]

Hoechst	153,7-1-5-3,2	2792	481-3-5-7-5,2
Hoesch	153,7-1-5-3,2	47,4	481-3-5-7-5,2
Holmen	450-485	455G	481-2-5-0
Horten	160-0-5-39-9G	180	160-1-39-3-5
Karl + Sohn	167-71-90-0-5G	199G	190-1-39-9-0
Kornstadt	280-75-5-70-70G	285	280-75-5-70-69
Kunthof	266-35-1-1-60G	267G	267-3-1-5-20
RHD	244-7-4-6G	247G	247G-7-3-5-5,5
Rödelmeier-W.	38,5-9G	39,5G	38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20
			247G-7-3-5-5,5
			38,5-9-5-5,5
			280-75-5-70-69
			267-3-1-5-20

[illegible]

VEW	117,6-8-7-5-2	117,5G	204Z	117,7-2
VW	210,5-11,1-09,5-10G	212	2620Z	209-10,5-19,5-10
Philips**	45,1-8,1-5	45G	2790Z	45,2-8,5-8,2-5,3
Royal D.**	124-4-8-4bG-4,9	124G	1352Z	124-4-4-4-4,8
Unilever**	183-2,5	183	1405	183
Kurswert in 1000 DM			64963	

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

[illegible]

Inkassozertifikate

[illegible][illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Ausland

New York		
5. B.	4.	

[illegible]

Optionshandel vom 8. 8.

[illegible]

nzen

Es wurden am 8. August folgende Gold-
schatte genannt (in DM):

[illegible]

orten

Brief	Kurs	Ankauf	Verkauf
Wochen-Frankfurt-Sorten*)			
Antik.			

Der überraschend hohe Kurs war am 8. 8. die Folge

[illegible]

Bedingt durch anziehende DM-Zin-
am 8. August die Dollar-Deports m
Weitergehend

[illegible]

...sätze wurden
...driger als am

5 Monate
8.50/6.30
0.52/0.36
8.70/7.30
100/104

zusatz am 5. 4. :
2,45-5,6 Pro-
zent 3,55/3
3,40 B Prozent.
8. 4 Prozent

Juli 1968 auf
neuen Zw-
ische Besten-
2,50 (5.30) - 2.25
Ausgabe 1968/
12) - 5.00 (5.50)
ertragsgewinn
für 5,6, 2 Jahre
dingungen in

هذا من الأصل

1990

Journal of Management Studies, 19(1), 67-80.

1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 26

10

Hymne an die Freude

«Wir freuen uns auf Ihren Besuch!» – So frohlockt es teils in zierlichen, teils auch grobschlächtigen Lettern unter unzähligen Inseraten im deutschen Blätterwald. Friseur, Fußpfleger, Kosmetikerinnen, Hautbräunungs-Institute, Gast- und Kaffeehausbesitzer, Hoteliers, Chemisch-Reinigungen, Autowäschereien, Boutiquen aller Art – kurz: jedes Gewerbe, die Chefs inklusive engster Mitarbeiter, ja ganze Belegschaften, freuen sich auf Besuch. Einzig die Erd- und Feuerbestattungs-Institute wollen sich (noch) nicht freuen. Dafür schließen sich der Besuchsfreude innig an die Beauftragten gewerkschaftlicher Massenveranstaltungen, die Vertreter der Kirchgemeinden, alle Mitglieder politischer Parteien.

Es freuen sich Bundesbahn, Kurkliniken, Groß- und Kleinstädte. Freuen sich auf wen? Auf uns, auf Sie, auf mich. Jeder ist gemeint. Sollte dies die vielzitierte „Wende“ bewirkt haben? Dann wäre sie wahrhaft schicksalhaft. Die bis dato oft tiefstichlich mürrische, quälgerische Bundesrepublik wird von nicht einzuordnender Freude durchdrungen. Aus keinem weiteren Anlaß als dem eines Besuchs.

Genau an diesem Punkt schleicht sich Verachtung ins Hirn. Sollten die Anzeigen-Phantasten sich etwa gar nicht auf uns, auf mich freuen, sondern lediglich das Ziel zur Entleerung von Geldbeuteln im Herzen tragen? Für meine Person: Das würde mich kränken. Auch von der lügerischsten Schmeichelei kann man erwarten, daß sie ein Gran Wahrheit enthält. Was tun? Man handhabt den Umkehrschluß. Vor aller Freude steht die Vorfreude.

Abwegig besessene Zeitgenossen werden es folglich eilig haben, ihren Hautbräuner auszusuchen, in den Gewerbetraum hineinzuwinken: „Ich möchte Ihnen Vorfreude bereiten. Komme bald vorbei. Besuche Sie gern, wenn's weiter nichts ist.“ Solche, die mit einer Laute umgeben und mit der Stimme entzücken können, haben es noch leichter. Sie stellen den Fuß in die Tür und stimmen die Hymne aller Hymnen an: Freude, schöner Götterfunken...

Im Gespräch: Branchen die Deutschschweizer eine eigene Hochsprache?

Bitte kein Ketchup-Alemannisch

Ob es ein Glück ist, Schweizer zu sein – darüber läßt sich streiten. Bisher war ich jedoch immer der Meinung, daß der Deutschschweizer zum mindesten auf einem Gebiet sich in einer privilegierten Situation befindet: der Sprache. Diese Meinung stützt sich auf das, was etwa dem Norddeutschen als ein Handicap vorzukommen mag: auf das jedem Deutschschweizer eigene Spannungsverhältnis zwischen Mundart und Hochsprache.

Für den alemannischen Schweizer ist die Mundart keine mindere Sprache, keine bloße Vorstufe zur Hochsprache. Sie ist ihm vielmehr die Sprache des Herzens, die Sprache der Verständigung in der heimatischen Umwelt. Und sie ist ein sehr differenziertes Instrument nicht nur hat jeder Kanton seinen eigenen Dialekt – allein in meiner Vaterstadt Basel gibt es, grob gezählt, drei verschiedene Mundarten.

Diese Art der Differenzierung mag nicht immer erwünscht sein. Aber sie ist ein Beispiel dafür, daß man in der Mundart den anderen nur schwer etwas vormachen kann. So wie man sich in ihr auch nicht pedantisch und verstiegen geben kann. Beispielsweise kommt in den alemannischen Mundarten der Schweiz der Ausdruck „Ich liebe dich“ nicht vor – man kann den Zustand nur umschreiben.

Für die großen Worte ist nämlich die Hochsprache da. Sie ist die Sprache der Theorie, der Prinzipien, der Allgemeinheiten. Gewiß bedarf es auch der Abstraktion, um sich in unserer komplizierten Welt zurechtzufinden. Wer aber, wie der Deutschschweizer, über eine im Konkreten so präzise Mundart verfügt, in der man zwar blöden, aber nicht mögen kann, der wird sich nie ganz an die Abstraktion, die Theorie verlieren.

Die Spannung zwischen Mundart und Hochsprache läßt den Deutschschweizer keineswegs, sondern läßt ihn die Komplexität der Welt als befriedigende Kraft erleben. In der Mundart versichert er sich seiner Verwurzelung im Eigenen; über die Hochsprache, die ja auch (und immer noch) eine Weltsprache ist, greift er zu den Sternen. So verankert er nie ganz in die Biederkeit – und zugleich verliert er nie ganz den Boden unter den Füßen.

Die Nationalsozialisten, die ja von Psychologie etwas verstanden, setzten deshalb in ihrer Auseinandersetzung mit der Schweiz nicht Hoch-

sprache gegen Mundart. Als einer eminent süddeutsch-österreichischen Bewegung war dem Nationalsozialismus die Schweiz kein Buch mit sieben Siegeln. Zu seinen gefährlichsten Ernstfall-Vorbereitungen im Hinblick auf die Schweiz (und das Elsaß) gehörten Büros in Stuttgart und anderen Städten des Südens, in denen an einer „gesamtlemanischen“ Sprache laboriert wurde.

Um so überraschender ist es, daß der Ruf nach einer alemannischen Schriftsprache nun in der Schweiz erhoben wird. Allerdings ist der Fall etwas kompliziert. Das Feuilleton der NZZ (Fernausgabe Nr. 128) druckte aus dem noch ungedruckten Buch „Abgewandt Zugewandt“ eines schweizerischen Autors des Jahres 1922. Es enthält dreierlei: hochdeutsche Gedichte, Mundartgedichte (die dieser Autor erst seit zwei Jahren schreibt) und eine großgelegte Auseinandersetzung mit dem schweizerischen Sprachenproblem, aus der die NZZ nur einen Teil drucken konnte. Der Witz der ganzen Angelegenheit ist, daß es sich um Kuno Raebler handelt, der seit 1938 in München lebt und für sein ausgezeichnetes „Hochdeutsch“ bekannt ist.

Was will Raebler mit seinem NZZ-Beitrag, der in der Schweiz so viel Aufsehen erregt hat? Will er überhaupt etwas? Die Annahme des Alemannischen als Hoch- und Schriftsprache, schreibt er, „wird die Schweizer, wenn sie sich mit dem Hochdeutschen schon nicht befremden können, von ihrer sprachlichen Schizophrenie heilen. Ihr Verhältnis zu sich selbst und damit auch zu ihren Nachbarn entspannen. Vor allem die Beziehung zu Deutschland, ein höchst komplexes Verhältnis der Haßliebe, worin freilich der Haß in den letzten fünfzig Jahren zweifellos bei weitem überwog, wird sich endlich entschlüsseln.“

Die Warnung, daß der Deutschschweizer durch Aufgeben des Hochdeutschen sich von einer Weltsprache abspaltet, weist Raebler mit der Bemerkung unter den Tisch, die Entscheidung für das Englische als Weltsprache sei längst gefallen. Die kontinentaleuropäischen Sprachen hätten „ihre Weltgeltung weitlich verloren“. Selbst wenn das stimmt würde die Funktion einer Hochsprache erschöpft sich nicht in ihrer geographischen Reichweite.

Von uns aus möchten wir den Hinweis auf die Verständigungsschwierigkeiten der Welschschweizer in der

deutschen Schweiz als peripher bezeichnen. Gewiß kann sich ein Genfer mit einem alemannischen Schweizer nicht in dessen Umgangssprache unterhalten, da er ja nicht zwanzig Dialekte lernen kann. Da jedoch jeder halbwegs urbane Deutschschweizer französisch spricht (mit Akzent), ist die Verständigung kein Problem, und dieses Entgegenkommen der Deutschschweizer verschiebt die seit Jahrhunderten stabile Sprachgrenze um keinen Kilometer.

Erstaunen mag, daß wir auch das Argument nicht anerkennen, schon die in der Schweiz weitverbreitete Agnostizität gegen die Deutschen verlange eine Abkehr vom Hochdeutschen als „Unterichts-, Kirchen-, Parlaments-, Gerichts- und Mediensprache“. Gegen diese Agnostizität können die Schweizer schon deshalb auf keinem Felde etwas unternehmen, weil es sich im wesentlichen um importierten Affekt handelt. Genauso gesagt: um den Schutzreflex eingewanderter Deutscher, die sich durch 200prozentige Assimilation ihrer in zwei verlorenen Weltkriegen ramponierten deutschen Identität entledigen wollten. Wo immer ich unter „Landesleuten“ auf rabiate Deutschentfresser gestoßen bin, ließ sich feststellen, daß mindestens ein Elternteil von „drüben“ gekommen war.

Trotz seines Münchner Halb-Exils kennt Raebler die Schweiz noch gut genug, um zu wissen, daß es unter den schweizerischen Mundarten keine gibt, die sich – wie das Kastilische in Spanien – aus eigener Kraft gegen die anderen Idiome durchsetzen könnte. Er sagt: „... der weitere Verlauf, wenn nur einmal die grundsätzliche Entscheidung für eine schweizerdeutsche Hoch- und Schriftsprache gefallen ist, läßt sich im einzelnen nicht voraussagen und ist auch nicht so wichtig.“ Herr Doktor, da machen Sie es sich wirklich etwas zu einfach!

Wir glauben, Kuno Raebler ziemlich genau sagen zu können, wie so eine „alemannische Hochsprache“ allein entstehen könnte: durch eine Nivellierung auf dem niedrigen Niveau – also eine bloße „Verkehrssprache“ nach Art des Pöbel-Englisch. Einem solchen Ketchup-Alemannisch würde der vertraute Zauber der Mundart genauso abgehen wie die hörende, anspruchsvolle Abstraktion der Hochsprache. Man kann den alemannischen Schweizern alles mögliche wünschen – das nicht.

ARMIN MOHLER



Gebürt zum Grundstock der Sammlung Theo Wornland: René Magrittes Bronze „Die natürlichen Gassen“ von 1957

München zeigt die Sammlung Wornland

Erbschaft, die verpflichtet

Vor der guten Tat stand der Ärger: Die Sammlung Theo Wornland, für die der Stifter eigens in Grünwald vor den Toren Münchens ein Haus mit Park gestalten ließ, mit der feinen Absicht, daß hier nach seinem Tode ein Zentrum künstlerischer Aktivitäten entstehen sollte, scheiterte am Einspruch der Nachbarn. Sie fürchteten um ihre Ruhe. Jetzt ist die Kunstsammlung des im Januar dieses Jahres verstorbenen großherzigen Kaufmanns Wornland zum ersten Mal öffentlich zu sehen. Die Staatsgalerie moderner Kunst in München, die den Löwenanteil erhielt, präsentiert derzeit 63 Gemälde und Plastiken der insgesamt 93 Werke. Sie werden im Herbst in die vorhandenen Bestände integriert und gehen schrittweise in den Besitz der Staatsgemäldesammlungen über.

In dieser Ausstellung kann man die hohe Qualität der Werke dieses noblen Sammlers augenfällig nachprüfen. Pau a pest gegen die letzten dreißig Jahre eine gediegene Sammlung eines währlichen Einzelgängers, der mit Ernst und Solidarität sammelte, die jede Spekulation ausschloß. Die Schwerpunkte dieser Sammlung liegen beim Surrealismus und dessen Auswirkungen. Der erste Kauf eines Bildes von Max Ernst „Muschelbuntheit“ aus dem Jahr 1961 legte den Grundstein. Von diesen Künstlern wurden insgesamt 13 Bilder und Skulpturen erworben, u. a. „Die Erde von der Maximalen aus gesehen“ (Öl auf Plexiglas) sowie die Bronze „Cheri bibi“ (1970). Ein weiteres Standbein dieser hervorragenden Sammlung bilden die Werke von René Magritte: So „Der Schlüssel der Träume“ (1930),

„Das Naturschauspiel“ (1940), „Die dritte Dimension“ (1942).

Diese künstlerischen Hauptwerke festigen weiterhin den bereits hochrangigen Anspruch der Modernen Staatsgalerie. Mit viel Glück und Geschick gelang es dem Sammler Wornland in diesem Zusammenhang auch 1980 Picassos „Femme“ von 1930 hinzuzukaufen. Als sich in der Kunstgeschichte das Informel durchsetzte, war es auch Wornland, der es begierig aufgriff in seine Sammlung.

Typische Boteros befinden sich in dieser Sammlung ebenso wie frühe farbtrunkene Nays und auch ein vorzüglicher Klapheck. Als letzten Ankauf erwarb der Mäzen das Werk Klaus Füssmanns „Selbst im Spiegel“. Nicht nur die Gemälde wurden mit Geschick und Gespür zusammengetragen, sondern auch die Skulpturen – von Laurens und Alfred Lörcher, Erich Hauser, Otto Freundlich und Joannis Avramidis. Selten findet man bei einem Sammler moderner Malerei auch eine so gleichgewichtige ausgeprägte Begeisterung für Skulpturen. Die Dauerleihgabe soll dann, wenn der Stiftervertrag erfüllt wird, in 23 Jahren, am 100. Geburtstag des Sammlers, Eigentum des Freistaates Bayern werden.

Nach dieser Überlassung ist der Neubau einer Staatsgalerie moderner Kunst in München dringlicher denn je. Das sehen auch bereits die Kultusbehörden ein. Sprach doch Staatssekretärin Berghofer-Weichner vom Kultusministerium bei der Eröffnung dieser Präsentation davon, daß „Erben verpflichtet“. Die Entscheidung liegt allerdings beim Bayerischen Landtag (bis 11. September, Katalog DM 27,50).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Stieftöchter der Emanzipation (III): Ricarda Huch, die Schriftstellerin des gelassenen Widerstands

„Herrliche Frau mit Kraft, Geist und Mut“

Am 1. März 1933, als die Reichshölle anbricht, ist Ricarda Huch achtundsechzig Jahre alt. Die bedeutendsten Erzählwerke „Aus der Triumphgasse“ (1902), „Lebenslauf des heiligen Wonnabald Pück“ (1905), „Der Fall Deruga“ (1917) und die kulturhistorischen Abhandlungen „Die Romantik“ (1908) und „Der große Krieg in Deutschland“ (1912/14) haben ihren internationalen Ruhm begründet, während der dritte Band der „Deutschen Geschichte“ wegen ihrer Auffassung von Freiheit und Beschränkung der Zentralgewalt bei den nationalsozialistischen Machtschreibern auf wütenden Widerstand stoßen wird.

Ricarda Huch, 1864 in Braunschweig geboren, stammt aus einer literarischen Dynastie: der Bruder Rudolf sowie die Vettern Felix und Friedrich, ein Enkel Friedrich Gerstäcker, sind Schriftsteller, mütterlicherseits ist sie mit jener Catharina Dorothea Viehmann verwandt, der Brüder Grimm die Überlieferung mehrerer Volksmärchen zu verdanken haben. Bereits die Sechsjährige führt Tagebuch, das sie 1946 kommentiert herausgibt; den Erlös stiftet sie für den Wiederaufbau Jenas, wo sie seit 1936 lebt.

1950 erinnert sich Alfred Döblin an diese „herrliche Frau mit Kraft, Geist und Mut, ihr werdet niemals gleichen sehen“. Ricarda Huchs Konflikt mit der Macht beginnt zwölf Wochen nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler.

14. Februar 1933: In Berlin rufen Plakate zur Aktionseinheit von SPD und KPD auf zu den Unterzeichnern gehören Käthe Kollwitz und Heinrich Mann. Der Präsident der Preussischen Akademie, Max von Schillingen, legt Heinrich Mann, dem Vorsitzenden der Sektion, den Rücktritt nahe: Er nimmt an und scheidet, wie Käthe Kollwitz, aus der Akademie aus. Döblin protestiert energisch: Beim Beginn seiner widerliche Rolle zu spielen. In der März-Sitzung bringt er eine Resolution ein, die allen Mitgliedern zur schriftlichen Abstimmung vorgelegt werden soll: „Sind Sie bereit, unter Anerkennung der veränderten geschichtlichen Lage weiter Ihre Person der Preussischen Akademie der Künste zur Verfügung zu stellen? Eine Bejahung dieser Frage schließt die öffentliche politische Betätigung gegen die Regierung aus und verpflichtet Sie zu einer loyalen Mitarbeit.“

Die Sektion hat 27 Mitglieder, 18 antworten mit „Ja“. Rudolf Pannwitz, Thomas Mann und Alfred Döblin erklären ihren Austritt; acht Mit-

gliedern wird am 5. Mai mitgeteilt, daß sie nach der „Neuordnung der kulturellen staatlichen Institute“ aus der Akademie ausgeschlossen worden sind. Fünf Tage danach brennen die Bücher.

Am mutigsten und unumstößlichsten reagiert Ricarda Huch auf die berüchtigte „Loyalitäts“-Erklärung. 18. März: Sie bestreitet die Kompetenz des Präsidenten, ihr „eine Frage von so unübersehbaren Konsequenzen vorzulegen“, und lehnt es ab, „sie zu beantworten“. Von Schillingen argumentiert mit „politischen Umwälzungen“. 24. März: „Dies Ja kann ich aber um so weniger aussprechen, als ich verschiedene der inzwischen von der neuen Regierung vorgenommenen Handlungen auf das schärfste mißbillige.“ Der Präsident versucht, ihre „deutsche Gesinnung und nationale Einstellung“ gegen sie auszuspielen. 8. April: „Was die jetzige Regierung als nationale Gesinnung vorschreibt, ist nicht mein Deutschtum. Die Zentralisierung, den Zwang, die brutalen Methoden, die Diffamierung Anderer, das proklamierte Selbstlob habe ich für undeutsch und unheilvoll.“

Der Brief endet mit dem Satz: „Hiermit erkläre ich meinen Austritt.“

Ein Leben lang im Konflikt mit der Macht: Ricarda Huch (1864-1947)

aus der Akademie.“ Da ihr Name weiterhin auf der Mitgliederliste geführt wird, verbitet sie sich auch das ausdrücklich. Die ihr 1934 zuerkannende Ehrengabe der Akademie (500 RM) weist sie zurück und regt an, den Betrag für Kollegen zu verwenden, die „noch wehlosen“ sind als sie. Die „innere Emigration“ beginnt. Einige ihrer Bücher werden auf den Polizeindex und auf die „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ gesetzt.

1937 äußert sie sich freimütig zur „Judenfrage“, wird von einem SS-Führer denunziert und zusammen mit ihrem Schwagerin Franz Böhm in ein Verfahren wegen „Vergehen gegen das Heimtückengesetz“ verwickelt. Böhm verliert seine Professur, sie und ihre Tochter werden verhaftet. Als der Prozeß nach der von Hitler verfügten Amnestie von 1938 niedergeschlagen wird, erhebt sie Einspruch und will das Verfahren erzwingen, was ihr nicht gelingt. Böhm knüpft neue Verbindungen zum Widerstand: Goerdeler, Graf Yorck und Ernst von Hornack gehören zu ihrem Kreis; sie lernt „einen jungen Piarer“ kennen, der ihr vom Schicksal Martin Niemöllers berichtet. Es ist Helmut Gollwitzer. Sie fühlt sich „innerlich krank“, ihre Briefe spiegeln die Verzweiflung wider: „Das ganze Volk sollte aufstehen und sich wehren.“ (18. 11. 1941)

Dennoch findet sie Kraft, ihre literarische Arbeit fortzusetzen. Neben den Studien für den abschließenden Band der „Deutschen Geschichte“ entstehen Gedichte, Autobiographisches und Erzählungen wie „Der falsche Großvater“, eine Satire auf den nationalsozialistischen Ahnenkult.

Man verwehrt ihr Auslandsvisa, schließt sie aus Anthologien aus: Sie ist nicht zu beugen. Als sie vom Attentat des 20. Juli erfährt, faßt sie den Plan, „den Märtyrern ein Denkmal zu setzen“. 1946 veröffentlicht sie den berühmten „Aufbau“, in dem sie um Material über den deutschen Widerstand bittet.

Die Zweimundachtzigjährige recherchiert in den Trümmern von Berlin, in Jena spricht sie mit Hunderten aus den Familien der Betroffenen. Vorgelesen sind etwa achtzig Lebensläufe; nur wenige kann sie noch ausführen, darunter eine Skizze über die Geschwister Scholl. Das Auswahlprinzip bestätigt noch einmal ihre Haltung: es komme „nicht auf die Unschuld, sondern auf die Schuld an“. In Günther Weisenborns Dokumentation „Der lautlose Aufstand“

(1953) lebt ihre Idee in veränderter Form fort.

Das Ende des Krieges erwartet Ricarda Huch in Tautenburg bei Jena. Nachdem die Amerikaner, die ihr keinerlei Beachtung schenken, aus Thüringen abgezogen sind, nehmen die sowjetischen Besatzungsbehörden schon bald Kontakt zu ihr auf. Sie wird nicht nur mit Lebensmitteln und Kohlen versorgt, sondern auch in das neu erwachende demokratische Leben einbezogen. Als Ehrenpräsidentin des Kulturbundes und Altpresidentin des Thüringer Landtages fühlt sie zum ersten Mal öffentliche Wirksamkeit. Sie beschließt, in Jena zu bleiben; doch die Lage verändert sich schnell.

1946 wird in Thüringen gewählt. Als Jakob Kaiser in einer „sehr aufregenden Rede“ das „Ostproblem“ berührt, entzieht ihm ein sowjetischer Offizier (Ricarda Huch sitzt neben ihm) das Wort. Wo „schlecht“ gewählt worden ist, werden Gas und Strom abgeschaltet. Junge Männer, die man beschuldigt, Werwölfe gewesen zu sein, verschwinden auf Nimmerwiedersehen. Die sowjetische Militäradministration verbietet die Festschrift zur Wiedereröffnung der Jenaer Universität; sie enthält einen Aufsatz Ricarda Huchs, in dem sie Gedanken aus ihrer „Deutschen Geschichte“ entwickelt, die die Nazis so erbittert bekämpft hatten.

Nun ist sie entschlossen, zu ihrer Familie in den Westen übersiedeln, der Antrag wird abgelehnt; im Herbst 1947 bereitet sie sich heimlich auf die Ausreise vor. Da sie zur Ehrenpräsidentin des Ersten Deutschen Schriftstellerkongresses gewählt wird, der am 4. Oktober in Berlin tagt, kann sie Jena verlassen, ohne Argwohn zu erregen. In Westberlin bezieht sie den Zug nach Frankfurt am Main, nachdem sie noch drei Wochen Material für ihr Märtyrerebuch gesammelt hat. Am 17. November 1947 stirbt sie in Schönberg im Taunus.

Auf dem Kongreß hat sie ihre Freude darüber ausgedrückt, „daß Schriftsteller sich aus allen Zonen zahlreich eingefunden haben. Das gibt das Gefühl, in Deutschland zu sein, nicht nur in einem Teil, sondern im ganzen, einigen Deutschen... In der Zeit, als Italien von vielen fremden Fürsten regiert war, errichteten die Italiener in allen Städten ihrem größten Dichter Dante Denkmal: es war das Symbol ihrer Einheit, die politisch nicht bestand.“ Der nächste Satz lautet: „Wir Deutschen hätten es nicht so leicht.“

BERND JENTZSCH

Moskau: Düsseldorfer Maler im Haus der Künste

Zeigt uns mehr davon!

Schon zum dritten Male hat das Moskauer Publikum in diesem Jahr Gelegenheit, Gegenwartskunst aus der Bundesrepublik Deutschland kennenzulernen. Den Anfang machte im Frühjahr die große Ausstellung „Mensch und Landschaft“ mit 150 Werken westdeutscher und Berliner Künstler. Die von der Deutschen Bank und dem Kunstverein für die Rheinlande und Westfalen organisierte Bilderschau zog in der sowjetischen Hauptstadt rund hunderttausend Interessenten an. Anschließend wurde sie in Leningrad gezeigt. Im Juli eröffnete der „Verrederer“ Otto Dressler mit einer Kunstaktion, bei der er blutrot gefärbten Kunststoff über die Aufteilung der Kriege seit den Kreuzzügen goß, im sowjetischen „Haus des Künstlers“ an der Moskwa seine pazifistische Ausstellung mit dem Titel „Die Jahrhundertspur“. Während sie noch läuft, wurde jetzt eine Etage höher die dritte westdeutsche Ausstellung dieses Jahres eröffnet. Einen Monat lang präsentiert der Düsseldorfer „Verein zur Veranstaltung von Kunstausstellungen“ 123 Werke, die von 42 seiner Mitglieder stammen. Der Verein beantwortet damit eine etwa gleichgroße Beteiligung des sowjetischen Künstlerverbandes an der Düsseldorfer großen Kunstausstellung vom Dezember vorigen Jahres.

Obwohl sich schon im Frühjahr herausgestellt hat, daß es in Moskau herauf an Interesse nach an Aufgeschlossenheit und teilweise auch an Sachverstand für moderne westliche Kunst fehlt, ist der Zustrom des Publikums vorläufig noch schwach. Da auf solche Veranstaltungen in den sowjetischen Medien praktisch nicht aufmerksam gemacht wird, sind sie auf die Wirkung der Mundpropaganda angewiesen. Das kostet Zeit. Wenn der Vereinspräsident und Maler Günter Kremers bedauert, daß der Düsseldorfer Ausstellung rund ein Drittel weniger Zeit zur Verfügung stehen wird als der vorausgegangenen sowjetischen Gegenveranstaltung am

Rhein, hat das also durchaus praktische Gründe.

Er hat darauf nicht öffentlich hingewiesen, sondern bei der Eröffnung lediglich beklagt, daß in Moskau kein Katalog herausgegeben wurde – „einfach schon deshalb, weil wir für sie auch keinen gemacht hatten“. Immerhin hat der sowjetische Künstlerverband in ansprechender Aufmachung für ein Heft mit vier Innenseiten gesorgt, das die teilnehmenden Künstler und ihre Werke aufzählt. Dort ist auch ein Bild angegeben, das in der Ausstellung fehlt: Aus moralischen Gründen, wie erst nach dem Auspacken zu erfahren war, haben sowjetische Kontrolloren einen weiblichen Akt von Norbert Tadeusz vorsorglich entfernt. Um nicht die ganze Veranstaltung zu gefährden, hat der Düsseldorfer Verein auf einen öffentlichen Protest verzichtet.

Die neue Ausstellung westdeutscher Gegenwartskunst, die allerdings kaum Werke jüngerer Künstler enthält, ist überaus vielfältig. Sie umfaßt Gemälde, Grafiken und plastische Arbeiten. Gegenständliches und Abstraktes hält sich bei den Bildern ungefähr die Waage. Die westdeutsche Frühjahrsausstellung hatte die sowjetischen Besucher vor allem durch ihren aggressiven Realismus verblüfft. Dieser Tendenz modernen Kunstschaffens werden sie in der gegenwärtigen Schau kaum begegnen. Wo es gegenständlich zugeht, stellt ein sowjetischer Maler schon bei der Eröffnung fest, stoße er auf eine eher konservative Neigung. Das habe ihn überrascht. Die abstrakten Arbeiten wiederum entziehen sich dem Verständnis vieler Betrachter.

Am wichtigsten sei es, hatten im Frühjahr zahlreiche Besucher sowohl in Moskau wie in Leningrad dankbar in die ausgelegten Notizbücher geschrieben, die Kunst des Westens überhaupt kennenlernen zu können. „Zeigt uns mehr davon!“

FRIED H. NEUMANN

JOURNAL

Pantheon in Rom wiedereröffnet

dpd, Rom
Touristen in Rom können jetzt wieder das Pantheon besichtigen. Die vor fünf Monaten begonnenen Restaurierungsarbeiten an dem zur Kirche umgestalteten Tempel wurden unterbrochen, damit das 2000 Jahre alte Gebäude wenigstens im Haupturlaubsmonat (August) betreten werden kann. Das Pantheon war im vergangenen März geschlossen worden, nachdem sich ein Stück des Deckenputzes gelöst und einen deutschen Touristen verletzt hatte. Nicht zu besichtigen sind in Rom weiterhin die Trajanssäule, die Triumphbögen der Kaiser Konstantin und Septimius Severus, die Reiterstatue des Kaisers Marc Aurel auf dem Kapitol sowie viele andere Monumente, die restauriert werden.

Saline Lüneburg wird Industriedenkmal

Hdt, Bielefeld
Die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude der alten Saline Lüneburg, einer der ersten industriellen Großbetriebe Europas, werden auch in Zukunft erhalten bleiben und zum Industriedenkmal ausgebaut werden. Wesentliche finanzielle Hilfestellung gibt dazu die Edeka Handels-Gesellschaft Lüneburg, die das Grundstück erwarb und hier gegenwärtig einen Neukauf-Markt errichtet, der unter gleichem Dach ein Saline-Museum enthalten wird. Außerdem stellt sie der Stadt unentgeltlich die Grundstücksteile mit den noch erhaltenen, unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden des alten Siedehauskomplexes zur Verfügung. Der materielle Wert dieser überregionalen Flächen beträgt allein 1,7 Mill. DM.

Marcel-Marceau-Schule in der Toskana

AFF, Montepulciano
Eine internationale Pantomimenschule will der Franzose Marcel Marceau in Montepulciano bei Siena einrichten. Die Schule soll sommers arbeiten, im Wechsel mit der bereits bestehenden Pantomimenschule in Paris, an der nur im Winter unterrichtet wird. „Der moderne Pantomime hat seine Wiege in Paris, wo Jacques Copeau und Jean Louis Barrault eine neue Ära eingeleitet haben“, sagte Marceau, „aber in der Vergangenheit waren die Wiege das antike Griechenland und Rom.“ Er wollte mit der Entscheidung für Montepulciano auch ein Zeichen der Rückkehr zu diesen Quellen seiner wortlosen Schauspielkunst setzen. Die neue Schule, in der zunächst etwa 60 Schüler erwartet werden, nimmt im kommenden Jahr unter Marceaus Leitung die Arbeit auf.

Bilanz des Deutschen Theaters in Rumänien

rm, Temeswar
Insgesamt 146 Vorstellungen gab in der soeben beendeten Saison 1982-1983 das Deutsche Staatstheater in der rumänischen Stadt Temeswar. Sie wurden von 30 157 Zuschauern, also von durchschnittlich 210 je Vorstellung, besucht. In der vergangenen Spielzeit wurden neun Premieren aufgeführt, darunter Gogols „Die Heirat“ und Ibsens „John Gabriel Borkman“. Großes Interesse fand das Unterhaltungsprogramm „Mittegenoss, mitgelacht“ mit 67 Vorstellungen.

Römischer Gutshof bei Regensburg ausgegraben

dpd, Regensburg
Eine römische „Villa rustica“, ein 1700 bis 1900 Jahre alter Gutshof, ist auf dem Gelände der geplanten BMW-Zweigfabrik am Stadtrand von Regensburg entdeckt worden. Bisher wurden die Grundmauern des Wirtschaftsgebäudes, ein Trockenraum für Hülsenfrüchte sowie Reste von Herdstellen, Keramikbröckeln und befestigten Palisadenzäunen freigelegt. Dazu kommen Werkzeuge und Bruchstücke einer steinernen Getreidemühle. Alle Siedlungsspuren werden mit Zeichnungen und Fotos dokumentiert, weil sie später überbaut werden. Nur solche „mobilen“ Funde wie die Werkzeuge und die Kornmühle kommen ins Museum.

Zensur für ausländische Kamerateams in Indien

AFF, New-Delhi
Keine Drehfreiheit mehr haben ausländische Filmregisseure und Fernsichtseher in Indien. Künftig werden begleitende Verbindungsoffiziere darüber wachen, daß die Kameras keine „negative Werbung“ für Indien betreiben. Sollten die Betroffenen geforderte Schnitte ablehnen, kann das Filmmaterial konfisziert oder dessen Ausfuhr untersagt werden.

Zum dritten Mal: Die Freiburger Jazztage

DW, Freiburg
Nach zweijähriger Pause finden vom 4. bis 5. November die dritten Freiburger Jazztage statt. Die Schwerpunkte bei diesem Jazz-Wochenende werden Jazz-Rock und Funk, Vocals sowie Bebop und Hard Bop sein. Die Freiburger Jazztage sind eines der wenigen Festivals, das seinen Etat nahezu ausschließlich aus Eintrittsgeldern finanziert.

Der gute Tip ist bald Geldes wert

Köln: Modell: Gebühren für Verbraucherberatung

AP, Frankfurt. Auch Geldnot macht erfindlich. Da sich Bund und Länder nicht über die weitere Finanzierung der ohnehin mager ausgestatteten Verbraucherberatung einigen können, geht die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen jetzt eigene Wege. Die Kölner Zweigstelle startete ein Pilotprojekt, bei dem Ratsuchende für bestimmte Dienstleistungen bezahlen müssen. Die Stadt Münster folgt am 1. September mit einem weiteren, zeitlich befristeten Modell. Verbraucherorganisationen und Politiker reagieren noch mit Wohlwollen, obwohl bereits Befürchtungen laut wurden, daß das zweigleisige Beratungssystem das Prinzip der Gemeinnützigkeit unterlaufen könnte.

Es kommen immer mehr Leute mit immer schwierigeren Problemen, und es ist nicht einzusehen, warum diese Verbraucher nicht für einen Zusatzservice bezahlen sollen, wenn sie hinterher x-fach davon profitieren", sagt Karl-Heinz Schaffartzik, Geschäftsführer der Verbraucherzentrale in Düsseldorf. "Wir können doch nicht in einer von Tag zu Tag unbefriedigender werdenden Lage verharren, sondern müssen uns etwas einfallen lassen, wie wir die Verbraucherberatung aufrechterhalten und, so möglich, ausbauen können." Nach Berechnungen der Düsseldorf-Zentrale bearbeiteten im Landesdurchschnitt zwei Berater rund 30 000 Anfragen pro Jahr. Wenn die Büros im Ballungsraum der Ruhrgebiets nicht chronisch unterbesetzt wären, so eine Schätzung der Zentrale Nordrhein-Westfalen, hätten wir eine quantitative Zunahme von zehn Prozent.

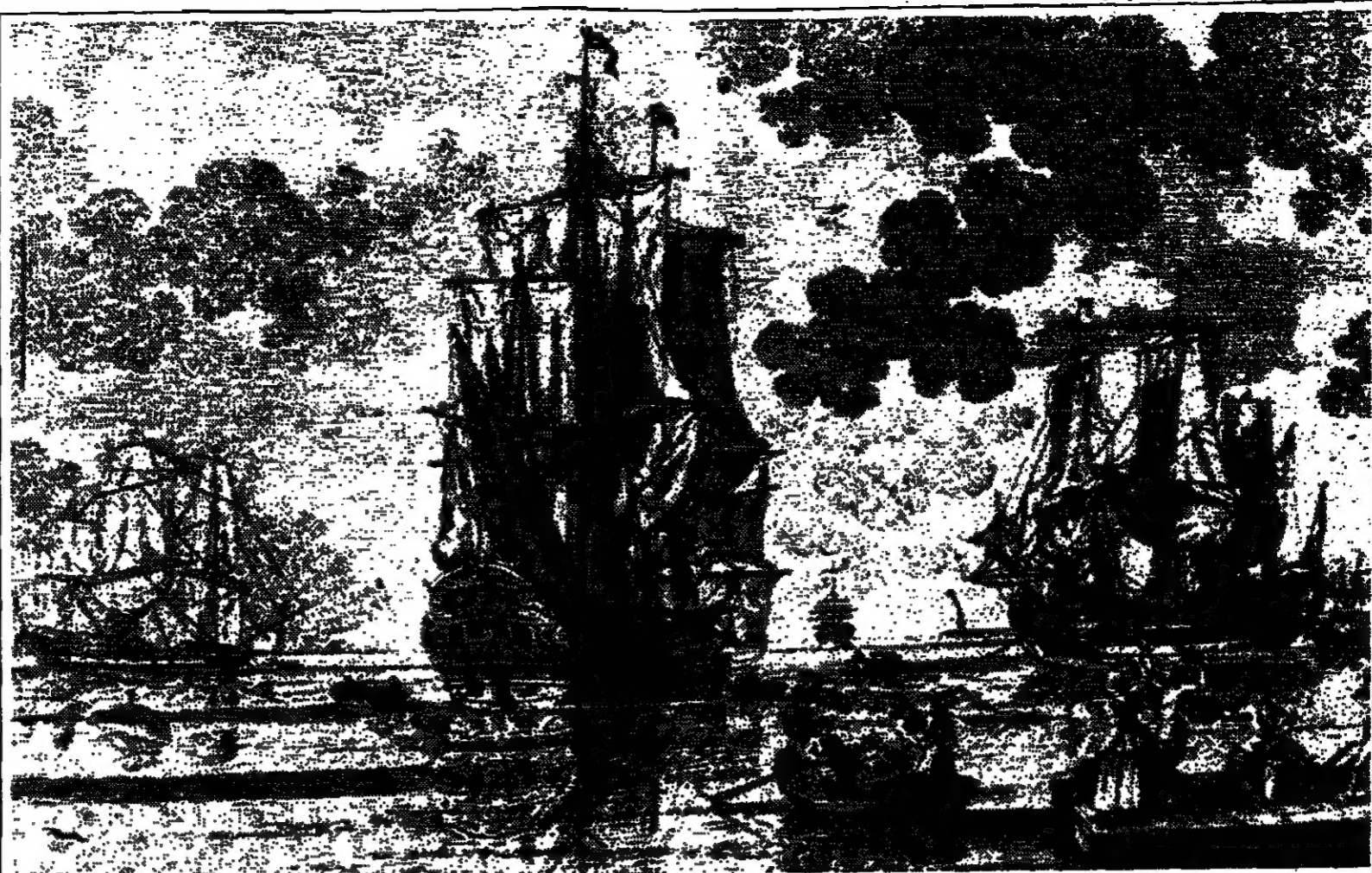
Die Beratungsstellen für Verbraucher registrieren gerade bei der besser verdienenden Mittelschicht ein zunehmendes Bedürfnis an intensiver Individualberatung, die aber aus Steuermitteln allein nicht finanziert werden kann. "Moralische Bedenken, wie öffentliche Gelder eingesetzt werden, gibt es da nicht, sondern wir fragen pragmatisch, wie Angebot und Nachfrage in Einklang miteinander gebracht werden können", erklärt Schaffartzik den Kölner Ansatz. Er glaubt nicht, daß über die Kostenbeteiligung der Verbraucher ein Zwei-Klassen-System eingeführt werden könnte. Im Gegenteil erhöhe die Möglichkeit, zusätzlich Geld hereinzuholen, die Qualität der Beratung: "Wir können dann einen breiteren und fundierten Service für mehr Kunden bieten." Allerdings bleibe natürlich das Grundstrukturproblem, wie hoch die Gebührenschwelle sein dürfe.

Neben der weiterhin kostenlosen kurzen Routineberatung können die Kölner gegen eine Gebühr von 38 Mark ein auf ihren Fall maßgeschneidertes Beratungsgespräch führen. Nach dem Sozialplan der Kölner ermäßigt sich diese Gebühr um die Hälfte für Rentner, Studenten sowie einkommensschwache Ratsuchende. Mit oder ohne Gebühr erfüllt die Verbraucherberatung aber nach Ansicht der nordrhein-westfälischen Zentrale unverändert ihre Funktion, eine "gegengewichtige Markttransparenz" herzustellen. Entscheidend, so Schaffartzik, sei und bleibe, daß die Verbraucherberatung ihre ordnungspolitische Aufgabe löse, die Angebote des Marktes effizienter zu machen.

Die verbrauchspolitische Sprecherin der SPD, Anke Martiny, plädierte derweil für ein Konzept, das es den Verbraucherzentralen ermögliche, Eigenleistungen zu erwirtschaften. Es gehe nicht an, einfach Mittel zu kürzen und die Beratungsstellen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Auch die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV) in Bonn fand "gewisse kostendeckende Beiträge" in Ordnung.

Der Bund hat seit 1980 seine Sachaufwendungen für die Verbraucherberatung nicht erhöht. Nach Auskünften des Bundeswirtschaftsministeriums zahlte Bonn 1981 Zuschüsse von 5,6 Millionen Mark, 1982 rund 5,5 Millionen Mark, und für 1983 sind im Etat 5,7 Millionen Mark angesetzt. Das Aufkommen der Bundesländer für den Verbraucherschutz betrug im vergangenen Jahr knapp 15 Millionen Mark, von denen das Land Nordrhein-Westfalen mit 7,5 Millionen Mark den höchsten Eigenanteil beisteuerte. Das Saarland bildete das extreme Gegenbeispiel, das im Rahmen der Mischfinanzierung 90 Prozent seiner Verbrauchermittel aus Bonn erhielt.

Die Querelen zwischen Bund und Ländern um die Mischfinanzierung bilden den Hintergrund für die Schwierigkeiten des Verbraucherschutzes. Es geht dabei um finanzverfassungsrechtliche Bedenken gegen eine institutionelle Förderung des Verbraucherschutzes durch den Bund. Seit ein Beschluß des Bonner Haushaltsausschusses vom 2. Juli 1980, läßt eine Lösung auf sich warten. Danach bleibt die Bundesregierung aufgefordert, "sich mit den Ländern dahin zu verständigen, daß die in den Zuständigkeitsbereich der Länder fallenden Aufgaben im Rahmen der Verbraucherberatung von den Ländern gefördert werden sollen".



Ein zeitgenössischer Stich aus den guten Tagen der holländischen Dreimastbark "T. Vliegende Hert" (Bildmitte).

250 Jahre ruhte nagelneuer Schatz im Meer

ELFRUN JACOB, Vlissingen. In Vlissingen knallten gestern die Champagnerkorken. Das vor knapp 250 Jahren gesunkene Schiff "T. Vliegende Hert" der Vereinigten Ostindischen Compagnie hatte britischen Tauchern einen reichen Goldschatz beschert. In 20 Meter Tiefe bargen die Sporttaucher aus dem Wrack eine mannshohe Kiste mit 2000 holländischen Golddukaten und 5000 spanischen Silber-Realen (s. WELT v. gestern). Ein Fund, den Kenner für einmalig in der Welt erachten. Die Höhe der Beute ist noch gar nicht zu überblicken.

Im staatlichen Münzkabinett im Haag läßt Direktor Jacobi die funkelnden Goldmünzen durch die Finger gleiten: "Schon den Goldgehalt schätze ich auf mindestens 300 000 Mark. Logisch, daß der antiquarische Wert weit höher liegt."

Die Golddukaten wurden 1729 in Holland geschlagen. Sie sind prächtig, wurden noch nie benutzt, und so sehen sie auch aus: "Phantastisch erhalten", schwärmen Numismatiker, auch wenn der Glanz über die Jahrhunderte matt geworden ist. Das

Geld war in Säcken zu je 100 Münzen verpackt. Dazwischen lag Tuf, um Beschädigungen vorzubeugen. Dagegen hat das spanische Silbergeld, das augenscheinlich nicht ganz so liebevoll verpackt worden war, schwer im Seewasser gelitten. Viele der Tücher dauerte es noch, nachdem die Taucher in dem trüben Wasser ihre Beute geortet hatten, bis man die metallbeschlagene Kiste aus schwerem Eisenholz hochhieven konnte. Die Taucher benutzten dazu Luftballons, die unter Wasser mit Prellluft aufgeblasen wurden.

Zehn Prozent des Fundes gehören dem niederländischen Staat, der über verschlungene juristische Pfäde Rechtsnachfolgerin des berühmten Handelsimperiums "Vereenigde Oostindische Compagnie" geworden ist. Die übrigen 90 Prozent gehen auf die Konten der beiden Engländer Rex Cowan und John Rose sowie ihre North Sea Archaeological Group - eine Gruppe, die sich auf die Suche nach historischen Wracks spezialisiert hat. Noch Anfang des Jahres war die Prämie für den holländischen Staat mit 25 Prozent sehr viel

günstiger bemessen. Als sich jedoch für die Schatzsucher eine Plette anbahnte, reduzierte der Staat seinen Anspruch, um die Suche nicht einschlafen zu lassen.

Am 3. Februar 1735 war die 45 Meter lange Dreimastbark von Fort Ramske auf der Insel Walcheren in See gestochen. Hauptzweck: Die Lohngelder für die Ostindische Compagnie nach Batavia, dem heutigen Djakarta, zu bringen. Schon elf Stunden später strandete das Schiff auf einer der flachen Sandbänke in der Scheidevlakte. Das gleiche Schicksal traf übrigens das Schweserschiff "Anna Catharina", mehr als 500 holländische Seeleute ertranken bei dieser Katastrophe in den eisigen Winternächten. Möglicherweise hatte der Kapitän der "T. Vliegende Hert" Cornelis van der Horst bei dem Sturm ein verhängnisvolles Kommando gegeben, als er Segel setzen ließ.

Die Wracks versanken, wurden vergessen, bis der Utrechter Archäologe Professor Schilder das Wrack der "T. Vliegende Hert" auf einer unheimlich

Schiffskarte ortete. Das war vor vier Jahren. Über das Rijksmuseum von Amsterdam, wo die Karte zu sehen war, wurden die britischen Bergungsspezialisten aufmerksam. Doch die Aktion gestaltete sich jahrelang mehr als enttäuschend. Außer einer Bronzekanone, einige Pfeifen, einem Zinnleuchter aus dem Jahre 1724 und einer Reihe dickbauchiger, versiegelter Flaschen mit Rot- und Weißwein fand man bis zu diesem sensationellen Fund so gut wie nichts. Die Engländer wollten schon aufgeben und wurden erst durch den teilweisen Prämienvorzicht des holländischen Staates zum Weitermachen bewegt.

Nun aber ist an ein Aufgeben nicht mehr zu denken. Nach den Annalen sollen sich noch zwei Kisten in der Tiefe befinden, von denen allerdings eine zu Bruch gegangen sein muß. Taucher entdeckten rund 600 Münzen auf dem Meeresboden verstreut. Die übrigen scheinen endgültig im Schlick untergegangen zu sein. Die dritte Kiste läßt Taucher Rex Cowan, einen früheren Anwalt, nicht ruhen: "Die wollen wir uns auf jeden Fall noch ansehen."

Olpeest nahm Kurs auf das offene Meer

dpa, Kapstadt. Der fast 500 Quadratkilometer große Ölteppich, der am Wochenende durch den Untergang des spanischen Großtanksers "Castello de Bellver" entstand, treibt von der südafrikanischen Küste fort. Gerade noch rechtzeitig hatte am Sonntag der Wind nach Durchzug einer Kaltfront von Nordwest auf Südost gedreht. Die Experten jubeln: "Wir können uns keine bessere Wetterlage denken." Nun besteht Aussicht, daß die riesige Öllache vom kalten Benguela-Strom weiter in den Südatlantik hinausgetragen wird.

Für den flachen Küstenstreifen zwischen Kapstadt und der Saldanha-Bucht ist die Gefahr einer Überschwemmung jedoch noch nicht gebannt. Der Heck-Teil des Tankers mit einem großen Teil der ursprünglichen Ölladung von 250 000 Tonnen ist am Sonntagmorgen 25 Seemeilen westlich der Saldanha-Bucht gesunken. Ausfließendes Öl kann noch ein ganzes Jahr lang die Küste und die Meeresboden der ertragreichen Langstrecken-Fanggebiete verunreinigen. Seit Sonntag werden überlebte Pinguine im Meer gefunden.

Die Bugsektion des Tankers ist von dem südafrikanischen Hochseeschlepper "John Ross" fast 30 Kilometer weit vom Unfallort weggezogen worden. Der stärkste Schlepper der Welt macht mit dem hoch aus dem Wasser ragenden Bug bis zu zwei Seemeilen Fahrt. Sein Standort wurde gestern als "65 Kilometer westlich von Cape Columbine" angegeben. Die drei vermissten Seeleute der 36köpfigen Besatzung wurden auch gestern nicht gefunden.

Skandal zieht Kreise

hey, Bonn. Die Grünen haben einen neuen Skandal: Drei ihrer Fraktionsmitglieder haben sich in einem Flugblatt gegen gewährt, daß sie von einem der Abgeordneten sexuell belästigt worden sind. Nach einem Bericht von "Bild am Sonntag" soll es sich bei ihm um den Vorsitzenden des Forschungsausschusses, den hessischen Grünen Klaus Hecker, handeln. Mit dem Vorfall will sich heute auf einer nichtöffentlichen Sitzung die Fraktion befassen.

Aufgrund der Veröffentlichung wollen die Grünen jetzt eine Dokumentation, über Fälle sexueller Ausbeutung am Arbeitsplatz im gesamten Bundesgebiet, erstellen.

Sommer-Comeback

AP, Frankfurt. Bei wenig bewölktem Himmel hat sich gestern der Sommer in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland wieder eingestellt. Wie die Meteorologen vom Deutschen Wetterdienst in Offenbach versprochen, werden die Temperaturen zur Wochenmitte wieder die 30-Grad-Marke erreichen. Für Donnerstag allerdings wurde besonders im südwestlichen Teil Deutschlands eine Gewitterfront angekündigt. Ein Tiefdruckgebiet zieht aus Spanien über Frankreich heran und werde große Niederschlagsmengen mit sich bringen.

Häftlinge geflohen

rtt, München. Fünf Häftlinge im Alter zwischen 18 und 20 Jahren sind am späten Sonntagabend aus der bayerischen Justizvollzugsanstalt Laufing-Lebenau im Landkreis Berchtesgaden Land ausgebrochen. Sie hatten in ihrer Gemeinschaftszelle zwei Gitterstäbe durchgesägt.

Sicherungs-Schreck

dpa, Formia. Mit einem Hilferuf haben sich die Eltern von Benedetto Gupino, der von übernatürlichen Kräften geplagt wird, an den italienischen Staatspräsidenten Sandro Pertini gewandt. Der 16jährige Junge aus Formia unweit von Rom läßt auf unerklärliche Weise elektrische Sicherungen ausrennen und verursacht Brände durch seine einfache Anwesenheit.

Arzt erstochen

dpa, Lüneburg. Mit durchschnittlicher Kehle ist gestern in seinem Zimmer im Personalheim eines Krankenhauses in Lüneburg ein 35jähriger indonesischer Arzt aufgefunden worden. Der Mediziner war nicht zum Dienst erschienen und daraufhin gesucht worden. Der Hintergrund des Verbrechens ist noch völlig rätselhaft.

Beben in Japan

AFP, Tokio. Ein Erdbeben der Stärke 5,5 auf der nach oben offenen Richterskala in Teilen Mittel- und Ostjapans hat gestern ein Todesopfer und mindestens 20 Verletzte gefordert. Der Handelsflughafen Tokios wurde aus Sicherheitsgründen für eine Viertelstunde geschlossen, um die Landeplätze auf eventuelle Schäden hin zu überprüfen. Das gleiche galt für die Schnellstraßenverbindung zwischen Tokio und dem 80 Kilometer entfernten Kofu. Der zwischen Tokio und Shinjuku in Mitteljapan verkehrende Hochgeschwindigkeitszug fiel vorübergehend aus.

ZU GUTER LETZT

"In den Bäumen hingen Jacke und Leitwerk des Flugzeugs." Aus dem Bonner "Express".

Palermos Kampf gegen die Mafia geht in eine neue Runde

Nach dem Mord an Richter Chinnici geraten auch die Hintermänner ins Visier

KLAUS RÜHE, Rom. Der jüngste Mafia-Mord in Palermo, dem der Untersuchungsrichter Rocco Chinnici und mit ihm drei weitere Menschen zum Opfer fielen, hat erneut bewiesen, daß über die italienische Staat bisher der sizilianischen Verbrechensorganisation unermessen. Doch läßt die Reaktion der kleinen Schar mutiger Anti-Mafia-Spezialisten des örtlichen Richterstands darauf schließen, daß man endlich den Drahtziehern, Organisatoren und Nutznießern der Mafia auf der Spur ist. Zum ersten Mal sind verschiedene als unantastbar geltende Persönlichkeiten festgenommen worden. Ihre Namen werden geheimgehalten. Sicher ist aber, daß es sich nicht um Berufskiller und ausführende Organe, sondern Großverbrechler des sizilianischen Wirtschaftslebens handelt.

Unter Beschuß sind außerdem Ignazio und Nino Salvo geraten, die eine richterliche Vorladung erhalten haben, ihr jedoch bisher nicht nachgekommen sind. Ignazio Salvo und

sein Neffe Nino genossen Jahrzehnte lang das Vertrauen des italienischen Staates. Besorgnis sie doch bis vor kurzem die Eintreibung der Steuern. Ein einträgliches Geschäft, das sie zur mächtigsten Finanzgruppe der Insel werden ließ. Sie rühmten sich ganz offen dieser Machtstellung.

Giovanni Falcone, der im Auftrag des ermordeten Rocco Chinnici in



Nero Offensiv noch seinem Tod: Richter Rocco Chinnici. FOTO: AP

Thailand die Verflechtung der Mafia mit dem dortigen Drogenhandel durchleuchtete, hat nach seiner Rückkehr den Stein ins Rollen gebracht. Er war der engste Mitarbeiter und Vertraute Chinnicis. Unter Verwendung der geheimen Unterlagen, die man in der Wohnung des toten Richters fand, und im Verein mit den anderen überlebenden Spezialisten hat er die Jagd auf den Generalstab der Mafia-Holding eröffnet. Es sieht ganz danach aus, als ob es nun doch den Hintermännern der vielen Morde an den Kragen ginge.

Der Erfolg dieser neuen Phase der Anti-Mafia-Operation hängt freilich davon ab, wie Rom in Zukunft diesen Kampf unterstützen will. In diesem Sinne hat die christdemokratische Bürgermeisterin von Palermo, Elda Pucci, einen Brief an den neuen Regierungschef Bettino Craxi gerichtet, in dem die dramatische Situation der von der Mafia beherrschten Stadt geschildert wird.

In der Wachau inszeniert ein Weltstar seinen eigenen Niedergang

Alkohol ruiniert Oskar Werner / Publikumsbeschimpfung bei Werner-Festwochen in Krems

KURT POLLAK, Wien. Im malerischen niederösterreichischen Wachau-Städtchen Krems an der Donau geht in diesen Tagen die persönliche Tragödie eines Schauspielers, der noch immer als Weltstar gilt, über die Bühne. Oskar Werner (62), heute von Alkohol gezeichnet, besaß den Mut, aus eigener Tasche und mit großem propagandistischem Aufwand seinen Schwannengesang zu inszenieren, in dem er die renommierte Wachau zum Schauplatz von "Oskar-Werner-Festwochen" machte. Als "Prinz von Homburg" und mit Dichterlesungen wollte der ehemalige Burg- und Filmschauspieler, der für seine Rolle in dem Film "Das Narrenschiff" einen Oscar bekam, ein Comeback versuchen.

Doch Oskar Werners ständiger Begleiter, der Alkohol, ließ den guten Vorsatz im Keim ersticken. Schon nach den ersten Proben schrieb das österreichische Nachrichtenmagazin "Profil": "Was sich vor unsern Augen vollzieht, ist die Selbstzerstörung des Mythos Oskar Werner. Ein Betrunkener, der abgemagert und

verwüstet einer fassungslosen, biedereren Kremsler Wirtsfamilie die tyrannische Launenhaftigkeit eines Weltstars vortreibt, der sich mit echten Tränen vor dem Kitschbalken seiner Selbstvergottung prostet, während er gegen das Flurengewerbe der Schauspielerei zetzt..."

Oskar Werners künstlerischer und menschlicher Abstieg manifestierte sich schon in den ersten Apriltagen,



Hisko beim Comeback-Versuch: Oskar Werner. FOTO: DPA

als er während einer Dichterlesung in der Kremsler Minoritenkirche sein spärlich erschienen Publikum, das sein unverständliches Geplapper nicht verstand, mit den Worten beschimpfte: "Ihr Bauernmümmel, warum seid ihr überhaupt gekommen?"

Auch im Kulturamt der Stadt Krems weiß man von des Mimen Launen ein Lied zu singen: "Herr Werner beschimpfte uns alle unfähig, wenn wir nicht sofort seinen undurchführbaren Plänen zustimmten. Außerdem war er dauernd betrunken."

Am Sonntagabend schließlich wurde die ausverkaufte Premiere des "Prinz von Homburg" zu einem totalen Debakel. Von den 500 Premieren Gästen hatte zur Pause die Hälfte den Saal verlassen. Kritiker erklärten übereinstimmend: "Eine insgesamt sehr problematische Aufführung. Oskar Werner selbst sprach sehr verwirrt in der Artikulation. Dreiviertel des Textes ging unter. Das sagt wohl alles..."

Ein wissenschaftlicher Skandal mit Fragezeichen

JOCHEN AUMILLER, München. Falschspiel oder Intrige - auf diese Frage läuft die Diskussion um den international renommierten Schweizer Wissenschaftler Professor Karl Illmensee, Genf, hinaus. Ihm wird von engsten Mitarbeitern, ebenfalls angesehene Wissenschaftler, vorgeworfen, Versuchsprotokolle gefälscht zu haben - für Wissenschaftler ein Kapitalverbrechen.

Illmensee tat sich in den letzten Jahren durch Manipulationen an Zellkernen hervor. Der Zellbiologe verpflanzte den Kern einer Mäuse-Krebszelle in die befruchtete Eizelle eines anderen Mäusestamms, um so mit grundlegende Wachstumsgeheimnisse aufzudecken. Seine Versuche sind außerordentlich schwierig und zeitaufwendig. Sie konnten von anderen Forschergruppen bislang nicht nachvollzogen werden. Und Illmensee, von einer amerikanischen Untersuchungskommission zur Wiederholung der Experimente aufgefordert, lehnt ab. Wie er jetzt in "Bild der Wissenschaft" sagt, wäre er damit einfach überfordert. "Man macht sich keine Vorstellungen, wieviel Zeit und Mühe in diese biologischen Experimente eingehen." Die amerikanischen

Kommission war zu dem Ergebnis gekommen, daß es keinen Beweis für einen Betrug gebe, aber auch keinen positiven Beweis für die wissenschaftliche Richtigkeit der Versuche.

Die Affäre hatte der Vizerektor der Universität Genf, Marcel Guenin, ins Rollen gebracht. Er bezichtigte im Mai Illmensee öffentlich der Fälschung von Versuchsprotokollen. Dabei gerieten nicht nur seine Versuche mit Mäuse-Zellkernen unter den Verdacht, getrickt zu sein, sondern auch frühere Versuche, die weltweit Schlagzeilen gemacht hatten. Illmensee berichtete als einer der ersten über die erfolgreiche Klonierung, also die Erzeugung genetisch völlig identischer Lebewesen.

Ob sich Illmensee tatsächlich eines Vergehens der Wissenschaftskriminalität schuldig gemacht hat, läßt sich noch nicht ablesen. Es gibt jedoch immer mehr Stimmen, die meinen, Illmensee sei einer Hausintrige zum Opfer gefallen und die Anwürfe seien bei kritischer Betrachtung unbegründet. "Man macht sich keine Vorstellungen, wieviel Zeit und Mühe in diese biologischen Experimente eingehen." Die amerikanischen

internationale Wissenschaftler-Kommission. Das lokale Klima sei derzeit vergiftet, so Illmensee, daß objektive Urteile kaum zu erwarten seien. Der Wissenschaftler hat inzwischen eingestanden, an den Protokollen Fehler zu haben: "Zufällige Fehler, wie etwa eine Verwechslung des Datums oder der Protokollnummer, sind mir unterlaufen, und nachdem ich sie bemerkt hatte, habe ich sie korrigiert."

Vorerst aber steht Illmensees wissenschaftlicher Ruf auf dem Spiel. Ein in seiner Tragweite bislang beispielloser Skandal in Europa. In den USA sind solche Affären wenn auch nicht an der Tagesordnung, so doch recht häufig. Die Forscher-Gemeinde hält über solche Selbstreinigungsprozesse ihren Ruf und Standard aufrecht. Dieser Tage bewegen neben dem Schweizer Fall noch zwei weitere die amerikanischen Gemüter. Einmal trickte ein Kardiologe nachweislich bei der Prüfung eines Herzmedikaments, in anderen Fall ist ein Krebsforscher beim Spiel mit gezinkten Daten ertappt worden. Der an der ehrenwerten Harvard-Universität in Boston "entartete Herzbohrer" ist für die nächsten zehn Jahre von staatlich

chen Forschungsgeldern abgelehnt worden - das Ende für jede Wissenschaftlerkarriere in den USA.

Besonders schlimm scheint es bei den Medizinern zuzugreifen. In einer der letzten Ausgaben des renommierten "New England Journal of Medicine" wurden gleich zwei Arbeiten widerrufen, die 1978 und 1981 erschienen. Untersuchungskommissionen konnten für viele der angeblich studierten Patienten keine Unterlagen finden. Aus vorliegenden Krankengeschichten ging zudem hervor, daß sich die Angaben im Krankenblatt und in der wissenschaftlichen Publikation in vielen Fällen widersprechen.

Warum, so mag man fragen, sind bisher aus der Bundesrepublik Deutschland noch keine ähnlichen Vergehen bekannt geworden? Sollten amerikanische Wissenschaftler besonders anfällig für betrügerische Machenschaften sein? Einige Verstöße wurden auch hierzulande ruckhart - man vermißt es jedoch peinlichst, daraus Affären werden zu lassen. Schwarze Schafe tauchen unter - ohne juristische und journalistische Begleitmusik.

WETTER: Sonnig

Wetterlage: An der Südoberfläche einer von den Azoren bis nach Skandinavien reichenden Hochdruckbrücke wird Warmluft nach Deutschland geführt.



Vorhersage für Dienstag: Gesamtes Bundesgebiet und Raum Berlin: heiter und trocken. Tageshöchsttemperaturen 25 bis 30 Grad, nächtliche Tiefwerte 16 bis 13 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten: Fortdauer des sommerlich warmen Hochdruckwetters.

Temperaturen am Montag, 13. Uhr:	
Berlin	22°
Bonn	24°
Dresden	19°
Essen	21°
Frankfurt	23°
Hamburg	22°
Leipzig	23°
München	19°
Stuttgart	21°
Alger	27°
Amsterdam	23°
Athen	28°
Barcelona	21°
Brüssel	22°
Budapest	23°
Bukarest	23°
Helsinki	23°
Istanbul	28°
Kairo	27°
Kopenhagen	22°
La Paz	24°
London	20°
Madrid	22°
Mallorca	23°
Moskau	22°
Nizza	22°
Oslo	19°
Paris	23°
Prag	20°
Rom	24°
Stockholm	20°
Tel Aviv	31°
Tunis	33°
Wien	19°
Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.59 Uhr, Untergang: 20.55 Uhr; Mondaufgang: 7.47 Uhr, Untergang: 23.16 Uhr. *in MEZ, zentraler Ort Kassel

هنا ما هو الحال